

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t
=====

über die am Mittwoch, den 30. Jänner 1985 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 40. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung.

Anwesend: Bgm. Wekerle Harald als Vorsitzender
Vbgm. Brugger Georg,
die Gemeinderäte Hueber Guntram, DDr.
Bertle Heiner, Kieber Ludwig und
Dr. Sander Hermann,
die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute
Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar
Hansjörg, Rebholz Gerhard, Dobler Max,
Ganahl Peter, Dipl. Vw. Tschann Otmar,
Neyer Johann, Dünser Trudi, Prautsch
Kurt und Vonier Eugen für die ÖVP,
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und
Netzer Werner für die FPÖ, Kessler Emil
und Ganahl Josef für die SPÖ,
Schönborn Eleonore für die Ortspartei,
Referent: Gemeindegassier Fenkart Karl
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Dipl.-Ing. Kieber Herbert,
Versell Ignaz und Bitschnau Arnold

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt Kessler Emil den Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit zur Aufnahme eines weiteren Punktes in die Tagesordnung "Ausnahme alkoholfreier Getränke von der Getränkesteuer". Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß über diese Angelegenheit sicherlich nicht ohne Vorberatung im Gemeindevorstand und Finanzausschuß eine Beschlußfassung der Gemeindevertretung erfolgen kann. Ein solcher Verzicht würde immerhin Mindereinnahmen von ca. S 500.000,-- bewirken. Weiters müßte vorerst mit der Gastronomie eine Vereinbarung bezüglich eines preiswerten Jugenddrinks getroffen werden, damit der Getränkesteuerverzicht auch tatsächlich den Jugendlichen zugute kommen würde. Auch GR Hueber Guntram und GV Dipl. Vw. Tschann Otmar begründen die Notwendigkeit von Vorberatungen. GV Kessler Emil zieht seinen Antrag zurück, ersucht jedoch um baldige Durchführung der notwendigen Beratungen, was ihm vom Vorsitzenden zugesagt wird.

Erledigte Tagesordnung :

- =====
1. Voranschlag 1985 der Marktgemeinde Schruns
 2. Festsetzung der gemeindeeigenen Steuern, Gebühren und Abgaben für das Jahr 1985
 3. Darlehensaufnahmen
 4. Nominierung von drei Vertretern in einen Bauausschuß "Feuerwehrhaus Gantschier"
 5. Ausnahmegenehmigung für 5. Vollgeschoß beim Hotelneubau "Zimba"
 6. Änderung der Gästetaxordnung
 7. Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges

Zu 1.

Der Voranschlag 1985 der Marktgemeinde Schruns wurde allen Mitgliedern der Gemeindevertretung bis längstens 19.01.1985 nachweislich zugestellt. Der Vorsitzende erläutert grundsätzlich den Voranschlag und stellt hiezu fest, daß sich der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr um ca. 8 % erhöht hat. Dies ist zum Teil auf einen Grundkauf in Höhe von S 4.500.000,-- und beabsichtigten Grundverkauf in Höhe von ca. S 6.000.000,-- zurückzuführen. Der Vorsitzende bezeichnet die Finanzlage nachwievor als angespannt, stellt jedoch fest, daß die Gesamtverschuldung leicht rückläufig ist. Der nun vorliegende Voranschlag ist das Ergebnis der Beratungen der Unterausschüsse, des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses.

Der Vorsitzende verliest die wesentlichen Posten der einzelnen Gruppen, wobei nach Abschluß jeder Gruppe die Debatte hierüber eröffnet wird.

Gruppe 0: GR DDr. Bertle, Anfrage bezüglich Althausanierung für Amtsgebäude, Hinweis auf die Belastung der Marktgemeinde Schruns durch die Vorfinanzierung der Gemeinde- und Schulverbände.

Gruppe 1: keine Debatte

Gruppe 2: GR DDr. Bertle: Im Hinblick auf neue Räumlichkeiten sind die Investitionen im Schulbereich knapp bemessen. Die Vereinsförderung ist gut dotiert, wobei auch der Getränkesteuernachlaß bei Zeltfesten, Verzicht auf Raummieten usw. berücksichtigt werden muß. GV Kessler Emil erkundigt sich über die Ursache des eingetretenen Wasserschadens bei der Hauptschule Schruns Dorf. Der Vorsitzende berichtet hiezu, daß der Schaden, welcher durch die extreme Kälte verursacht wurde, durch Versicherung gedeckt ist.

Gruppe 3: Vbgm. Brugger Georg erkundigt sich, ob künftig wieder Jungbürgerfeiern abgehalten werden. Hiezu erklärt der Vorsitzende, daß seitens des Standes Montafon die entsprechenden Erhebungen durchgeführt wurden und mit der Gemeinde Silbertal Kontakt wegen der Durchführung aufgenommen wurde (Zeltfest im Sommer).

Gruppe 4: GR DDr. Bertle erkundigt sich bezüglich einer Aktion "Essen auf Rädern". Der Vorsitzende stellt hiezu fest, daß dies bisher in Schruns kein akutes Problem bedeutet.

Gruppe 5: GR DDR. Bertle verweist auf die enormen Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde an andere Krankenhäuser, worüber auch die Gemeindeglieder entsprechend informiert werden sollten. GV Reholz Gerhard bringt zur Kenntnis, daß eine mit dem Gemeindeglieder vereinbarte Schüleruntersuchung vom Arzt kurzfristig abgesagt wurde, mit der Bemerkung, daß er hierfür keine Entschädigung erhalte. Der Vorsitzende wird diesen Fall mit dem Gemeindeglieder abklären.

Gruppe 6: GV Konzett Manfred verweist auf eine Anregung der Gemeindevertretung, daß bei den Lawinenerbauungen am Kapell nur die unbedingt notwendigen Stellen mit Stahlkonstruktionen verbaut werden sollen. Er fragt an, ob eine diesbezügliche Aussprache mit dem Gebietsbauleiter stattgefunden hat. Der Vorsitzende bestätigt diese Aussprache, konnte aber vorläufig keine Änderung des Projektes erreichen.

Gruppe 7: GR DDR. Bertle regt an, daß eine Untersuchung der Möglichkeiten im Kultursaal den Kinobetrieb einzurichten, durch einen Fachmann veranlaßt werden sollte.

Gruppe 8: GR DDR. Bertle ersucht, daß im Rahmen der im Frühjahr 1985 notwendig werdenden Stilllegung der Hausklärgruben seitens des Bauamtes die Hauseigentümer fachmännisch beraten werden. GV Kessler Emil stellt eine Anfrage bezüglich des Zustandes der Gemeindegewaldungen. Hierzu erklärt GV Konzett Manfred in seiner Eigenschaft als Jagdaufseher, daß der Waldzustand gebietsweise unterschiedlich ist (Rafanegg nach seiner Ansicht gut, Oberer Kropfen - Lifttrassenbereich größtenteils kranker Wald).

Gruppe 9: GV Netzer Werner stellt fest, daß die Investitionen des Jahres 1983 noch zu 100 % mit Darlehensaufnahmen abgedeckt werden mußten, während dies 1984 nur mehr 80 % und 1985 60 % sind. GR DDR. Bertle gibt zu bedenken, daß der Spielraum im Budget noch nie so knapp war wie heuer. Pflichtaufgaben konnten in den letzten Jahren nur unter Heranziehung der letzten Reserven (Grundverkäufe) erfüllt werden. Zum heurigen Budget gebe es keine Alternative. Man müsse einsehen, daß die Leistungen an die Bürger nicht unbeschränkt erbracht werden können. Sicherlich habe mangelnder Weitblick die heutige Situation geschaffen. Hierzu erklärt der Vorsitzende, daß er die Ausführungen seines Vorredners nicht zur Kenntnis nehmen könne. Er werde zu gegebener Zeit zu den aufgezeigten Fakten Stellung nehmen. Abschließend wird der Voranschlag 1985 der Marktgemeinde Schruns über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses einstimmig genehmigt, wie folgt:

Gesamteinnahmen	S 86.723.000,--
Gesamtausgaben	S 89.651.000,--
Abgang des Vorjahres	S 1.012.000,--
Abgang	S 3.940.000,--

Die Bedeckung des Abganges erfolgt aus Kassabeständen und Kredit in laufender Rechnung.

Zu 2.

Die Steuern, Gebühren und Abgaben für das Jahr 1985 werden einstimmig genehmigt.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich folgende Erhöhungen:

- a) Müllabfuhrgebühren um 5 %;
- b) Friedhofgebühren, Leichenhallengebühr und Grabmachen um 5 %;

- c) Altersheimgebühren um 5 %;
- d) Kanalbenützungsg Gebühr für den Normalwasserverbrauch von S 3,50 auf S 4,50/m³ und für den Überwasserverbrauch von S 4,50 auf S 5,50/m³.

Diese Erhöhungen sind zur annähernden Kostendeckung notwendig. Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses werden die gemeindeeigenen Steuern, Gebühren und Abgaben in der vorliegenden Form stimmenmehrheitlich genehmigt. Vbgm. Georg Brugger und GR DDR. Bertle Heiner stimmen gegen die Höhe der Feuerwehrdienstersatzsteuer, da diese auf Grund des bestehenden Landesgesetzes nur mit S 25,-- pro Jahr erhoben werden darf.

Zu 3.

Nachstehende Darlehensaufnahmen werden einstimmig beschlossen:

- a) S 3.000.000,-- Finanzdarlehen bei der Raiffeisenbank Montafon in Schruns zu den derzeit bestmöglichen Bedingungen
- b) S 1.100.000,-- beim Wasserwirtschaftsfonds
- c) S 100.000,-- für den Zubau Feuerwehrhaus Gantschier bei der Raiffeisenbank Montafon in Schruns

Zu 4.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Gemeinde Bartholomäberg, worin die Zustimmung zur Errichtung des Zubaus beim Feuerwehrgerätehaus Gantschier in der größeren Variante mitgeteilt wird. Seitens der Gemeindevertretung Bartholomäberg wird die Bildung eines Bauausschusses verlangt, in welchen je drei Vertreter der Gemeinde Bartholomäberg und der Marktgemeinde Schruns zu entsenden sind. Hiefür werden einstimmig nominiert: Bgm. Wekerle Harald, Vbgm. Brugger Georg und GV Ing. Netzer Werner.

Zu 5.

Für den Neubau des Hotels "Zimba" der Familie Ladurner, Schruns, Veltlinerweg, sind Geschoßpläne und Ansichten aufgelegt. Der Vorsitzende erläutert das Bauvorhaben und verweist auf die Beratung des Bauausschusses vom 02.11.1983, bei welcher die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Errichtung eines 5. Obergeschosses befürwortet wurde. Über Antrag des Bauausschusses wird für die Errichtung des Hotelneubaues "Zimba" der Familie Ladurner, Schruns, Veltlinerweg, die Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines 5. Obergeschosses nach der Baunutzungsverordnung einstimmig erteilt.

Zu 6.

Die Gästetaxordnung der Marktgemeinde Schruns wird mit Wirkung vom 01.05.1985 wie folgt einstimmig geändert:

- a) Die Gebietszonen umfassen nachfolgende Ortsteile:

Zone III: den Ortsteil "Brif" ab Haus Erhard Ludwig Nr. 9,
den Ortsteil "Gamplasch" ab Haus Oberer Martin Nr. 6,
den Ortsteil "Dörfle", Stiefen und Bargusweg ab
Bargustobel.

Zone II: die Gantschierstraße ab Tankstelle Amann bis Gemeindegrenze Bartholomäberg,
die Rhätikonstraße alle Objekte die unmittelbar an der Straße liegen,
den Auweg die Häuser Bitschnau Adolf, Netzer Ludwig und Vonier Elsa,
den Briferweg ab Schießstand bis einschl. Haus Dajeng Nr. 7
den Gstüdweg die Häuser Kessler Jakob, Rüdisser Franz und Mangeng Anna,

den Hofweg -
Kapiaschaweg
den Fratteweg

die Silvrettastraße

den Bargusweg

die Häuser Mangeng Johann Nr. 30 bis
einschl. Haus Konzett Manfred Nr. 10,
ab Deustobel bis Bargustobel
einschl. Haus Stüttler Ludwig Nr. 75,
von der Einmündung in die Umfahrungs-
straße, Haus Kasbauer Erna Nr. 191
bis Abzweigung Borgerweg,
ab Deustobel - Haus Wirnsberger Nr.
29 - bis Bargustobel.

Zone I: Umfaßt jene Objekte und Ortsteile, die nicht in die Zone II oder III fallen.

Für die in Zelten und Wohnwagen (in Schruns nur auf dem hierfür zugelassenen Campingplatz-Areal) nächtigenden Gäste, beträgt die Gästetaxe den für die Zone II festgesetzten Betrag.

- b) Von der Abgabepflicht sind nicht befreit: Kongreß- und Tagungsteilnehmer sowie die Begleitpersonen von Schwerkriegsbeschädigten oder schwer körperbehinderten Personen.

Zu 7.

Der Vorsitzende berichtet

- a) über die Abrechnung Alpenbad Montafon 1984, welche in Folge der schlechten Witterung einen Betriebsabgang von ca. S 35.500,-- aufweist. Der Gesamtaufwand mit den Annuitäten beträgt für die Marktgemeinde Schruns im Jahre 1984 S 503.791,79.
- b) über den Gesetzesentwurf zur Änderung des Gemeindegesetzes und führt hiezu aus, daß im Rahmen des Gemeindeverbandes verschiedene Änderungen dieses Entwurfes beantragt wurden.

Unter Allfälligem erkundigt sich GR DDr. Bertle über den Stand der Arbeiten von Prof. Josef Fritz bezüglich der Schrunser Straßennamen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die Biographien von Hofrat Dr. Arnold Durig, Prof. Dr. Richard Beitzl, Dr. Vonbun und Hermann Sander bereits vorliegen.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 39. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

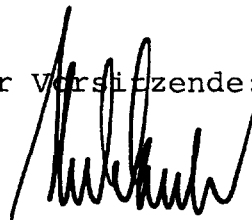
Ende der Sitzung: 23.30 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t
=====

über die am Dienstag, den 19.03.1985 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 41. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Wekerle Harald als Vorsitzender,
Vbgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber
Guntram, DDr. Bertle Heiner, Kieber Ludwig und
Dr. Hermann Sander, die Gemeindevertreter bzw.
Ersatzleute, Vonbank Peter, Haumer Rudolf,
Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter (bis 22.45
Uhr), Dipl. Vw. Tschann Otmar, Neyer Johann,
Netzer Ludwig und Netzer Fritz für die ÖVP,
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Netzer
Werner für die FPÖ,
Ganahl Josef und Netzer Franz für die SPÖ,
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die
Ortspartei,
Referent: Gemeindebautechniker Hutter Josef
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.-Ing.
Kieber Herbert, Versell Ignaz, Dünser Trudi und
Kessler Emil.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte T a g e s o r d n u n g :
=====

1. Anträge auf Änderung des Flächenwidmungsplanes:

- Reg. Nr. 12/84: Hosp Alfons und Gerlinde, CH-5400 Ennetbaden
- Reg. Nr. 13/84: Vergut Edwin, Schruns, Wuhrweg
- Reg. Nr. 14/84: Brugger Franz, Schruns, Gamplaschgerweg
- Reg. Nr. 15/84: Stemer Kurt, Schruns, Silvrettastraße
- Reg. Nr. 16/84: Kaiser Fritz, FL-9491 Schaanwald
- Reg. Nr. 17/84: Nessler Sigrid, 6751 Innerbraz und
Bitschnau Lieselotte, 6773 Vandans
- Reg. Nr. 18/84: Lechthaler Hubert, Schruns, Hans Bertle Weg
- Reg. Nr. 11/84: Oberer Herta und Kinder, Schruns, Gamplaschger-
weg
- Reg. Nr. 1/85: Ladurner Marlene, Schruns, Veltlinerweg
- Reg. Nr. 2/85: Böhm Hedwig, Schruns, Batloggstraße
- Reg. Nr. 3/85: Brugger Franz, Schruns, Gamplaschgerweg

2. Stellungnahme zur Neutrassierung B 188 - Vorlage von zwei
Amtsvorschlägen

3. Stellungnahme zur Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage bei der Rhätikonkreuzung
4. Abwasserverband Montafon:
Voranschlag 1985 - Kenntnisnahme
5. Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges

Zu 1.

Alle vorliegenden Anträge auf Änderung des Flächenwidmungsplanes wurden vom Raumordnungsausschuß beraten und entsprechende Anträge an die Gemeindevertretung gestellt. Die Anwesenden erhalten planliche Darstellungen der beantragten Umwidmungen. Der Vorsitzende erläutert den Einzelfall und verliest die Anträge sowie die Stellungnahmen im durchgeführten Anhörungsverfahren.

Reg. Nr. 12/84: Alfons und Gerlinde Hosp, Rebbergstraße 20, Ennetbaden - Die Umwidmung der Gp. 1811/2 von derzeit Freifläche Landwirtschaftsgebiet in Baufläche Wohngebiet wird abgelehnt.

Begründung: Das gegenständliche Grundstück liegt in einem Gebiet, in welchem im weiteren Umkreis kein Bauwohngebiet ausgewiesen ist. Die beantragte Umwidmung widerspricht daher den Zielsetzungen der Raumordnung.

Reg. Nr. 13/84: GV Ganahl Peter entfernt sich wegen Befangenheit vom Sitzungstisch. Der Antrag des Vergut Edwin, Schruns, Wuhrweg, um Umwidmung der Gpn. 1451/12 und 1451/9 von derzeit Freifläche Landwirtschaftsgebiet in Baufläche Wohngebiet wird abgelehnt.

Begründung: Nach der bestehenden Rechtslage kann in Freifläche Landwirtschaftsgebiet ein Betriebsgebäude (Gärtnerreibetrieb) sowie ein Wohngebäude mit Nebenerwerb (Ferienwohnungen) erstellt werden. Die beantragte Umwidmung in Bauwohngebiet wegen der Errichtung eines Wohnhauses mit Ferienwohnungen ist daher nicht notwendig.

Reg. Nr. 14/84: Dem Antrag des Brugger Franz, Schruns, Gamplachgerweg 21, um Zuteilung eines "Roten Punktes" auf Gp. 2581 wird stattgegeben.

Begründung: Der Antragsteller ist aktiver Landwirt mit Großviehhaltung, und auf seinem Grundbesitz ist kein Bauwohngebiet ausgewiesen.

Reg. Nr. 15/84: Dem Antrag des Stemer Kurt, Schruns, Silvrettastraße, auf Umwidmung von Teilflächen aus den Gpn. 1752/1, 1752/2 und 1754/5 von derzeit Freifläche Freihaltegebiet in Baufläche Mischgebiet wird einstimmig stattgegeben.

Begründung: Die Umwidmung erscheint zur Herstellung der gesetzlichen Rechtslage für die bestehenden Betriebsbauten notwendig. Im Anhörungsverfahren wurde von den betroffenen Anrainern und zuständigen Behörden keine Einwände vorgebracht.

Reg. Nr. 16/84: Zu diesem Punkt entfernen sich Gemeinderat Kieber Ludwig als Nachbar sowie Dipl. Vw. Tschann Otmar und Netzer Fritz als Mitglieder des Pfarrkirchenrates wegen Befangenheit vom Sitzungstisch.

Dem Antrag des Kaiser Fritz, Schaanwald, auf Umwidmung der Gpn. 1253 und 1254 von derzeit Freifläche Landwirtschaftsgebiet in Baufläche Wohngebiet wird nicht stattgegeben.

Begründung: Die zur Umwidmung beantragte Fläche hat ein Ausmaß von 1,87 ha. Die Freihaltung des Schrunser Feldes ist eines der Hauptziele der Flächenwidmung. Bei Genehmigung des gegenständlichen Antrages würde ein Präjudizfall mit unabsehbaren Folgen geschaffen.

Reg. Nr. 17/84: Dem Antrag der Nessler Sigrid, Innerbraz und Bitschnau Lieselotte, Vandans, auf Umwidmung einer Teilfläche der Gp. 1393 von Freifläche Landwirtschaftsgebiet in Baufläche Wohngebiet wird nicht stattgegeben.

Begründung: Eine Einengung der Freifläche Landwirtschaftsgebiet im Schrunser Feld widerspricht den Zielsetzungen des Flächenwidmungsplanes.

Reg. Nr. 18/84: Dem Antrag des Lechthaler Hubert, Schruns, auf Zuteilung eines "Roten Punktes" auf den Gpn. 1053/1, 1051 bzw. Bp. 350 wird stattgegeben.

Begründung: Der Antragsteller ist praktizierender Landwirt mit Großviehbestand und hat auf seiner Liegenschaft kein Bauwohngebiet ausgewiesen.

Reg. Nr. 11/84: Dem Antrag der Oberer Herta und Kinder, Schruns, Gamplaschgerweg, auf Zuteilung eines "Roten Punktes" kann nicht stattgegeben werden, da keine Landwirtschaft besteht. Um Oberer Heinz jedoch die Errichtung eines Wohnhauses auf Gp. 2424 zu ermöglichen, soll mit der Landesraumplanungsstelle Kontakt aufgenommen werden, ob nicht in diesem Bereich großflächig Bauwohngebiet ausgewiesen werden kann, da weder landwirtschaftliche noch raumplanerische Zielsetzungen dem widersprechen würden. Dabei sollten die bestehenden Wohnbauten sowie die bereits vergebenen "Roten Punkte" einbezogen werden.

Reg. Nr. 1/85: Dem Antrag von Frau Marlene Ladurner, Schruns, auf Umwidmung des Teilstückes der Gp. 1232/3, welches nicht als "BW" ausgewiesen ist, von Freifläche Landwirtschaftsgebiet in Baufläche Wohngebiet wird stattgegeben.

Begründung: Die Antragstellerin beabsichtigt an die bestehende Pension einen Hotelzubau mit Tiefgarage zu errichten, wobei ein Teil dieser Tiefgarage auf der vorgenannten Grundparzelle zu liegen kommt. Die Restfläche soll für Parkplätze verwendet werden.

Reg. Nr. 2/85: Dem Antrag der Hedwig Böhm, Schruns, auf Umwidmung von Teilstücken der Gpn. 1049/1 und 1050/1 von Vorbehaltsfläche (KS) in Baufläche Wohngebiet, wird nicht stattgegeben.

Begründung: Im Zuge des Ermittlungsverfahrens hat der Raumordnungsausschuß einen Lokalausweis auf dem gegenständlichen Grundstück durchgeführt. Die zur Umwidmung beantragte Fläche beträgt ca. 3300 m². Die Tochter der Antragstellerin beabsichtigt, dort eine Wohnanlage in verdichteter Bauweise zu errichten. Für die Weiterentwicklung von Schruns ist die Freihaltung solcher Grundstücke in Zentrumsnähe von äußerster Wichtigkeit.

Eine Verbauung im beantragten Ausmaß widerspricht eklatant den Zielen der Raumplanung. Weiters ist die Verkehrserschließung des Grundstückes problematisch. In Anbetracht der gegebenen Rechtslage (Widmung für öffentliche Zwecke) soll der Antragstellerin mitgeteilt werden, daß die Gemeinde Schruns zu Tausch- bzw. Kaufverhandlungen bereit ist.

Reg. Nr. 3/85: Dem Antrag des Brugger Franz, Schruns, Gamplaschgerweg, auf Umwidmung von Teilflächen aus den Gpn. 2581 und 2580/1 von Freifläche Landwirtschaftsgebiet in Baufläche Wohngebiet wird nicht stattgegeben.

Begründung: Abgesehen von der Ablehnung aus raumplanerischen Gründen (Zersiedelung, Waldparzelle) wird der Antrag auch abgelehnt, weil dem Antragsteller bereits ein "Roter Punkt" (Reg. Nr. 14/84) zuerkannt wurde und Landwirte nur einen "Roten Punkt" erhalten können. Die Beschlußfassung zu sämtlichen Anträgen erfolgte einstimmig.

Zu 2.

Die von der Landesstraßenplanungsstelle erarbeiteten Pläne über die Trassenführung der B 188 in zwei Varianten liegen vor und werden vom Vorsitzenden erläutert.

Die Variante 1 verläuft linksseitig der Ill und baut auf einem Vorschlag des Raumordnungsausschusses Schruns auf. Sie sieht eine Unterführung der Rhätikonkreuzung und der Litz vor, hernach Überquerung der Ill, wo sie in einem 370 m langen Tunnel unter dem Cresta-Kopf einmündet. Im weiteren Verlauf wird die Rodunderstraße unterführt und zieht weiter entlang der Ill (Abbruch VIW-Werkheim) bis in den Bereich des Ausgleichsbeckens Rodund, wo die Trasse die Ill wiederum quert.

Die Variante 2 sieht eine Situierung des Straßenverlaufes rechtsufrig der Ill, nördlich der Mobahn-Trasse vor, wobei Rhätikonkreuzung, Litz und Rodunderstraße gleichfalls unterführt werden. Entsprechende Rampen für die Auffahrt Tschagguns sowie die Einmündung in die Batloggstraße sind eingeplant.

In der Debatte kommt einhellig zum Ausdruck, daß die rechtsufrige Trassenführung abzulehnen ist, da nicht nur wertvoller landwirtschaftlicher Grund in unverantwortbarem Ausmaß beansprucht, sondern insbesondere der Siedlungsraum Gantschier durch diese Variante eingeengt und langfristig untragbar belastet würde. GR DDr. Bertle vermerkt mit Genugtuung, daß die Landesstraßenplanungsstelle den Vorschlag des Raumordnungsausschusses in der Variante 1 aufgenommen hat, wobei er die Situation bei der Rhätikonkreuzung als nicht optimale Lösung bezeichnet. Im Prinzip müsse man jedoch mit dieser Variante einverstanden sein. Nun liege es daran, mit den anderen Gemeinden im Wege der Verhandlungen die Zustimmung zu diesem Projekt zu erreichen. EM Netzer Franz ist der Ansicht, daß der Ausbau der bestehenden B 188 mit Gehsteigen und Fußgängerunterführungen ausreichend sein müßte. Sollte die Variante 1 realisiert werden, müßte nach seiner Auffassung eine entsprechende Absenkung der Trasse, bzw. weitreichende Tunnelierung erfolgen. Allgemein wird zum Ausdruck gebracht, daß das Wohngebiet Gantschier geschützt werden muß und eine platzsparende Lösung an den Kosten nicht scheitern darf. Vbgm. Brugger, GR DDr. Bertle und GV Peter Vonbank erachten einen einstimmigen Beschluß für die Variante 1 für dringend notwendig, da damit die Einigkeit dokumentiert wird, welche für die rasche Fortführung des Projektes wichtig ist. Über Antrag des Raumordnungsausschusses wird beschlossen, daß die Variante 1 mit der linksufrig der Ill verlaufenden Trasse realisiert werden soll.

Weiters wird der Landesstraßenplanungsstelle empfohlen im Bereich Bartholomäberg - St. Anton die Montafonerbahn in den Bereich der jetzigen B 188 zu verlegen und parallel hiezu die neue Trasse zu planen. Die Beschlußfassung erfolgt stimmenmehrheitlich, Gegenstimme Netzer Franz, mit der Begründung, daß die Trassenführung der Variante 1 eine weitgehendere Tunnelierung aufweisen müßte.

Zu 3.

Wie der Vorsitzende mitteilt, hat das Amt der Vorarlberger Landesregierung ein Projekt über eine Verkehrslichtsignalanlage im Bereich der Rhätikonkreuzung in Auftrag gegeben. Mit dieser Anlage wird der Verkehr auf der B 188, der L 84 und der Batloggstraße durch Lichtsignale geregelt. Die Ampeln werden mittels Sensoren vollautomatisch gesteuert, sodaß je nach Verkehrsaufkommen auf den einzelnen Straßen die Rot- und Grünphasen entsprechend geschaltet werden. Die Kosten für diese Anlage werden mit ca. 1 Mio Schilling beziffert. Auf Grund einer durchgeführten Verkehrszählung an einem Freitag im Jänner 1985 sollen die Kosten wie folgt aufgeteilt werden: 58 % Bundesstraßenverwaltung und je 21 % das Land Vorarlberg und die Gemeinde Schruns.

Es wird einstimmig beschlossen, daß der Errichtung dieser Verkehrslichtsignalanlage zugestimmt wird. Die Marktgemeinde Schruns muß jedoch kostenfrei bleiben, da die Batloggstraße als Zubringer für Silbertal und Bartholomäberg eine überörtliche Funktion hat.

Zu 4.

Der Vorsitzende verliest den Voranschlag 1985 des Abwasserverbandes Montafon, welcher bei

Einnahmen von S 74.952.000,-- und
Ausgaben von S 71.650.000,-- einen fiktiven
Überschuß von S 3.302.000,--

aufweist. In der Debatte beantwortet der Vorsitzende verschiedene Anfragen, worauf über Antrag des Vorsitzenden der gegenständliche Voranschlag einstimmig zur Kenntnis genommen wird.

Zu 5.

Der Vorsitzende berichtet:

- a) über die neue gesetzliche Regelung bezüglich der Kostenaufteilung beim Standesamtsverband Schruns.
- b) über den Voranschlag 1985 Stand Montafon.
- c) über den Voranschlag 1985 Stand Montafon, Forstfond.
- d) über den Stand der Angelegenheit "Verpachtung Genossenschaftsjagd Schruns".
- e) über eine Aussprache mit dem Eigentümer des Kurhotels Montafon bezüglich der künftigen Betriebsführung Kurhotel und Kuranstalt Montafon.

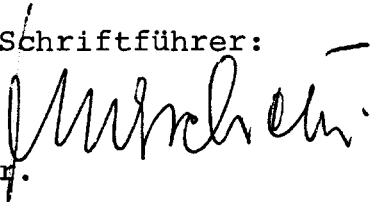
Unter "Allfälligem" erkundigt sich GR DDr. Bertle wegen einer Parkplatzerweiterung bei der Zamangbahn. GV Dr. Dügler Edgar berichtet über persönliche Beobachtung mangelnder Dienstaufführung von Gemeindebediensteten.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 41. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 24.00 Uhr

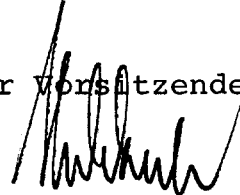
Der Schriftführer:

GSekr.



Der Vorsitzende:

Bürgermeister



VERHANDLUNGSSCHRIFT
=====

über die am Dienstag, den 26.03.1985 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 42. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Wekerle Harald als Vorsitzender,
die Gemeinderäte Hueber Guntram, DDr. Bertle Heiner und Dr. Sander Hermann,
die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.-Ing. Kieber Herbert, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Dipl. Vw. Tschann Otmar, Neyer Johann, Dünser Trudi und Prautsch Kurt für die ÖVP;

Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Netzer Werner für die FPÖ;

Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die Ortspartei;

Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Vbgm. Brugger Georg, GR. Kieber Ludwig, Versell Ignaz, Keßler Emil und Ganahl Josef.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit sowie die zeitgerechte Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung fest.

Erledigte Tagesordnung:
=====

1. Übernahme der Gp. 3182/1, Weg zum Kapuzinerkloster Gauenstein in das öffentliche Gut
2. Wohnhausneubau Mag. Brigitte Vogl, Überschreitung der Bau-
nutzungszahl
3. Personalangelegenheit;
4. Bürgschaftsübernahme im Rahmen des Abwasserverbandes Montafon
5. Allfälliges

Zu 1.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und stellt fest, daß eine Sanierung des Weges zum Kloster Gauenstein dringend notwendig ist. Es wurde daher seit geraumer Zeit die Gründung einer Weggenossenschaft betrieben, welche jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zustande kam. Es wurde daher seitens der Hauptinteressenten der Antrag auf Übernahme der Wegparzelle in das öffentliche Gut gestellt, wobei sich die Antragsteller zur Bezahlung eines Sanierungskostenbeitrages in Höhe von S 315.000,-- schriftlich verpflichtet haben. Auch weitere Angelegenheiten wie Wegbreite, Steigung, Einschränkung der Fahrberechtigten, Schneeräumung, Zaunerhaltung etc. wurden schrift-

lich vereinbart und von den Antragstellern bestätigt. Bezüglich des Abfuhrrentgeltes bei Holztransporten über diesen Weg muß noch die rechtliche Möglichkeit und Handhabung abgeklärt werden. Jedenfalls haben jene Anlieger, welche einen Sanierungsbeitrag geleistet haben, kein Abfuhrrentgelt zu entrichten. Die Wegsanierung erfolgt nur bis zum Kapuzinerkloster Gauenstein. Der für geringfügige Verbreiterungen bzw. Ausweichen benötigte Grund wird von den Eigentümern kostenlos zur Verfügung gestellt.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und Zusatzantrag von GV. Dr. Dünzler Edgar einstimmig die Übernahme der Gp. 3182/1 KG. Schruns in das "öffentliche Gut - Straßen und Wege" beschlossen unter der Voraussetzung, daß die Einhebung eines Entgeltes für Holztransporte rechtlich durchführbar ist.

Zu 2.

Frau Mag. Brigitte Vogl, Bregenz, hat für die Errichtung eines Wohnhauses auf Gp. 2488/1 KG. Schruns um die Ausnahmegenehmigung bezüglich einer erhöhten Baunutzung gestellt. Gemäß den eingereichten Bauplänen beträgt die Baunutzung 38,9, während in diesem Bereich eine Baunutzung von 30 verordnet ist (kritische Hanglage). In der Debatte befürworten GV. Haumer Rudolf und Gr. DDr. Bertle den Antrag mit dem Hinweis, daß das Bauwerk in seiner Lage keinsfalls störend wirkt und die Größe des Hauses nur den normalen Wohnbedarf deckt. Es sei keinesfalls zielführend, wenn die Antragstellerin zu einem Grundzukauf verhalten werden, zumal bei der seinerzeitigen Grundtrennungsbewilligung auf Grund der besonderen Umstände keine größere Baufläche bewilligt wurde. GV. Vonbank Peter bezeichnet die Überziehung der Baunutzungszahl um 30 % als bedenklich und befürchtet Folgewirkungen. GV. Dr. Czinglar Hansjörg meint, daß man bei der Bewilligung von Grundtrennungen bereits die künftigen Verbauungswünsche berücksichtigen sollte.

In der abschließenden Abstimmung wird dem Antrag stimmenmehrheitlich stattgegeben und eine Erhöhung der Baunutzungszahl auf 38,9 bewilligt. Gegenstimmen: GV. Dipl.-Ing. Kieber Herbert und GV. Konzett Manfred.

Zu 3.

Dem GSekr. Marchetti Herbert wird zum Ankauf einer Neubau-Eigentumswohnung, gemäß den Bestimmungen für Landesbedienstete, ein Dienstgeber-Darlehen in Höhe von S 60.000,-- zinsfrei auf 12 Jahre, gewährt. Die Rückzahlung hat in gleichbleibenden Monatsraten als Gehalts- bzw. Pensionsabzug zu erfolgen, wobei die Gattin als Mit-eigentümerin zur ungeteilten Hand mithaftet. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 4. siehe Nachtrag !

Zu 5.

Nachdem dies die letzte Sitzung der Gemeindevertretung in dieser Legislaturperiode ist, verweist der Vorsitzende in seinem Schlußwort auf die geleistete Arbeit. In insgesamt 374 Sitzungen wurden in grundsätzlich sachlich geführten Beratungen die Beschlüsse gefaßt, deren wichtigste vom Vorsitzenden stichwortartig angeführt werden.

Er dankt allen Mandataren und gedenkt auch jener, welche in diesem Zeitraum als aktive Mitglieder verstorben sind: GR. Tomaselli Oskar, Vonier Alois und Wachter Herbert. Einen herzlichen Dank richtet er besonders an jene Mitglieder, welche bei den kommenden Gemeindevertretungswahlen nicht mehr kandidieren. Dankesworte richtet er auch an alle Gemeindebediensteten, welche die gefaßten Beschlüsse zu exekutieren hatten.

GR. DDr. Bertle Heiner bedauert in seiner Ansprache, daß es nicht gelungen ist, das Interesse der Bevölkerung an der Arbeit der Gemeindevertretung zu wecken. Dies zeige die Tatsache, daß kaum einmal Zuhörer zu den öffentlichen Sitzungen kommen. GV. Schönborn Eleonore gibt bekannt, daß die Ortspartei nach 30jähriger Tätigkeit bei den kommenden Gemeindewahlen nicht mehr kandidieren werde. Sie dankt allen Anwesenden für die Zusammenarbeit und vermerkt mit besonderer Genugtuung, daß die Sanierung des Krankenhauses St. Josefsheim wunschgemäß durchgezogen werden konnte, wobei der Krankenhausausschuß unter ihrem Vorsitz in zahlreichen Beratungen wichtige Grundlagen zu schaffen hatte. Auch GR. Hueber Guntram dankt namens der ÖVP-Fraktion allen für die Zusammenarbeit, bei welcher das Gemeindeinteresse doch immer im Vordergrund stand.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 41. öffentlichen Sitzung wurde kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 21.45 Uhr

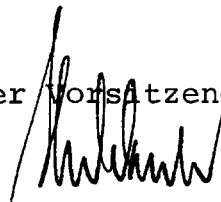
Der Schriftführer:

GSekr.



Der Vorsitzende:

Bürgermeister



Nachtrag zu 4.)

Die Übernahme der Haftung der Marktgemeinde Schruns für die Rückzahlung samt Zinsen und Verzugszinsen des vom Wasserwirtschaftsfonds dem Abwasserverband Montafon zum Bau der Abwasserbeseitigungsanlage gewährten Darlehens in Höhe von S 4,980.360.-- wird einstimmig beschlossen.

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 09.06.1982 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 19. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Wekerle Harald als Vorsitzender
Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram, Tomaselli Oskar und Dr. Sander Hermann, sowie der Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl. Ing. Kieber Herbert, Blaickner Roswitha, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Dipl. Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann, Dünser Trudi und Vonier Eugen für die ÖVP,
DDr. Bertle Heiner, Konzett Manfred und Dr. Düngler Edgar für die FPÖ,
Keßler Emil und Ganahl Josef für die SPÖ,
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die ORTSPARTEI.
Referent: Gde.Kassier Fenkart Karl
Schriftführer: GSEkr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: GR. Kieber Ludwig und GV. Versell Ignaz

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung der Gemeindevertretung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere GR. Tomaselli Oskar, welcher nach längerer krankheitsbedingter Abwesenheit heute wieder erschienen ist, und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

GR. Tomaselli bedankt sich beim Vorsitzenden und bei allen Mitgliedern der Gemeindevertretung für die ihm an die Klinik nach Innsbruck übermittelten Genesungswünsche.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Rechnungsabschluß 1981 des Gemeindekrankenhauses St. Josefsheim in Schruns
- 2.) Festlegung des Ausbauprogrammes Bauabschnitt V der Gemeindevasserversorgungsanlage
- 3.) "Zentrumpark Ges.m.b.H. & Co. KG." - Löwenhotel, Bericht und Beschlußfassung über Abtretungen bzw. Verkäufe
 - a) der Stammeinlage von nominal S 26.000.- an der Schrunser Fremdenverkehrs- Planungs Ges.m.b.H. ,
 - b) der Kommanditeinlage von nominal S 6,468.000.- an der Zentrumpark Schrunser Fremdenverkehrs- Planungs Ges.m.b.H. & Co. KG.
- 4.) Beschlußfassung über die Zustimmung als Gesellschafter der Montafoner Hochjochbahnen Ges.m.b.H. zur Abtretung bzw. Verkäufe der Stamm- und Kommanditeinlagen der Montafoner Hochjochbahnen Ges.m.b.H. bei der Schrunser Fremdenverkehrs -

Planungs Ges.m.b.H. und bei der Zentrumpark Schrunser Fremdenverkehrsplanungs Ges.m.b.H. & Co. KG. anlässlich der am 14.6.82 stattfindenden Generalversammlung.

- 5.) Antrag des Büsch Emil, Schruns, Silvrettastraße 605 auf Umwidmung der Gp. 204/1 KG. Schruns (inkl. Areal Sepp Tschofen) von "ÖZ" in "BW".
- 6.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges.

zu 1.)

Der Rechnungsabschluß des Gemeindekrankenhauses St. Josefsheim in Schruns ist allen Mitgliedern der Gemeindevertretung vor längerer Zeit zugegangen.

In seinen Erläuterungen zum Rechnungsabschluß stellt der Vorsitzende fest, daß der Gebarungsabgang gegenüber dem Voranschlag um S 610.419.- geringer gehalten werden konnte. Dies sei insbesondere auf die Erhöhung der Gebührensätze der Sozialversicherungsträger und der vermehrten Pflage tage zurückzuführen. Die zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten gestellten Fragen werden vom Vorsitzenden bzw. Gemeindegassier beantwortet. Wie der Vorsitzende weiter ausführt, liegt die Auslastung des Krankenhauses bei 68%. Die Ursache für die verhältnismäßig niedere Auslastungsziffer sieht der Vorsitzende darin, daß 25% der Gesamtbettenzahl für die Wochenstation zur Verfügung stehen (unregelmäßige Auslastung) und daß die ärztliche Versorgung nach dem Status des Krankenhauses nur durch die Belegärzte erfolgen kann.

Im Rahmen der Debatte bringt GV. Dr. Hermann Sander in seiner Eigenschaft als ärztlicher Leiter des Krankenhauses einen Vorfall zur Kenntnis, bei welchem sich GV. Ganahl Peter anlässlich eines schweren Unfalles seines Vaters, im Gemeindekrankenhaus durch unqualifizierte Anschuldigungen gegen Ärzteschaft und Personal ungebührlich verhalten habe. GV. Ganahl Peter schildert detailliert die Vorfälle und gibt zu, in seiner verständlichen Erregung laut und ungehalten gewesen zu sein. Er bedauert dies und entschuldigt sich für seine gemachten Äußerungen.

GV. Haumer Rudolf spricht der Verwaltung und dem Personal des Krankenhauses für die positive Führung Dank und Anerkennung aus. Diesem Dank schließt sich der Vorsitzende namens der Gemeindevertretung an.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Rechnungsabschluß 1981 des Gemeindekrankenhauses St. Josefsheim in Schruns, mit

Gesamteinnahmen von	S 8,867.357.87
Gesamtausgaben von	S 10,181.938.98
und dem sich ergebenden	
Gebarungsabgang von	S 1,314.581.11

einstimmig genehmigt.

Der Gebarungsabgang wird zu 40% vom Land Vorarlberg, zu 40% von den Spitalbeschickenden Gemeinden und zu 20% von der Marktgemeinde Schruns (Selbstbehalt als Spitalerhalter) abgedeckt.

zu 2.)

Der Vorsitzende berichtet über den Baufortschritt bei den Bauabschnitten III und IV der Gemeindewasserversorgung und die noch durchzuführenden Restarbeiten.

Über Antrag des Bauausschusses wird das Ausbauprogramm für den Bauabschnitt V der Gemeindewasserversorgungsanlage Schruns einstimmig wie folgt festgelegt:

- a) Grundwassererschließung "Im Tobel" mit Pumpwerk
- b) Wasserversorgung des Gemeindegebietes "Montjola"
- c) Wasserversorgung (Kleinanlage) Brif (Mangeng Bernhard)-Motta.

Weiters wird zustimmend zur Kenntnis genommen, daß eine Ausschreibung der Projektierung dieses Bauabschnittes - beschränkt auf die Büros Dipl.Ing. Adler, Klaus, Dipl. Ing. Manahl, Bregenz, Riedmann & Partner, Dornbirn - vorgenommen wird.

zu 3.)

Zu diesem Punkt der TO. werden Unterlagen, welche von der Geschäftsführung der "Zentrumpark" zur Verfügung gestellt wurden, an die Anwesenden ausgegeben.

In einem Rückblick auf die Geschichte des Löwenhotels seit seiner Gründung, legt der Vorsitzende die derzeitige Situation dar. Er verliest und erläutert den vorliegenden Bericht der Geschäftsführung. Der Verkauf des Hotels wird notwendig, da die Zinsbelastungen trotz bestem Geschäftsgang nicht mehr erwirtschaftet werden können und die Gesellschafter und Kommanditisten zu keiner weiteren Kapitalaufstockung zu gewinnen sind. Aufgrund der vorliegenden Kaufangebote ist zu erwarten, daß lediglich die Fremdmittel abgedeckt, die Gesellschafts- und Kommanditeinlagen jedoch nicht mehr bedient werden können.

Die Ursache für die gegebene Situation sieht der Vorsitzende in der hohen Darlehensaufnahme, die zur Wiedererrichtung des vergrößerten und modernisierten Hotels nach dem Brand im Februar 1978 notwendig war und im unvorhersehbaren Ansteigen des Zinsniveaus. Da die Montafoner Hochjochbahnen Ges.m.b.H. als Hauptgesellschafter, aufgrund der eigenen hohen Investitionen nicht mehr in der Lage ist, dem Löwenhotel weiteres Kapital zuzuschießen, ist der Verkauf des Hotels die einzig vertretbare Lösung.

In der nun folgenden eingehenden Debatte wird im wesentlichen vorgebracht:

GR. Hueber Guntram: Die Beteiligung der Gemeinde an der Gesellschaft war zur Strukturverbesserung des Ortes notwendig. Nur dadurch konnten das Hallenbad, die Tiefgarage und der Musikpavillon unter tragbaren finanziellen Bedingungen geschaffen werden. Sicherlich sind auch Nachteile durch den Verkauf zu erwarten, da die Einflußnahme der Gemeinde auf den Hotelbetrieb wegfällt. Da jedoch die zwischen der Zentrumpark und der Gemeinde bestehenden Verträge von den Rechtsnachfolgern eingehalten werden müssen, bleibt die Einflußnahme der Gemeinde auf die "öffentlichen Einrichtungen" des Löwenhotels erhalten.

DDr. Bertle Heiner: Die derzeitige Situation ist aus der Vorgeschichte ersichtlich. Der Brand des Löwenhotels kann nicht schuldtragend sein. Grundsätzlich bleibt die Frage offen, ob auf maßgebliches Vermögen der Gemeinde verzichtet werden muß. Dagegen sind schwere Bedenken zu erheben.

Er stellt daher nachstehende Anträge zur Abstimmung:

- 1) Die Gemeindevertretung beauftragt den Überprüfungsausschuß zur Untersuchung, ob die Aufsichtspflicht verletzt wurde und ob eine Schadensersatzpflicht für die Verantwortlichen gegeben ist.
- 2) Die Gemeindevertretung trägt dem Bürgermeister auf, ausschließlich Gemeindeinteressen und nicht nur Fremdenverkehrsinteressen in den diversen Gesellschaften und Verbänden zu vertreten.
- 3) Die Gemeindevertretung möge beschließen, daß keine neuerlichen Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Gesellschaften eingegangen werden. Die bestehenden sind auf ihre Zweckmäßigkeit zu überdenken.

Der Vorsitzende nimmt zu diesen drei Anträgen Stellung und betont, daß alle Fraktionen in der Gemeindevertretung, in gleicher Weise und im selben Umfang über die jeweilige Situation des Löwenhotels informiert wurden. Er erachtet alle drei Anträge als nicht notwendig und stellt zu den einzelnen Anträgen fest, daß

- a) daß die Landesrevisionsstelle derzeit die Gemeindegebarung kontrolliert und dabei auch das Verhältnis der Gemeinde zur Zentrumpark prüft;
- b) daß er als Bürgermeister vom Gesetz her verpflichtet ist, die Gemeindeinteressen zu vertreten, wobei er betont, daß auch Fremdenverkehrsbelange im Gemeindeinteresse liegen und entsprechend ihrer Wertung zu vertreten sind;
- c) daß eine Beschlußfassung über ein generelles Verbot einer weiteren privatwirtschaftlichen Beteiligung der Gemeinde nicht zielführend ist, da einerseits die Gemeindevertretungen der nächsten Legislaturperioden nicht präjudiziert werden können und andererseits jede Gesellschaftsbeteiligung gesetzmäßig eines Beschlusses der Gemeindevertretung bedarf, welcher zudem von der Landesregierung genehmigt werden muß.

GV. DDr. Bertle zieht den Antrag 1) zurück, bis der Prüfungsbericht der Gebarungskontrolle des Amtes der VlbG. Landesregierung vorliegt. Die Anträge 2) und 3) bleiben aufrecht.

Die darauf erfolgte Abstimmung ergibt nachfolgendes Ergebnis:

Der Antrag 2) wird mit 6 Stimmen (GR.Tomaselli Oskar, GV.DDr. Bertle Heiner, GV. Konzett Manfred, GV.Dr. Dügler Edgar, GV.Keßler Emil und GV.Ganahl Josef) gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 3) wird mit 3 Stimmen (GR.Tomaselli Oskar, GV.DDr.Bertle Heiner, GV.Dr. Dügler Edgar) gegen 21 Stimmen abgelehnt.

In der weiteren Debatte wird eine Anfrage von GV. Dr. Dügler Edgar bezüglich der weiteren finanziellen Leistungen an die Zentrumpark vom Vorsitzenden dahingehend beantwortet, daß bis zum Jahre 1989 die öffentlichen Anteile der Investitionen noch zurückzuzahlen sind. Eine weitere Anfrage von GV. Keßler Emil, ob mit dem Kaufpreis von ca. 157 Mio. Schilling alle Schulden abgedeckt sind, oder ob nach dem Verkauf noch Nachschußpflichten für die Gesellschafter bzw. Kommanditisten bestehen, wird vom Vorsitzenden verneint. Die Gesamtverbindlichkeiten der Zentrumpark per 30.04.1982 belaufen sich auf 173 Mio. Schilling. Die Differenz zum Käuferlös hat die Montafoner

Hochjochbahnen Ges.m.b.H. zu tragen. Es laufen allerdings Gespräche mit den Banken, daß auch diese einen Teildes Verlustes mittragen. Ein Verkauf des Hotels kann nur bei vollinhaltlicher Übernahme aller Punkte aus den Verträgen zwischen der Zentrumpark und der Marktgemeinde Schruns erfolgen.

GV. Keßler Emil in seiner Eigenschaft als Urkundenfertiger fordert nachdrücklich, daß vor Unterzeichnung irgend einer Urkunde genügend Zeit zum Studium des zu unterzeichnenden Schriftstückes gegeben sein muß.

GV.Dr. Czinglar Hansjörg: Die Betriebsergebnisse des Löwenhotels zeigen deutlich, daß der richtige Zeitpunkt für den Hotelverkauf gegeben ist. Die Gesellschafts- und Kommanditeinlagen der Gemeinde waren ein Startgeld für einen sehr guten und für Schruns dringend notwendigen Hotelbetrieb. Es ist zu begrüßen, daß sich voraussichtlich ein kapitalkräftiger Käufer etabliert. Es ist zwecklos, noch länger über die Vergangenheit zu debattieren.

GV. Dr. Düngler Edgar erklärt, daß er seine Zustimmung zum vorliegenden Antrag nur aus wirtschaftlichen und juristischen Überlegungen gibt, da der Betrieb bereits im Konkursstadium steht. Die bisherige Geschäftsführung und Unternehmenspolitik kann er nicht gutheißen.

Über Antrag des Vorsitzenden wird nachstehender Beschluß zur Abstimmung gestellt:

Unter der Bedingung der vollinhaltlichen Überbindung aller bestehenden Verträge zwischen der "Zentrumpark" und der Marktgemeinde Schruns stimmt die Gemeindevertretung der Abtretung bzw. dem Verkauf von

- a) der Stammeinlage von nominal S 26.000.- an der Schrunser Fremdenverkehrs-Planungs Ges.m.b.H. und
- b) der Kommanditeinlage von nominal S 6,468.000.- an der Zentrumpark Schrunser Fremdenverkehrs Planungs Ges.m.b.H. & Co. KG. zu.

Die Urkundenfertiger sind zur Unterzeichnung der Abtretungsverträge bzw. Verkauf zum Nullwert an den Bestbieter, berechtigt.

Dieser Beschluß wird stimmenmehrheitlich gefaßt.

Gegenstimme: GV. DDr. Bertle Heiner mit folgender Begründung:

1. Weil die Zustimmung zum Verkauf bzw. zur Abtretung der Anteile am Löwenhotel bzw. der "Zentrumpark" eine Sanktionierung der bisherigen Geschäftsführung und eine Entlastung des Geschäftsführers und der Interessensvertreter der Gemeinde bedeuten würde;
2. weil die in Frage stehenden Erwerber des Löwenhotels bzw. der "Zentrumpark" entweder eine deutsche Gruppe, also Ausländer oder indirekt ebenfalls Ausländer sind, die sich zudem bei einem Hotelbau in Tirol sehr brutal über den Natur- und Landschaftsschutz hinweggesetzt haben; Landschaftsschädiger haben wir aber bereits eigene genug.

zu 4.)

Über Antrag des Vorsitzenden wird ohne Debatte unter Hinweis auf Punkt 3) der TO. stimmenmehrheitlich beschlossen:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, als Vertreter des Gesellschafters "Marktgemeinde Schruns" der Montafoner Hochjochbahnen Ges.m.b.H.,

die Zustimmung zur Abtretung bzw. Verkauf der Stamm- und Kommanditeinlagen bei der Schrunser Fremdenverkehrs - Planungs Ges.m.b.H. und bei der Zentrumpark, Schrunser Fremdenverkehrs - Planungs Ges. m.b.H. & Co. KG. zu geben.

Gegenstimme: GV. DDr. Bertle Heiner, Begründung siehe zu Punkt 3) der TO.

Abschließend appelliert GV. Dipl.Ing. Kieber Herbert an alle Fraktionen, künftighin bei Beteiligungen der Gemeinde vorsichtiger zu sein, da es sich doch um den Einsatz von Steuergeldern handelt.

zu 5.)

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben von Baum. Büsch Emil, Schruns, Silvrettastraße 605 vom 31.05.1978, in welchem dieser der Marktgemeinde Schruns die Gp. 204/2 und 213/1 KG. Schruns im Ausmaße von ca. 2.300 m² zum Kauf angeboten hat. Da der größte Teil dieser Fläche als Vorbehaltsfläche "ÖZ" gewidmet ist, kann der betroffene Eigentümer gemäß § 18 RPG von der Gemeinde verlangen, daß das Grundstück eingelöst oder umgewidmet wird. Der Vorsitzende verweist auf den Antrag des Bauausschusses und des Raumordnungsausschusses, welche sich einstimmig für eine Umwidmung in "Baufläche-Wohngebiet" aussprechen. GV. DDr. Bertle begründet die seinerzeitige Entscheidung des Raumplanungsausschusses bei der Erstellung des Entwurfes zum Flächenwidmungsplan und verweist darauf, daß sich die Situation seither geändert hat (Bau der Zamangbahn).

Über Antrag des Bauausschusses und des Raumordnungsausschusses wird die Umwidmung der Gp. 204/1 (Büsch Emil, der Gp. 204/2 und der Bp. 197 (Sepp Tschofen), von Vorbehaltsfläche "ÖZ" in Baufläche-Wohngebiet "BW" einstimmig beschlossen.

zu 6.)

Der Vorsitzende berichtet:

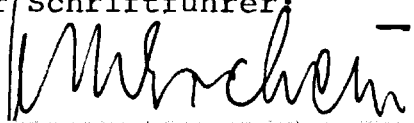
- a) über das negative Ergebnis der von der BH. Bludenz durchgeführten Wasserrechtsverhandlung "Drainage Abwässer Ried" infolge Anrainereinsprüche, weshalb eine neuerliche Behandlung durch den Bauausschuß notwendig wird;
- b) über die Ausgleichssituation beim Kurhotel Montafon. Dieser Bericht von GV. Dr. Czinglar ausführlich ergänzt;
- c) daß sich der Bauausschuß mit dem Bauvorhaben "Mobahn-Remisenneubau" zu befassen hat, wobei Modelle vorgelegt werden;
- d) über die Wohnbauförderung des Landes Vorarlberg von 1977 - 1981 und die Darlehensrückflüsse für Bauvorhaben im Gemeindebereich Schruns.

Unter "Allfälligem" werden Anfragen von GV. DDr. Bertle bezüglich des Baubeginns "Reihenhaus Vogewosie Auweg", von GV. Dipl.Vw.Tschann bezüglich der Wiedererrichtung eines Brunnens beim Friedhof und von EM. Vonier Eugen bezüglich Brunnen bei der ehem. Metzgerei Thöny und der Verlegung der Musikschule in Klassenräume der HS.-Grüt, vom Vorsitzenden beantwortet.

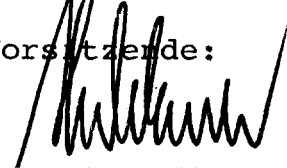
Gegen die Verhandlungsschrift über die vergangene 18. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 23.40 Uhr

Der Schriftführer:



Der Vorsitzende:



V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Donnerstag, den 15.07.1982 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 20. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Wekerle Harald als Vorsitzender, Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram und Dr. Sander Hermann, Die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Dr.Czinglar Hansjörg, Rebholz Gerhard, Ganahl Peter, Versell Ignaz, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Hans, Dünser Trudi, Prautsch Kurt, Netzer Ludwig und Vonier Eugen für die ÖVP., DDr. Bertle Heiner, Dr.Düngler Edgar, Netzer Werner und Dr.Giesriegl Harald für die FPÖ., Keßler Emil und Ganahl Josef für die SPÖ., Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die ORTSPARTEI.
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Kieber Ludwig, Haumer Rudolf, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Blaickner Roswitha, Dobler Max, Tomaselli Oskar und Konzett Manfred.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung leistet EM. Dr.Giesriegl Harald vor dem Vorsitzenden das Gelöbnis nach § 32 des Gemeindegesetzes.

GV. DDr.Bertle Heiner beantragt die Ergänzung der Verhandlungsschrift über die 19. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung zu Punkt 2.) der TO. wie folgt:" GV. DDr. Bertle Heiner erhebt auch schwerwiegende Bedenken gegen dasselbe Management (Löwenhotel) in anderen Unternehmen." Weiters bemängelt er, daß eine eisenbahnrechtliche Verhandlung über den Umbau der Hochjochbahn-Talstation in Schruns und über die Neuerstellung des Einsesselliftes "Kropfen-Kapell" stattgefunden habe, ohne daß die diesbezüglichen Pläne dem Bauausschuß zur Begutachtung vorgelegt wurden. Der Vorsitzende erklärt, daß er hiezu unter "Berichte" Aufklärung geben werde.

GV. Dr.Düngler Edgar ersucht um schriftliche Stellungnahme, warum er zur Sitzung der "Zentrumspark" nicht geladen wurde, obwohl er mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 05.05.1982 in diese Gesellschaft delegiert wurde.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Neufestsetzung der Musikschulgebühren (Elternbeiträge) ab dem Schuljahr 1982/83;
- 2.) Sonderinvestitionsprogramm der Montafonerbahn AG Schruns;
- 3.) Geschenkweise Übernahme von 2/504 Anteilen an diversen Waldparzellen im Gebiet "Vikari" von Doz.Dr.Edwin Albrich's Erben;
- 4.) Vergabe der Planungsarbeiten für An-und Umbau Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns;
- 5.) Kinderfacharzt Dr.M.Haschemi, Antrag auf Zulassung als Belegarzt im Gemeindekrankenhaus St.Josefsheim in Schruns;

- 6.) Annahme der Abänderung (Erhöhung) des Darlehens beim Wasserwirtschaftsfonds für den BA.03 der Gemeindekanalisation;
- 7.) Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für 4 Obergeschosse beim Hotel "Zamangerhof" in Schruns;
- 8.) Entscheidung über die Berufung gegen den Baubewilligungsbescheid der Marktgemeinde Schruns für den Wohnhausneubau des Ing.Karl Wachter, Gaschurn;
- 9.) Berichte des Vorsitzenden;
- 10.) Allfälliges.

zu 1.)

Der Vorsitzende berichtet über eine Besprechung der musikschulbeschiedenen Gemeinden, in welcher unter anderem die Anhebung des Elternbeitrages an der Musikschule Montafon in Schruns, ab dem Schuljahr 1982/83 empfohlen wurde. Die vorgeschlagene Erhöhung liegt unter der Steigerung des Lebenshaltungskostenindex und soll zukünftig in kürzeren Abständen dem jeweiligen Index nachgezogen werden.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses werden die Musikschulgebühren (Elternbeiträge) ab dem Schuljahr 1982/83 pro Schüler und Schuljahr wie folgt festgesetzt:

	bisher:	neu:
Instrumental-Einzelunterricht	2.200.-	2.500.-
Gruppe zu 2 Schülern	1.600.-	1.800.-
Gruppe zu 3 Schülern	1.200.-	1.300.-
Gruppe zu 4 oder 5 Schülern	1.100.-	gleichbleibend
Elementarunterricht	1.000.-	gleichbleibend

Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 2.)

Der Vorsitzende gibt einen ausführlichen Bericht über die Sitzung beim Amt der Vorarlberger Landesregierung mit Vertretern des Standes Montafon, über die Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes 1981-1985 der Montafonerbahn AG Schruns, wie er ihn bereits dem Gemeindevorstand und Finanzausschuß in der Sitzung vom 28.06.1982 vorgetragen hatte. Demnach werden vom Gesamtvolumen von 24 Mio. Schilling, 50% vom Bund übernommen, während die restlichen 50% im Land aufgebracht werden müssen. Hievon werden wiederum 6 Mio. Schilling vom Land Vorarlberg getragen und die restlichen 6 Mio. Schilling sind zu 70.62% vom Stand Montafon, zu 14.85% von der Vorarlberger Illwerke AG und zu 14.53% vom Land Vorarlberg, als Gesellschafter der Montafonerbahn AG, aufzubringen. Es entfallen daher auf den Stand Montafon..... S 4,237.000.-
auf die VlbG. Illwerke AG S 891.000.- und
auf das Land Vorarlberg S 872.000.- .

Das Land Vorarlberg hat in Aussicht gestellt, den Gemeinden für ihre Aufwendungen für die Montafonerbahn, besondere Bedarfszuweisungen (je nach Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde) in Höhe von 50-60% der Gesamtleistung zu gewähren. Für die Marktgemeinde Schruns ergibt dies bei Berücksichtigung der Finanzkraft (50% Bedarfszuweisung) nachfolgende Nettogleistung in den Jahren 1982-1986:

1982:	S 68.202.42	1983:	S 102.303.63	1984:	S 191.819.31
1985:	S 85.253.03	1986:	S 63.939.77	gesamt:	S 511.518.16

Das Sonderinvestitionsprogramm beinhaltet die Begradigung der Gleisstrecke im Bereich Lorüns, den Umbau und die Erweiterung der Remise und der Bahnwerkstätten, die Verbesserung der Fahrbetriebsmittel und die Sanierung des Bahnhofgebäudes in Schruns. Im Zuge der Debatte stellt GV. Keßler Emil die Anfrage, wie sich die Gemeinden der Innerfratte zu dieser Zahlung an die Mobahn stellen. (St.Gallenkirch S 273.248.- und Gaschurn 232.233.-). Hiezu erwidert der Vorsitzende, daß in der Innerfratte ein gewisses Umdenken in Bezug auf gesamtmontafoner Probleme stattgefunden hat. So wurden bisher blockierte Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Verkehrsverband Montafon und dem Schiclub Montafon, nunmehr positiv erledigt. Es sei daher auch zu erwarten, daß diese Gemeinden dem Sonderinvestitionsprogramm der Mobahn zustimmen werden. Eine weitere Anfrage von GV. Keßler Emil bezieht sich auf die finanziellen Verhältnisse der Sesselbahn Vandans-Latschau, für deren Finanzierung die Montafonerbahn AG. in Vorlage getreten ist und in Personalunion mit der Geschäftsführung der Mobahn betrieben wird. Der Vorsitzende gibt dahingehend Aufklärung, daß eine Ausfallhaftung für diese Sesselbahn die Gemeinde Vandans trägt und derzeit Verhandlungen im Gange sind, den Sessellift in den Verband der "VIW-Bahnbetriebe" einzugliedern. Eine Anfrage von GV. Dipl.Vw.Tschann Othmar bezüglich der verhältnismäßig hohen Eigenmittelaufbringung durch die Mobahn, beantwortet der Vorsitzende damit, daß bei jedem Abschnitt des Investitionsprogrammes entsprechend Eigenmittel einzubringen sind. EM. Netzer Werner stellt die Frage, ob der Bahnbetrieb kostendeckend ist. Dies wird vom Vorsitzenden verneint, jedoch darauf verwiesen, daß die Montafonerbahn AG insgesamt (Bahn, EWerk, Installation und Elektrowarengeschäft) positive Bilanzen aufzuweisen hat. GV. Neyer Hans macht darauf aufmerksam, daß auf die negativen Betriebszweige der Mobahn AG besonderes Augenmerk gelegt werden sollte.

Abschließend stellt der Vorsitzende fest, daß die Marktgemeinde Schruns als Standortgemeinde ein besonderes Interesse für die Durchführung des gegenständlichen Sonderinvestitionsprogrammes haben muß.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird nachfolgender Beschluß einstimmig gefaßt:

Die Marktgemeinde Schruns ist bereit, im Rahmen des Standes Montafon nachstehende Beiträge (netto, nach Abzug der besonderen Bedarfszuweisung durch das Land Vorarlberg verbleibend) zum Sonderinvestitionsprogramm der Montafonerbahn zu leisten:

1982 - 1986 insgesamt S 511.518.16 - aufgeteilt in Jahreszahlungen, wie sie vom Land Vorarlberg vorgeschlagen und vorstehend verzeichnet sind.

GV. Ganahl Peter hat sich in seiner Eigenschaft als Bediensteter der Montafonerbahn AG befangen erklärt und sich der Debatte und Abstimmung enthalten.

zu 3.)

Frau Grete Albrich, Unterdorfstraße 470, Schruns, hat dem Gemeindevorstand Schruns mitgeteilt, daß sie und ihre Kinder (Erben nach Dozent Dr. Edwin Albrich) ihre 5/504 Anteile (richtig (2/504) an diversen Waldparzellen im Gebiet "Vikari", der Marktgemeinde Schruns kostenlos überlassen wollen. Der Vorsitzende erläutert, daß diese Waldparzellen an die Gemeindewaldungen angrenzen, bzw. von diesen umschlossen sind. Da es für die Gemeinde günstig wäre, wenn diese Kleinparzellen mit der Gemeindevorwaltung arrondiert würden, hat der Vorsitzende bereits vor längerer Zeit Gespräche mit allen Anteilseigentümern geführt, welche jedoch nicht positiv abgeschlossen werden konnten. Laut einer Waldwertberechnung aus dem Jahre 1976 beträgt der Gesamtwert aller Parzellen ca. S 71.500.-, sodaß die geschenkten Anteile mit ca. S 285.- zu bewerten sind. Die grundbücherliche Durchführung der Schenkung würde zu Lasten der Marktgemeinde Schruns gehen. In der Debatte kommt zum Ausdruck, daß

diese Schenkung nicht wegen ihres finanziellen Wertes, sondern wegen der besseren Basis zu weiteren Arrondierungsverhandlungen angenommen werden soll. GV.Dr.Düngler Edgar macht darauf aufmerksam, daß mit der Verbücherung dieser Schenkung abzuwarten ist, bis Verhandlungen wegen eines eventuellen Verkaufes mit den übrigen Anteilseigentümern geführt sind. Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses einstimmig beschlossen, daß die Schenkung dankend angenommen wird.

zu 4.)

Der Vorsitzende verliest den Antrag des Bauausschusses und des Raumordnungsausschusses, mit welchem die Vergabe der Planungsarbeiten für den An- und Umbau beim Gemeindekrankenhaus Schruns, an Baumeister Oskar Ganahl, Schruns, Hofweg, empfohlen wird. In der Debatte macht GV. Dr.Sander Hermann darauf aufmerksam, daß bei der Planung auf das Parkplatzproblem geachtet werden muß, da durch die Kinderfacharztpraxis Dr. M. Haschemi (ehem. Isolierhaus) zeitweilig unhaltbare Zustände infolge der beschränkten Parkmöglichkeiten an der Nordseite des Gemeindekrankenhauses, auftreten. EM.Dr.Giesriegl Harald stellt die Anfrage, ob bei dem vorgeschlagenen Planer eine Erfahrung im Spitalbau gegeben ist und wie die Detailberatungen durchgeführt werden. Hiezu erklärt der Vorsitzende, daß eine spezielle Spitalbauerfahrung des Planers für diesen Anbau nicht notwendig erscheint und alle Details im Rahmen des Krankenhausausschusses beraten werden.

Über Antrag des Bauausschusses und des Raumordnungsausschusses werden die Planungsarbeiten, bestehend aus Einreichung, Ausführung, Detailplanung, Leistungsverzeichnisse, Kostenberechnung, der künstlerischen Oberleitung in enger Zusammenarbeit mit dem Krankenhausausschuß und dem Gemeindebauamt, sowie die Statik, für die An- und Umbauarbeiten im Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns, an Baumeister Oskar Ganahl, Schruns, Hofweg, übertragen. Die Planungsarbeiten für Elektro, Sanitär und Heizung werden zu einem späteren Zeitpunkt vergeben. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig. GV. Ganahl Josef hat sich wegen Befangenheit der Debatte und Abstimmung enthalten.

zu 5.)

Der Kinderfacharzt Dr. Mostafa Haschemi hat um die Zulassung als Belegarzt im Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns, angesucht. Über Anfrage von GV. Keßler Emil gibt der Vorsitzende bekannt, daß Dr. Haschemi am freiwilligen Notdienst der Ärzte nicht teilnimmt, da ihm die notwendige Erfahrung eines praktischen Arztes fehlt. Über Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, daß Dr. Haschemi Mostafa, rückwirkend ab 01.07.1982 als Belegarzt im Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns, zugelassen wird.

zu 6.)

Über Antrag des Vorsitzenden wird die Änderung der Darlehenszusicherung für den Bauabschnitt 03 der Ortskanalisation durch das Bundesministerium für Bauten und Technik (Wasserwirtschaftsfonds) von S 6.400.000.- auf S 8.150.000.- zu den vorgeschriebenen Bedingungen angenommen. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

In diesem Zusammenhang stellt GV. Keßler Emil die Anfrage bezüglich des Baubeginnes der Abwasserreinigungsanlage Montafon.

Der Vorsitzende, wie auch Vbgm. Brugger Georg berichten über die laufenden Verhandlungen zwischen der Wildbach-u.Lawinenverbauung, der VIW. und dem Abwasserverband bezüglich Absicherung des ARA-Standortes.

zu 7.)

GV. Bitschnau Arnold verläßt zu diesem Punkt der TO. wegen Befangenheit den Sitzungstisch.

Die Pläne über die beabsichtigte Aufstockung des Bettentraktes "Zamangerhof" werden aufgelegt und vom Vorsitzenden erläutert.

In der Debatte stellt GV. DDr. Bertle Heiner fest, daß in den Beratungen des Bauausschusses das Bauvorhaben gestalterisch zwar nicht als optimal bezeichnet wurde, jedoch die wirtschaftlichen Aspekte maßgebend für eine positive Antragstellung waren. GV. Dr. Sander Hermann findet die Eigeninitiative des Bauherrn besonders lobenswert und unterstützungswürdig. GV. Keßler Emil macht darauf aufmerksam, daß durch die kommende Umgebungsverbauung der VOGEWOSIE, der aufgestockte Baukörper des Hotel Zamangerhof sicherlich nicht so stark stören wird.

Über Antrag des Bauausschusses und des Raumordnungsausschusses wird der Fa. Bitschnau Ges.m.b.H. & Co. KG. "Hotel Zamangerhof" in Schruns, die Ausnahmegewilligung zu Aufstockung des Hoteltraktes von 3 1/2 auf 4 Geschosse erteilt. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 8.)

Vor Übergabe des Vorsitzes an VbGM. Brugger Georg erläutert Bürgermeister Wekerle Harald die Rechts- und Sachsituation im gegenständlichen Berufungsverfahren.

Vizebürgermeister Brugger Georg als Vorsitzender, stellt den Antrag auf Vertagung dieses TO-Punktes, da der Bauwerber zwischenzeitlich einen rechtskräftigen Baubewilligungsbescheid für einen Wohnhausneubau in der Gemeinde Gaschurn erwirkt hat. GV. Peter Vonbank kommt auf die Vermittlungsbemühungen der Gemeinde in mehrmaligen Verhandlungen, zurück und ist der Ansicht, wenn nun Ing. Karl Wachter in Gaschurn baut, kann eventuell die Gemeinde Schruns seinen bisher in Schruns vorgesehenen Bauplatz ankaufen.

Seitens der Gemeindeverwaltung sollen die Parteien Ing. Wachter Karl, Ganahl Reinhilde, sowie der Anrainer Hepberger Franz informiert werden, daß die Möglichkeit einer Grnezänderung nach § 47 des Raumplanungsgesetzes, beantragt werden kann. GV. Dr. Czinglar Hansjörg verweist auf die gravierenden Änderungen, die mit dem VlbG. Baugesetz in Bezug auf Bauabstand (Abstandsflächen) in Kraft getreten sind und ist der Ansicht, daß die Erfüllung der Zusage der Gemeindevertretung aus dem Jahre 1969 infolge der geänderten Rechtslage, nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. GR. Hueber Guntram macht darauf aufmerksam, daß eine Überprüfung der Zufahrtsmöglichkeit zu den Grundstücken der Ganahl Reinhilde von der Nordseite her, bezüglich der gegebenen Breite überprüft werden muß.

Abschließend wird dem Antrag des Vorsitzenden auf Vertagung dieses Punktes der Tagesordnung, einstimmig stattgegeben.

Bürgermeister Wekerle Harald übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 9.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a) über eine Begehung zur Wegtrassierung im Bereich Lifinar mit Hofrat Dipl. Ing. Dorner von der Agrarbezirksbehörde und dem Geologen DDr. Bertle Heiner;
- b) über die eisenbahnrechtlichen Verhandlungen der Montafoner Hochjochbahnen Ges.m.b.H. Schruns, betreffend die Neuerstellung des Liftes "Kropfen-Kapell" (Abtragung des bestehenden Sesselliftes und Ersatz durch die bisherige Anlage "Kropfen Sennigrat"), sowie

ausführlich über die geplanten Maßnahmen beim Umbau der Hochjochbahn-Talstation in Schruns;

- c) über die Schlußverhandlungen mit der "Liebherr-Gruppe" als Käufer des "Löwen-Hotel";
- d) über den Ausgleich "Kurhotel Montafon", wobei die Ausführungen von GV. Dr. Czinglar ergänzt werden.

zu 10.)

Unter "Allfälliges" stellt GV. Keßler Emil eine Anfrage bezüglich der Finanzlage der Montafoner Hochjochbahnen Ges.m.b.H., Schruns. Zu dieser Anfrage erklärt der Vorsitzende, daß aufgrund der hohen Investitionen die Finanzlage der Hochjochbahn sehr angespannt sei. Es werde sicherlich in den nächsten Jahren sparsam gewirtschaftet werden müssen.

Weiters macht GV. Keßler Emil darauf aufmerksam, daß die vom Gemeindevorstand beschlossene Asphaltierung der Silvrettastraße bis zu den Casaplanhäusern weitergeführt werden sollte.

EM. Dünser Trudi urgiert die bereits vorgebrachten notwendigen Ausbesserungen am Bargasweg, sowie die Anbringung eines Geländers bei der Brücke Bargestobel.

Nach Vornahme der eingangs der Sitzung beantragten Ergänzung wird gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 19. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

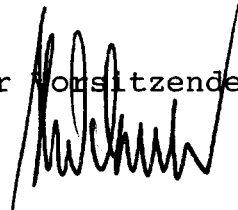
Ende der Sitzung: 24.00 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 25.08.1982, um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 21. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender,
Vbgm. Georg BRUGGER, die Gemeinderäte
Guntram HUEBER, Ludwig KIEBER und Dr. Hermann SANDER,
die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute
Dr. Hansjörg CZINGLAR, Roswitha BLAICKNER, Max DOBLER,
Peter GANAHL, Ignaz VERSELL, Dipl.Vw. Othmar TSCHANN,
Johann NEYER, Trudi DÜNSER und Ing. Kurt PRAUTSCH für
die ÖVP;
Manfred KONZETT, Ing. Werner NETZER, Dr. Harald GIESRIEGL
und Siegfried GRASS für die FPÖ;
Emil KESSLER und Josef GANAHL für die SPÖ und
Arnold BITSCHNAU und Eleonore SCHÖNBORN f.d. ORTSPARTEI.
Referent: Gemeindegassier Karl FENKART,
Schriftführer: Meldeamtsleiter Manfred WEIHS.

Entschuldigt abwesend: Peter VONBANK, Rudolf HAUMER, Gerhard REBHOLZ,
Oskar TOMASELLI, DDr. Heiner BERTLE, Dr. Edgar DÜNGLER
Unentschuldigt abwesend: Dipl.Ing. Herbert KIEBER

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte T a g e s o r d n u n g :

- 1) Rechnungsabschluß 1981 der Marktgemeinde Schruns, Genehmigung
- 2) Rechnungsabschluß 1981 des Abwasserverbandes Außermontafon, Stellungnahme;
- 3) Rechnungs der Montafoner Hochjochbahnen GmbH., Schruns;
- 4) FC Schruns; Ansuchen betreff Ankauf von Umkleide- und Sanitärcontainern;
- 5) Änderung der Aufnahmebedingungen für das Altersheim;
- 6) Neuerliche Entscheidung über Verbauungsanträge an die Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsleitung Bludenz;
- 7) Antrag auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die Erweiterung des Hotel "Alpenrose";
- 8) Projektänderung "Versickerung der Drainagegewässer Ried"; Übernahme des Interessentenanteiles

9) Berichte des Bürgermeisters

10) Allfälliges

zu 1) Der Rechnungsabschluß wurde allen Mitgliedern der Gemeindevertretung vor ca. vier Wochen nachweislich zugestellt. Der Vorsitzende erläutert diesen Rechnungsabschluß und verweist auf den umfangreichen Anhang mit detaillierter Aufschlüsselung über die Einnahmen und Ausgaben sowie die Begründungen der bedeutendsten Voranschlagsabweichungen. Einzelne Anfragen werden in der anschließenden Debatte vom Vorsitzenden, bzw. vom Gemeindegassier beantwortet. Sodann verliest der Vorsitzende des Finanzüberprüfungsausschusses, GV.Dipl.Vw.Othmar Tschann den schriftlichen Prüfungsbericht, der allen Anwesenden mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung zugegangen ist und welcher einen integrierenden Bestandteil der vorliegenden Verhandlungsniederschrift bildet. Zu den im Prüfungsbericht aufgezeigten Mängeln und Anregungen wird durch den Vorsitzenden dahingehend Stellung genommen, daß die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden.

Abschließend dankt der Vorsitzende den Mitgliedern des Finanzüberprüfungsausschusses für ihre Tätigkeit und spricht der Finanzabteilung den Dank und die Anerkennung für die geleistete saubere und genaue Arbeit aus.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Rechnungsabschluß 1981 der Marktgemeinde Schruns mit

Gesamteinnahmen von S 80 591 696,96

Gesamtausgaben von S 81 547 756,96

und einem Gebarungsabgang von S 956 060,--

einstimmig genehmigt.

zu 2) Die Gemeindevertretung hat in ihrer 18. öffentlichen Sitzung vom 5. Mai 1982 eine Beschlußfassung über die Stellungnahme zum Rechnungsabschluß 1981 des Abwasserverbandes verfat, da der diesbezügliche Bericht des Prüfungsausschusses nicht vorlag. Dieser ist mittlerweile allen Anwesenden mit der Einladung zu dieser Sitzung zugegangen. Dieses Problem wurde auch in der gemeinsamen Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses vom 28. Juli 1982 beraten und an die Gemeindevertretung einstimmig der Antrag gestellt, zum vorliegenden Rechnungsabschluß 1981 des Abwasserverbandes Außermontafon, welcher mit

Gesamteinnahmen von S 2 052 774,70

Gesamtausgaben von S 2 794 047,07

einen Gebarungsabgang von S 741 272,37

aufweist, eine zustimmende Stellungnahme abzugeben. Nach

kurzer Debatte wird dem gegenständlichen Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses einstimmig zugestimmt.

zu 3) Bereits in der Sitzung des Gemeindevorstandes vom 21. Juli 1982 und in der gemeinsamen Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses vom 28. Juli 1982 wurde diese Frage eingehend diskutiert, wobei in letzterer Beratung die Anerkennung einer Zinszahlung für die Zeit vom 1. Oktober 1980 bis Juli 1981 (Rechtskraft des Bewilligungsbescheides für die Zamangbahn) grundsätzlich abgelehnt wurde.

Der Vorsitzende bringt den Sachverhalt nochmals zu Kenntnis wie folgt:

Die Montafoner Hochjochbahnen GmbH., Schruns, hat der Marktgemeinde Schruns die Zinsbelastung für ausstehende Stammeinlagen vom 1. Oktober 1980 bis 9. Februar 1982 in Höhe von S 831.000,- vorgeschrieben. Hiezu ist festzustellen, daß die Gemeindevertretung am 2. Juli 1980 die Kapitalaufstockung durch Einbringung des Grundstückes "Bitschnau Elsa" beschlossen hat. Nachdem die Hochjochbahn ihre ursprüngliche Planung geändert hat und die Situierung der Zamangbahn-Talstation auf dem Grundstück des Heinrich Kieber vorgesehen hatte, hat die Gemeindevertretung am 9. April 1981 beschlossen, daß anstelle der Grundstückseinbringung die Bareinzahlung eines Betrages von S 5,1 Mio erfolgt. Mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 1. Juni 1981 wurde die Flächenumwidmung der "Kieber-Gründe" für die Errichtung der Zamangbahn-Talstation und der notwendigen Parkplätze genehmigt. Mit Erteilung der eisenbahnrechtlichen Baubewilligung vom 3. Juni 1981 war die rechtliche Voraussetzung für die Erstellung der Zamangbahn mit der Talstation auf den "Kieber-Gründen" gegeben. Seitens der Marktgemeinde Schruns wurde die Kapitalaufstockung mit 5,1 Mio Schilling am 6. Februar 1982 einbezahlt (Eingang bei der Hochjochbahn am 9. Februar 1982).

Abschließend stellt der Vorsitzende den Antrag, die von der Montafoner Hochjochbahnen GmbH., Schruns, in Rechnung gestellten Zinsen für zu spät eingezahlte Stammeinlagen nur in der Höhe von S 327.250,- anzuerkennen (5,1 Mio S x 7 Monate x 11%).

Die Beschlußfassung erfolgt stimmenmehrheitlich (Gegenstimme Ing. Werner Netzer mit der Begründung, daß er auch der Kapital-einbringung nicht zugestimmt habe.)

zu 4) Der FC Schruns plant, zwecks Behebung der zwischenzeitlich untragbar gewordenen Zustände bei den Umkleide- und Sanitäreinrichtungen am Fußballplatz Schruns, den Ankauf von drei Stück KNAUSS-Umkleide-Sanitär-Containern mit den Abmessungen 6.00 x 2.50 x 2.60, welche gemäß dem Anbot der Fa. Huppenkoth in Bregenz, komplett installiert, franko Schruns, ca. S 400.000,- kosten. Aus aussengestalterischen Gründen ist noch die Errichtung einer Satteldachkonstruktion über alle drei Container geplant, was sich auf S 50.000,- beläuft.

Die Finanzierung dieser Anschaffungen stellt man sich beim FC Schruns wie folgt vor:

Aus dem Sportbudget der Gemeinde Schruns 1982	S 80.000,-
Sportstättenbauförderung Land Vorarlberg	ca. S 90.000,-
Eigenmittel des FC Schruns	ca. S 40.000,-
Sportbudget 1983 der Marktgemeinde Schruns	S 120.000,- + 11% Zinsen
Sportbudget 1984 der Marktgemeinde Schruns	S 120.000,- + 11% Zinsen

Mit dem Ankauf dieser Container hat sich bereits der Gemeindevorstand und der Finanzausschuß in seiner gemeinsamen Sitzung vom 28. Juli 1982 befaßt. Dabei wurde einstimmig beschlossen, an die Gemeindevertretung den Antrag zu stellen für den FC Schruns unverbindlich einen Förderungsbeitrag von je S 80.000,- für die Jahre 1983 und 1984 in Vorschlag zu bringen. Außerdem wurde der FC Schruns ersucht, auch bei der Gemeinde Tschagguns und den VIW um einen Förderungsbeitrag für diese Ankäufe anzusuchen und den Erfolg dieser Anträge anher mitzuteilen.

GV. Dr. Harald Giesriegl berichtet, daß ihm bekannt sei, daß die Fa. Gfölnner aus Oberösterreich solche Container gebraucht verkauft. Er fragt weiters an, ob die Möglichkeit der Weiterverwertung dieser Unterkünfte durch den Eishockeyclub gegeben ist, sobald der Fußballplatz einmal verlegt werden sollte. EM. Ing. Werner Netzer weist darauf hin, daß auch die Vorarlberger Illwerke bisweilen gebrauchte Baracken zum Verkauf ausschreiben und dies bestimmt eine preislich günstige Möglichkeit wäre, die derzeit bestehende Situation zu ändern. GV. Peter Ganahl stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, da der FC Schruns bis zum 24.08.1982 beim Land noch keinen Antrag betreffend Sportstättenförderung eingebracht, jedoch im Finanzierungsvorschlag den Betrag von ca. 90.000,- S an Sportstättenförderung vom Land Vorarlberg für das Jahr 1982 angeführt hat.

Daraufhin stellt der Bürgermeister seinerseits den Antrag, dem FC Schruns zur dringenden Sanierung seiner Umkleide- und Sanitäräumlichkeiten einen Betrag von insgesamt S 240.000,-, zahlbar in drei gleichbleibenden Jahresraten zu je S 80.000,- unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß zuvor Alternativen untersucht und ein Finanzierungskonzept vorgelegt wird.

Über diesen weitergehenden Antrag des Bürgermeisters wird zuerst abgestimmt. Er wird stimmenmehrheitlich (Gegenstimme Peter Ganahl mit der Begründung wie im Antrag) beschlossen.

- zu 5) Der Vorsitzende erklärt die Lage betreffend den Verpflegskostenbeitrag, welchen die spitalbeschickenden Gemeinden an den Spitalrechtsträger zu leisten haben. Da mit der Aufnahme in das Altersheim die Insassen hier den ordentlichen Wohnsitz begründen,

muß die Marktgemeinde Schruns bei einem allfälligen Spitalaufenthalt auch für die Kosten aufkommen. Die altersbedingt notwendigen, oft langen Spitalsaufenthalte, führen zu erheblichen Belastungen, zumal die ortsfremden Altersheimbewohner infolge der langen Volkszählungsintervalle bei der Zuteilung der Ertragsanteile lange unberücksichtigt bleiben.

Aus diesem Grunde wurde in der gemeinsamen Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses vom 28.07.1982 an die Gemeindevertretung der Antrag gestellt, die Aufnahmebedingungen in das Altersheim dahingehend abzuändern, das künftighin die Wohnsitzgemeinde des Aufzunehmenden für die Zeit bis zum nächsten Volkszählungstermin eventuell anfallende Spitalbeiträge zu übernehmen hat. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- zu 6) Am 17. Juli 1982, um ca. 20.00 Uhr ging aus dem Stiefen-Tobel eine Mure nieder, welche die Bundesstraße 188 auf einer Länge von 60 m und die etwas oberhalb liegende Gemeindestraße "Fratteweg" mit Geröll verlegte sowie das unmittelbar am Tobel liegende Wohnhaus Nr. 712 der Familie Zoppel schwer beschädigte.

Auf Grund dieses Ereignisses wurde unter anderem mit Schreiben vom 6. August 1982 die Wildbach und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Bludenz in Vandans ersucht, ein Projekt für die Verbauung des Stiefentobels auszuarbeiten, wobei der Bestand des Objektes "Zoppel" gesichert werden soll. Diese schlägt daraufhin vor, drei Abfallwerke mit Auffangbecken zu errichten und anschließend eine Regulierung mit gleichzeitiger Verlegung des Gerinnes etwa 30 - 40 m talauswärts durchzuführen. Eine Luftbildfotokopie in welcher die gegenständliche Projektierung eingezeichnet ist, wird zur Erläuterung gezeigt. Die zu erwartenden Baukosten werden mit 10 - 14 Millionen Schilling geschätzt. Die Projektierungsarbeiten könnten im Laufe der nächsten Monate aufgenommen werden, sodaß eine Projektüberprüfung im kommenden Frühjahr denkbar erscheint und die Baustelle im Winter in Betrieb genommen werden könnte. Die Bauzeit wird etwa zwei Jahre betragen. Vorab müsse jedoch geklärt werden, ob dieses Projekt der Verbauung des Bargustobels vorgezogen werden soll.

In der Beratung ist am allgemein der Ansicht, daß beide Gerinne durch die wiederkehrenden Muren- und Lawinenabgänge eine starke Gefährdung für den Ortsteil Gamprätz darstellen. Man soll daher die Gebietsbauleitung ersuchen, wenn möglich parallel zum Stiefentobel auch die Projektierung der erforderlichen Verbauungsmaßnahmen für das Bargustobel vorzunehmen, da diese zum Schutze der Unterlieger dringend notwendig sind. Mit den Grundeinlöseverhandlungen für die Stiefentobelverbauung wird demnächst begonnen werden.

Es wird einstimmig beschlossen, bei der Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Bludenz in Vandans zu beantragen, daß die Projektierung der Verbauung des Bargus- und des Stiefentobels gleichzeitig erfolgen und anschließend jenes Bauvorhaben in Angriff genommen werden soll, für welches am ehesten die

rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, wobei der entsprechende Interessentenanteil übernommen werden wird.

- zu 7) Der Bürgermeister erläutert an Hand der vorliegenden neuen Pläne des Mag. Arch. Ruhm die geplante Erweiterung des Hotel "Alpenrose" der Familie Mäser. Wie bereits in der Sitzung des Bau- und Raumordnungsausschusses vom 14.06.1982 eingehend beraten, beträgt für dieses Objekt unter Berücksichtigung aller Baumaßnahmen und der Einbeziehung aller den Bauwerbern in diesem Bereich gehörigen Grundstücke, zuzüglich der noch aus dem Pfarrwidum zu erwerbenden Teilfläche im Ausmaß von 100 m², die Baunutzungszahl 71. In diesem Gebiet ist jedoch nur eine Baunutzung von 50 zulässig. Außerdem wird bei diesem Bauvorhaben die Anzahl der zulässigen sieben Halbgeschosse um zwei weitere Halbgeschosse überschritten.

In der anschließenden Diskussion wird die Investitionsfreudigkeit der Bauwerber begrüßt und auf die Wichtigkeit der Schaffung von Qualitätsbetten in diesem Bereich hingewiesen. Einwände bezüglich der Außengestaltung des Gebäudes, bzw. der Steinschlaggefährdung auf der Gebäuderückseite verweist der Bürgermeister auf die noch abzuhaltende Bauverhandlung.

Einstimmig wird der Antrag angenommen, eine Ausnahmegenehmigung nach der Baunutzungsverordnung durch Anhebung der Baunutzungszahl von 50 auf 71 sowie die Überschreitung der zulässigen sieben Halbgeschosse um zwei weitere Halbgeschosse für dieses Bauvorhaben der Familie Mäser zu erteilen.

- zu 8) Der Vorsitzende berichtet, daß in Anwesenheit des Gemeindevorstandes und DDr. Bertle sowie der betroffenen Anrainer ein Lokalaugenschein stattgefunden hat. Dabei wurde - wie bereits anläßlich der Wasserrechtsverhandlung am 3. Juni 1982 - von Seiten der Anrainer gegen die Ableitung des Drainagewassers in einem offenen Gerinne massiv Einspruch erhoben. Darüberhinaus wäre wegen einer Geländekuppe in diesem Bereich eine größere Geländekorrektur notwendig. Darunter würde auch die Attraktivität des geplanten, parallel dazu verlaufenden Wanderweges leiden.

Es wird daher einstimmig beschlossen, das vorliegende Projekt "Versickerungs der Drainagegewässer Ried" in der Weise abzuändern, daß anstelle des geplanten offenen Gerinnes im Bereich südlich des Veltlinerweges nunmehr das Drainagewasser mittels einer Betonrohrleitung zur Versickerungsstelle abgeleitet werden soll.

- zu 9) Der Vorsitzende berichtet,

- a) daß - lt. Nächtigungsstatistik des Verkehrsverbandes Montafon - am heutigen Tagen im Vergleich zum Vorjahr um 800 Gäste weniger in Schruns angemeldet sind.
- b) daß der Familie Zoppel für die Behebung des anläßlich des Murenabganges vom 17. Juli 1982 entstandenen Schadens eine Überbrückungshilfe in Form eines zinslosen Darlehens gewährt werden wird.
- c) daß die Kommissionierung der Verlängerung des Forstweges "Vicari" um 600 m durch die BH. Bludenz stattgefunden hat.

- d) auf Grund einer Aufstellung des Standes Montafon für das Jahr 1981, daß die Familienhelferin im Montafon nur teilweise im Einsatz war und auch im heurigen Jahr nicht ausgelastet ist. Auf die Einsatzmöglichkeit sollte verstärkt hingewiesen werden. Eine Aufstellung über die zu tragenden Selbstkosten wird den Mitgliedern der Gemeindevertretung zugestellt.

zu 10) Unter "Allfälliges" teilt

GV. Manfred Konzett bezugnehmend auf einen Hubschrauber-Ver sorgungsflug auf Spiang mit, daß Franz Josef Mangeng derzeit krank ist und dessen Frau, infolge ihres hohen Alters, nicht fähig ist, die ihnen gehörigen landwirtschaftlichen Grundstücke zu bewirtschaften. Er regt an, daß Bauhofarbeiter die besten Stücke mähen und einbringen sollen.

Es wird darauf hingewiesen, daß sich der Straßenzustand des Hofweges im Bereich Buchwald weiter verschlechtert hat und im Winter eine große Gefahr darstellen würde. Der Bürgermeister erklärt, daß noch vor Winterbeginn mit den Instandsetzungsarbeiten begonnen werden wird.

Ebenso weist der Fahrbahnbelag der Silvrettastraße von der Ortsmitte bis in der Bereich der "Casaplana"-Häuser Schäden auf. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, daß eine Inangriffnahme der Reparaturarbeiten wegen der daraus resultierenden Straßensperre im August nicht möglich sei und die Sanierung demnächst erfolgen soll.

GV Eleonore Schönborn erkundigt sich nach dem Stand der Neuordnung der Hausnummerierung und der Straßenbezeichnungen. Der Vorsitzende antwortet, daß dieses Problem zur Zeit vom Kulturausschuß behandelt wird.

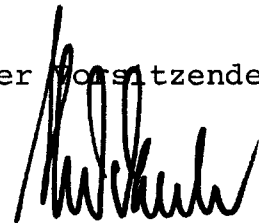
Gegen die Verhandlungsschrift über die vergangene 20. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 24.00 Uhr

Der Schriftführer:



Der Vorsitzende:



MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverwaltung

Schruns, am 08.10.1982

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 29.09.1982 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 22. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Harald Wekerle als Vorsitzender.
Vbgm. Brugger Georg, GR. Hueber Guntram.
Die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute
Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg,
Blaickner Roswitha, Rebholz Gerhard,
Dobler Max, Ganahl Peter, Versell Ignaz,
Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann,
Dünser Trudi, Netzer Ludwig und Vonier
Eugen für die ÖVP.
DDr. Bertle Heiner, Konzett Manfred,
Dr. Dügler Edgar und Netzer Werner
für die FPÖ.
Keßler Emil und Ganahl Josef für SPÖ.
Schönborn Eleonore für die ORTSPARTEI.
Schriftführer: GSEkr. Marchetti Herbert.

Entschuldigt abwesend: GR. Dr. Sander
Hermann, Vonbank Peter, Dipl.Ing. Kieber
Herbert und Bitschnau Arnold.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen zum Gedenken an den am 26.09.1982 verstorbenen Gemeinderat Oskar Tomaselli. Der Vorsitzende hält einen ehrenden Nachruf.

Anschließend teilt der Vorsitzende mit, daß auf den durch den Tod von GR. Tomaselli freigewordenen Gemeindevertretungssitz, gemäß § 53 Abs. 3 des Gemeindegewahlgesetzes, der nächste Ersatzmann der Fraktion "Freiheitliche Partei Österreichs und parteifreie Bürger Schruns", Herr Ing. Netzer Werner, Jg. 1950, Elektroingenieur, wh. Schruns, Umfahrungsstraße 974, berufen wird. Weiters informiert er den Fraktionsobmann über den Vorgang zur Neuwahl in den Gemeindevorstand und die vakant gewordenen Delegationen.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g:

- 1.) Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim - Vergabe der Baumeisterarbeiten.
- 2.) Nachtragsvoranschlag 1982 - Aufnahme eines Darlehens von 1,1 Mio. Schilling für Gemeindekrankenhaus.
- 3.) Beitritt zur "Vlbg. Gemeinderechenzentrum Ges.m.b.H., Dornbirn.
- 4.) Ankauf der Gp. 1143/3 von Erhard Franz, Schruns.
- 5.) Ortsfeuerwehr Schruns, Ankauf eines Löschfahrzeuges UNIMOG U 1300 L.
- 6.) Genehmigung der Satzung des Abwasserverbandes Montafon.
- 7.) Vergabe der Planungsarbeiten für die Erweiterung der Gemeindewasserversorgungsanlage und Kanalisation.
- 8.) Übernahme der Ausfallhaftung für das Damen-Weltcuprennen 1983.
- 9.) Antrag auf Zuerkennung eines sog. "roten Punktes" für Ganahl Emil und Ingeborg, Schruns, Kapieschaweg 283.
- 10.) Erlassung eines "Allgemeinen Fahrverbotes - ausgenommen Anrainer" für den öffentlichen Fußweg Stoffleth - Auweg.
- 11.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges.

Zu 1.)

Der Vorsitzende berichtet einleitend, daß die baupolizeiliche und spitalsbehördliche Genehmigung für den Um- und Anbau beim Gemeindekrankenhaus rechtskräftig erteilt wurde. Weiters bringt er zur Kenntnis, daß seitens der Landesregierung (Finanzabteilung) Finanzierungsvorschriften für dieses Bauvorhaben erlassen wurden. Diese besagen, daß nur der getätigte Investitionsaufwand im Altbau in die jährliche Betriebskostenrechnung einbezogen werden kann. Der Anbau ist nach den Bestimmungen des Spitalerhaltungsgesetzes von der Marktgemeinde Schruns zu finanzieren, wobei das Land Vorarlberg 30 % besondere Bedarfszuweisungen gewährt und 50 % der Zinsen von dem aufzunehmenden Darlehen in den jährlichen Betriebskosten plus einer 2 %-igen AFA verrechenbar sind.

Hiezu stellt GV. DDr. Bertle Heiner fest, daß ein Finanzierungskonzept vorgegeben wurde, welches nun nicht eingehalten werden kann. Er findet es verwunderlich, daß seitens der Sanitätsabteilung des Landes Zusagen gemacht wurden, welche von der Finanzabteilung derselben Behörde nicht bestätigt werden.

Der Vorsitzende bemerkt, daß aus dem Schriftverkehr mit der Sanitätsabteilung klar zum Ausdruck kam, daß das gesamte Bauvorhaben als "Großreparatur" anerkannt wird. Er war daher berechtigterweise der Meinung, daß die Finanzabteilung der Landesregierung hierüber informiert war.

GV. Keßler Emil erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen auf die Verpflegskostensätze, welche nach Auskunft des Vorsitzenden sicherlich eine Erhöhung erfahren werden.

Die Angebote über die Baumeisterarbeiten wurden überprüft und berichtigt und ergeben nachstehende Gesamtsummen netto:

Fa. Vonblon Josef, Schruns	S	1.659.302,--
Fa. Ing. Karl Jäger, Schruns	S	1.691.052,--
Fa. Vonbank Gebr., Schruns	S	1.713.980,40
Fa. Rinderer, Bludenz	S	1.745.191,--
Fa. Ing. Thöni, Bludenz	S	1.818.375,--

Über Antrag des Bauausschusses werden die Baumeisterarbeiten einstimmig an die Fa. Josef Vonblon, Schruns, als Bestbieter zum Anbotspreis vergeben.

Zu 2.)

Zur Finanzierung der im Jahre 1982 noch durchzuführenden Bauarbeiten wird die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 1,1 Mio. notwendig. Ein Nachtragsvoranschlag für 1982, welche diese Darlehensaufnahme mit einer maximalen Verzinsung von 10 %, mit einer Laufzeit von 20 Jahren vorsieht, wird einstimmig genehmigt.

Zu 3.)

Der Vorsitzende berichtet unter Hinweis auf das Ergebnis der Beratungen des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses über den vorgesehenen Beitritt der Marktgemeinde Schruns als Gesellschafter zur Vorarlberger Gemeinderechenzentrum Ges.m.b.H., Dornbirn. Der Gesellschaftsvertrag wurde den Fraktionen zum Studium übermittelt. Im Zuge einer eingehenden Debatte werden die gestellten Anfragen von GV. Dipl.Vw. Tschann beantwortet, welcher sich ausführliche Informationen beim Geschäftsführer der Gesellschaft eingeholt hat.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Beitritt der Marktgemeinde Schruns als Gesellschafter zur "Vorarlberger Gemeinderechenzentrum Ges.m.b.H., Dornbirn", einstimmig beschlossen.

Zu 4.)

Der Vorsitzende berichtet über das Anbot des Franz Erhard, Schruns im Feld 846, der Marktgemeinde Schruns die Gp. 1143/2 KG. Schruns im Ausmaß von 266 m², zu einem Pauschalpreis von S 50.000,-- zu verkaufen. Da dieses Grundstück bereits zur Verlängerung der Flurstraße vermessen und ausparzelliert wurde, und der sich ergebende Preis von S 188,--/m² als hinkünftiger Straßengrund angemessen erscheint, wird über Antrag des Gemeindevorstandes der Ankauf dieser Grundparzelle einstimmig beschlossen.

Zu 5.)

Der Vorsitzende berichtet, daß das Mannschaftsfahrzeug der Ortsfeuerwehr Schruns "Landrover" aus fahr- und sicherheitstechnischen Gründen nicht mehr zum Einsatz kommen kann. Die Ortsfeuerwehr Schruns hat sich nach Vorführung verschiedener Fahrzeugtypen der Firmen Steyr, Magirus und Mercedes Benz, für das Fahrzeug UNIMOG U 1300 L mit "Marte-Aufbau" entschieden, da alle anderen Fahrzeuge - abgesehen von verschiedenen Mängeln - im Garagentorbereich zu hoch waren. Bei dem nun zum Ankauf beantragten Fahrzeug haben Probefahrten auf Bergstraßen mit engen Kurven gezeigt, daß dieses Fahrzeug in jeder Hinsicht den Einsatzanforderungen voll entspricht. Die Kosten für dieses Fahrzeug stellen sich wie folgt:

Fahrgestell UNIMOG mit feuerwehrtechnischem Aufbau	S	956.000,--
abzüglich 25 % Beihilfe aus dem LFW-Fonds	- S	239.000,--
	S	717.000,--
zuzüglich 18 % MWSt.	S	172.080,--
	S	889.080,--
abzüglich Eigenleistung der OFW-Schruns 1983	- S	150.000,--
	S	739.120,--
aconto-Zahlung gemäß Gemeindevoranschlag 1982	S	300.000,--
in den Voranschlag 1983 aufzunehmen	S	439.120,--

Von diesem Betrag könnte der Erlös für den Verkauf des alten Fahrzeuges in Abzug gebracht werden. Es soll jedoch vorerst geprüft werden, ob anstelle eines billigen Verkaufes der Umbau des Fahrzeuges und die Verwendung im Gemeindebauhof sinnvoller ist.

In der Debatte ergänzen Vonier Eugen in seiner Eigenschaft als Vizekommandant der OFW-Schruns und Neyer Hans den Bericht des Vorsitzenden über Technik und Ausrüstung des neuen Löschfahrzeuges.

GV. Keßler findet es eigenartig, daß seinerzeit ein ausländisches Fabrikat vom Landesfeuerwehrverband empfohlen wurde, das sich später als untauglich erwiesen hat. Eugen Vonier entgegnet hiezu, daß damals überhaupt keine inländischen Fabrikate auf dem Markt waren und keine Alternativen zum "Landrover" angeboten wurden.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Ankauf des leichten Löschfahrzeuges "UNIMOG U 1300 L" gemäß Anbot der Fa. Marte, Karosserie und Fahrzeugbau, Weiler, einstimmig beschlossen.

In diesem Zusammenhang ersucht Versell Ignaz um die Bereitstellung von Schläuchen und Strahlrohren für die Parzelle Gamplaschg. Er erachtet dies als besonders wichtig, da im Brandfalle von den bestehenden Hydranten aus, erste Löschhilfe von den Nachbarn geleistet werden könnte. Der Vorsitzende berichtet, daß die Gerätschaften bereitliegen und nur noch die Fertigstellung der entsprechenden Schlauchkästen abgewartet werden muß. Er warnt jedoch eindringlich davor, daß diese Feuerwehrschräume zweckentfremdet verwendet werden, wie dies in der Vergangenheit geschehen ist.

Zu 6.)

Der Vorsitzende berichtet über die einzelnen Änderungen in der Satzung des nunmehrigen "Abwasserverbandes Montafon". Eine Ausfertigung dieser Satzung haben alle Gemeindevertreter mit der Sitzungseinladung erhalten. Im Zuge der Debatte stellt GV. DDr. Bertle Heiner den Antrag, die Satzungen mit Ausnahme des § 4 Abs. 2 zu genehmigen. Er begründet dies wie folgt:

Im genannten § 4 Abs. 2 der Satzung wird vorgeschrieben, daß die Betriebs- und Erhaltungskosten für die Verbandsanlagen nach den in die Verbandsanlagen tatsächlich abgeführten Abwassermengen aufgebracht werden. Dies sei für die Marktgemeinde Schruns nicht annehmbar, da Schruns die Ortskanalisationsanlage gegenüber den übrigen Verbandsgemeinden mit Abstand am weitesten ausgebaut habe und daher bei Einleitung der Abwässer in die Verbandsanlage, die gesamten Betriebskosten der ARA fast allein tragen müßte. Es sei zu befürchten, daß der Ausbau der Ortskanalisationen in den übrigen Verbandsgemeinden nur schleppend vor sich gehen wird, und eine Einleitung der Abwässer in den Verbandssammler solange als möglich hinausgeschoben wird. Weiters stellt er fest, daß in der Geschäftsführung des Abwasserverbandes Montafon aus verschiedenen Gründen Änderungen dringend notwendig sind.

Der Vorsitzende nimmt zum eingebrachten Antrag Stellung und erklärt, daß die bisherigen Satzungen "Abwasserverband Außermontafon" von der Gemeindevertretung Schruns genehmigt wurden. Es sind nur Neuerungen enthalten, die teilweise auch Verbesserungen für Schruns gebracht haben. Weiters bringt er verschiedene Aspekte vor, welche die finanziellen Zwänge der übrigen Verbandsgemeinden zum Ausbau und Anschluß ihrer Kanalisationsanlagen an den Verbandssammler aufzeigen.

Abschließend wird der weiterreichende Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses auf Genehmigung der Satzung des Abwasserverbandes Montafon zur Abstimmung gebracht und stimmenmehrheitlich angenommen (Gegenstimme: GV. DDr. Bertle Heiner) .

Zu 7.)

Der Vorsitzende berichtet, daß bezüglich der Vergabe der Planungsarbeiten in der Gemeindewasserversorgung für den Bereich Montjola und die Grundwassererschließung "Tobel", sowie für die Kanalisation Gamprätz, am 08.09.1982 vom Bauausschuß und am 27.09.1982 vom Gemeindevorstand unter Hinzuziehung des Bauausschusses beraten wurde.

Er erläutert die Gründe, welche zu einer 2. Beratung führten, wobei jedoch der Antrag des Bauausschusses vom 08.09.1982 bestätigt wurde.

Die eingeladenen Planungsbüros haben nachfolgende Angebote abgegeben:

1.) Büro Riedmann & Partner, Dornbirn	Kanal	S	784.050,--
	Wasser	S	949.760,--
			S 1.733.810,--
2.) Büro Dipl.Ing. Manahl, Bregenz	Kanal	S	818.100,--
	Wasser	S	999.600,--
			S 1.817.700,--

3.) Büro Dipl.Ing. Adler, Klaus	Kanal	S	738.108,--
	Wasser	S	949.620,--
		S	1.687.728,--

Der Auftrag für die angebotenen Planungsarbeiten für Wasser und Kanal wird einstimmig an das Büro Dipl.Ing. Adler, Klaus als Bestbieter zum Anbotspreis vergeben.

Zu 8.)

Die Anwesenden haben mit der Einladung zur heutigen Sitzung den Rechnungsabschluß 1981 und den Voranschlag 1983 vom Schiclub Montafon über das Damen-Weltcuprennen in Schruns-Tschagguns erhalten. Die Erhöhungen, welche im Voranschlag 1983 gegenüber dem Rechnungsabschluß 1981 aufscheinen, werden vom Vorsitzenden erläutert.

Gemeindevorstand und Finanzausschuß haben in der Sitzung vom 15.09.1982 der Aufnahme eines zusätzlichen Betrages von S 80.000,-- für die Verkabelung von bestehenden Elektro-Freileitungen im Bereich des Torlaufhanges zugestimmt. GV. Dr. Düngler Edgar bezweifelt die Notwendigkeit der vorgesehenen Verkabelung und stellt den Antrag, daß diese aus dem Voranschlag herausgenommen werden. Der Vorsitzende begründet den seinerzeitigen Beschluß mit der Tatsache, daß diese Freileitungen störend im Bild der Fernsehübertragungen aufscheinen. Hierzu wird in der Debatte vorgebracht, daß dieser Faktor nicht so gewichtig sei, um diese Verkabelungskosten zu rechtfertigen.

Abschließend wird einstimmig beschlossen, die Ausfallhaftung in Höhe von 25 % des Abganges aus der Veranstaltung Damen-Weltcuprennen 1983 zu übernehmen, wobei jedoch die Verkabelung der Elektro-Freileitungen nicht durchgeführt werden soll.

Zu 9.)

Der Vorsitzende erläutert die gegebene Situation und verweist auf den Grundsatzbeschluß der Gemeindevertretung vom 17.03.1982, wonach den Eheleuten Emil und Ingeborg Ganahl, Schruns, Kapieschaweg, die Gewährung eines "roten Punktes" zugesichert wurde. Weiters verliert er die Stellungnahme der Landes-Raumplanungsstelle, welche einer Beschlußfassung der Gemeindevertretung über die Gewährung eines "roten Punktes" ausschließlich auf Gp. 2488/1 KG. Schruns zustimmen würde.

Wie bereits in der vorangeführten Sitzung der Gemeindevertretung, wird auch heute in der Debatte darauf verwiesen, daß mit der Vergabe des "roten Punktes" und Verkauf des Platzes, den Kindern der Eheleute Ganahl, auf eigenem Grund und Boden keine Baumöglichkeiten mehr gegeben ist. Es wird jedoch darauf verwiesen, daß die Antragsteller einen Rechtsanspruch auf einen "roten Punkt" haben.

Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden, die Gewährung des "roten Punktes" auf Gp. 2488/1 KG. Schruns einstimmig bewilligt.

Zu 10.)

Der Vorsitzende berichtet, daß der Eigentümer Franz Josef Stofleth, des von der Gemeinde gepachteten Verbindungsweges "Silvrettastraße - Auweg", die Verordnung eines "Allgemeinen Fahrverbotes" beantragt hat. In der Debatte wird die Ansicht vertreten, daß das Radfahren gestattet sein soll. Zur Vermeidung einer vom Grundeigentümer befürchteten "Rechtsersitzung" des Radfahrens, soll zur Tafel "Allgemeines Fahrverbot" eine Zusatztafel "Radfahren bis auf Widerruf gestattet" angebracht werden. Die Verordnung des Allgemeinen Fahrverbotes auf dem Verbindungsweg Silvrettastraße ab Haus Erika Loß bis zum Auweg, mit dem Zusatz "Radfahren bis auf Widerruf gestattet", wird einstimmig beschlossen.

GV. Dr. Edgar Dügler und EM. Vonier Eugen haben sich wegen Befangenheit der Abstimmung enthalten.

In diesem Zusammenhang ersucht GV. Dr. Dügler um eine klare Beschreibung des Fahrverbotes im Bereich des Veltlinerweges.

Zu 11.)

Der Vorsitzende berichtet:

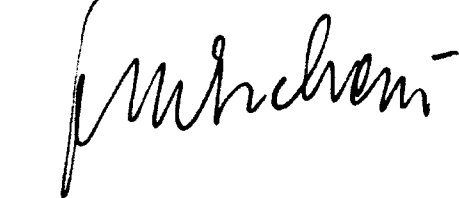
- a) über eine Unterschriftenaktion zur Erlassung eines LKW-Nachtfahrverbotes im Ortsbereich;
- b) daß für die Sommernächtigungen 1982 ein Rückgang von 15 - 18 % verzeichnet werden muß;
- c) daß für die Verlängerung des Forstweges Vikari die Arbeiten durch die Fa. Sepp Tschofen demnächst in Angriff genommen werden;
- d) über das Ergebnis der Ausschreibung für den Verkauf "alter Tennisplatz".

Unter "Allfälligem" stellt GV. Haumer Rudolf die Anfrage bezüglich der Verbesserung einer Absenkung im Hofweg-Bereich Buchwald und GV. Keßler Emil beantragt eine schärfere Überprüfung der Jugendschutzbestimmungen in der Bar "Tobelmühle", sowie des Nachtfahrverbotes für Motorräder und Mopeds.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 21. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

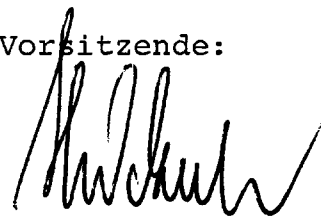
Ende der Sitzung: 23.30 Uhr.

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

Schruns, den 29.11.1982

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Montag, den 22.11.1982 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 23. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Wekerle Harald als Vorsitzender, Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Kieber Ludwig und Dr. Sander Hermann, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Blaickner Roswitha, Dobler Max, Ganahl Peter, Versell Ignaz, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann, Prautsch Kurt, Dünser Trudi und Netzer Ludwig für die ÖVP., DDr. Bertle Heiner, Konzett Manfred und Netzer Werner für die FPÖ., Keßler Emil und Netzer Franz für die SPÖ. und Bitschnau Arnold für die ORTSPARTEI.
Schriftführer: GSEkr. Marchetti Herbert.

Entschuldigt abwesend: Hueber Guntram, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Rebholz Gerhard, Dr. Düngler Edgar, Ganahl Josef und Schönborn Eleonore.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes, zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zum Gedenken an den am 19.11.1982 verstorbenen Herrn Herbert Stemer, welcher Mitglied des Landwirtschaftsausschusses war. Der Vorsitzende hält einen ehrenden Nachruf.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Neuwahl in den Gemeindevorstand
- 2.) Neuwahl in die Grundverkehrsorkommission
- 3.) Neuwahlen in die Unterausschüsse
- 4.) Bestellung eines Urkundenfertigers und Ersatzmannes
- 5.) Entsendung eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuß des Hauptschulverbandes Außermontafon
- 6.) Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim, Schruns
 - a) Voranschlag 1983
 - b) Stellenplan 1983
- 7.) Grundverkäufe:
 - a) Gp. 773/2 KG. Schruns - Gantschier (Aktion Jungunternehmer)
 - b) ehem. Tennisplatzareal am Litzdamm
 - c) Gp. 1046/6 und Anteil an Gp. 1046/1 KG. Schruns (Schallners Bündte)
- 8.) Abwasserverband Außermontafon, Haftungsübernahme für Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Anteil der Marktgemeinde Schruns
- 9.) Kuno Hagen, Schruns, Im Feld 168, Ausnahmegenehmigung wegen erhöhter Baunutzung

- 10.) "Hotel Zamangerhof", Bitschnau Ges.m.b.H. Schruns, Ausnahme-genehmigung für den Ausbau des Dachgeschosses
- 11.) Verordnungen nach der StVO.:
 - a) LKW-Nachtfahrverbot
 - b) Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge im Ortsgebiet auf 40 kmh
- 12.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges

zu 1.)

Infolge des Ablebens von GR. Tomaselli Oskar, wird gemäß § 52 (3) des Gemeindegesetzes, die Besetzung der freigewordenen Stelle durch eine Neuwahl notwendig. Der Vorsitzende bestimmt GV. Netzer Werner (FPÖ) und EM. Prautsch Kurt (ÖVP) zu Stimmzählern.

Die Fraktion "FPÖ und Parteifreie Bürger Schruns" hat in ihrem vorschriftsmäßig eingebrachten Vorschlag GV. DDR. Bertle Heiner, Geologe, Schruns, Dorfstraße 34, zur Wahl in den Gemeindevorstand namhaft gemacht. Nach erfolgter schriftlicher Wahl stellen die Stimmzähler fest, daß 18 gültige und 3 ungültige Stimmen für den Vorschlag abgegeben wurden. Der Vorsitzende erklärt, daß somit DDR. Bertle Heiner in den Gemeindevorstand gewählt ist, gratuliert ihm zu seiner Wahl und er-sucht ihn um konstruktive Mitarbeit. GR. DDR. Bertle erklärt die Wahl anzunehmen, dankt für die Glückwünsche und versichert, daß er seine ganze Kraft zum Wohle der Marktgemeinde Schruns einsetzen werde.

zu 2.)

Als Mitglied der Grundverkehrsorkommission (Gewerbe) wird einstimmig Herbert Wachter, Gastwirt, Schruns, Auweg 675, gewählt.

zu 3.)

Nachfolgende Neuwahlen in Unterausschüsse erfolgen einstimmig:
Bauausschuß Mitglied Hermann Netzer, Ersatz Wachter Herbert;
Raumordnungs-ausschuß: Mitglied Wachter Herbert;
Fremdenverkehrs-ausschuß: Ersatz Graß Siegfried.

zu 4.)

Zum Urkundenfertiger wird GV. Netzer Werner, Schruns, Umfahrungsstr.974 und zum Ersatzmann wird GR. DDR. Bertle Heiner bestimmt.

zu 5.)

In den Verwaltungsausschuß des Hauptschulverbandes Außermontafon wird GV. Netzer Werner delegiert.

zu 6.)

a) Der Voranschlag 1983 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns ist allen Anwesenden mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. In seinen Ausführungen zum Voranschlag stellt der Vorsitzen-de fest, daß gegenüber den Vorjahren in den Einnahmen und Ausgaben eine Erhöhung um ca. 4 Mio. Schilling aufgrund der vorgesehenen Bauarbeiten notwendig wurde. Ein Rückgang der Pflage-tage ist wegen der zeitweilig baubedingten Schließung von Stationen, berücksichtigt worden. Von den vom Krankenhausausschuß zum Ankauf beantragten Einrichtungsgegenstän-den und Geräten, wurden verschiedene Rückstellungen vorgenommen, damit durch eine Kostenverteilung auf mehrere Jahre, eine Überbelastung des heurigen Budgets vermieden wird. Weiters berichtet der Vorsitzende, daß aus der von Dipl. Ing. Karl Ludwig Jäger, Schruns, übergebenen Spende von S 50.000.-, ein Notfall-Universalkoffer mit Zubehör, (Preis S 42.500.-) angekauft wird. Im Zuge der Debatte werden weitere Anfragen gestellt, welche vom Vorsitzenden klärend beantwortet werden.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses der Voranschlag 1983 des Gemeindekrankenhauses St. Josefsheim in Schruns mit

Gesamteinnahmen von	S 12,218.000.-,
Gesamtausgaben von	S 15,990.000.- und
einem Gebarungsabgang von	S 3,772.000.-

einstimmig genehmigt.

Die Abgangsbedeckung erfolgt zu 40% Beitrag des Landes, 40% Beitrag der spitalbeschickenden Gemeinden und 20% Selbstbehalt als Rechtsträger des Krankenhauses.

b) Der Stellenplan 1983 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim weist gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung in der Anzahl der Dienstposten auf. Wie der Vorsitzende berichtet, hat die Pflegeleiterin, OSr. Hilde Pfeifer, ihr Dienstverhältnis wegen Erreichung des Pensionsalters, zum 31.12.1982 gekündigt. Der freiwerdende Posten wurde zwischenzeitlich öffentlich ausgeschrieben, wobei drei im Gemeindekrankenhaus Schruns tätige Diplom-Krankenschwestern eine Bewerbung eingereicht haben. GR. Dr. Sander Hermann in seiner Eigenschaft als ärztlicher Leiter des Gemeindekrankenhauses, ersucht den Vorsitzenden, daß vor Entscheidung über diese Postenvergabe auch die Belegärzte des Krankenhauses gehört werden. GR. DDR. Bertle stellt mit Genugtuung fest, daß mit der Einstellung von teilzeitbeschäftigtem Pflegepersonal ein reibungsloser Ablauf der Patientenversorgung gewährleistet ist.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Stellenplan 1983 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns in der vorliegenden Form, einstimmig genehmigt.

zu 7.)

a) Der Verkauf der Gp. 773/2 KG. Schruns (Gantschier) wurde öffentlich ausgeschrieben. In der Ausschreibung wurde darauf hingewiesen, daß dieses Grundstück bevorzugt an einen Jungunternehmer zur Errichtung eines kleinen Gewerbebetriebes verkauft wird. Es sind zwei Angebote eingegangen:

Sauerwein Josef, Schreinermeister, Schruns, für die Errichtung eines Wohnhauses mit Schreinereiwerkstätte, mit S 700.-/m², und
Sohler Heinz, Schruns, für die Errichtung einer LKW-Garage, mit S 400.-/m².

In der Debatte stellt GR. DDR. Bertle fest, daß ein Rückkauf des Grundstückes durch die Gemeinde, vertraglich sichergestellt sein müßte, falls dem Erwerber beim beabsichtigten Werkstättenbau, gewerbe- oder baupolizeiliche Vorschriften in einem Umfang gemacht würden, die für den Bauherrn finanziell nicht verkraftbar wären.

Da das Angebot des Josef Sauerwein vom Verwendungszweck und vom Preis her entspricht, wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses der Verkauf der Gp. 773/2 KG. Schruns, mit einem Katasterausmaß von 867 m² an den Bestbieter - zur Errichtung eines Wohnhauses mit Schreinereiwerkstätte - zum Preis von S 700.-/m² einstimmig beschlossen. Die Zufahrt zum Grundstück, welche im Hälfteeigentum der Marktgemeinde Schruns steht, wird von diesem Verkauf nicht berührt. Dem Käufer wird ein entsprechendes Geh- und Fahrrecht eingeräumt.

b) GV. Dipl.Vw. Tschann Othmar und GV. Vonbank Peter entfernen sich wegen Befangenheit vom Sitzungstisch.

Der Verkauf des ehem. Tennisplatzareals am Litzdamm wurde öffentlich ausgeschrieben, wobei folgende Angebote eingelangt sind:

Vonbank Wohnbau Ges.m.b.H. Schruns S 1260.-/m2
Bahl Peter, Tschagguns S 1250.-/m2
Bietergemeinschaft Dipl.Vw.Tschann Othmar und
Juen Wolfgang, Schruns S 1100.-/m2

Der Vorsitzende verliest die einzelnen Angebote und berichtet, daß die Bestbieter die Errichtung eines Mehrwohnhauses planen und ihr Angebot bei Erfüllung nachstehender Voraussetzungen halten:

- 1) Unbeschränktes Geh- und Fahrrecht zum Grundstück,
- 2) Erhöhung der Baunutzungsziffer von 40 auf 50
- 3) einvernehmliche Ausmarkung des Gemeindeweges auf Gp. 935/1.

In der Debatte wird zur Erhöhung der Baunutzungsziffer festgestellt, daß für das an diesem Standort geplante "Ärztehaus", die Baunutzungszahl 69 genehmigt worden wäre. Die von den Anbietern verlangte Baunutzungsziffer 50 kann daher akzeptiert werden. Da das unbeschränkte Geh- und Fahrrecht zum Grundstück gegeben ist und gegen eine einvernehmliche, teilweise Verlegung des bestehenden Gemeindeweges kein Einwand besteht, wird der Verkauf der Gp. 937, Gp. 935/1 und Bp. 1188 KG. Schruns, gemäß dem vorliegenden prov. Teilungsplan (Verbindungsweg zum Litzdamm, Grundstreifen an Frau Tschann) im Ausmaß von ca. 1616 m² an die Fa. Vonbank Wohnbau Ges.m.b.H., Schruns, zum Preis von S 1260.-/m², zu Errichtung eines Mehrwohnhauses, über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses einstimmig beschlossen.

Gleichzeitig wird in Anlehnung an den Beschluß der Gemeindevertretung vom 19.03.1981 einstimmig beschlossen, daß an Frau Hedwig Tschann, Schruns, Hermann Sander Weg. 661, ein Grundstreifen aus Gp. 937 in einer Breite von ca. 1.00 m (Gesamtausmaß 41 m²) zum Preis von S 1100.- /m² verkauft wird.

c) Obwegeser Walter, Bludenz, hat für die Gp. 1046/6 (Schallners Bündte) im Katasterausmaß von 1228 m², einen Pauschalpreis von S 1,250.000.- angeboten. Dieses Angebot wurde in einer Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses am 08.11.1982 behandelt und die Ansicht vertreten, daß der sich ergebende m²-Preis von S 1018.-, trotz der fehlenden Zufahrt, zu gering ist. Der Vorsitzende hat mit dem Interessenten Verhandlungen aufgenommen mit dem Ergebnis, daß Walter Obwegeser nunmehr bereit ist, für die Gp. 1046/6 und dem Anteil der Marktgemeinde Schruns an der Gp. 1046/1 KG. Schruns, im Gesamtausmaß von 1367 m², einen Preis von 1.200.-/m² zu bezahlen. Er beabsichtigt, auf dem Kaufgrundstück die Erweiterung des bestehenden Hotelbetriebes. Die Frage von GR. DDR. Bertle, ob eine Zusage für eine erhöhte Baunutzungsziffer ausbedungen wurde, wird vom Vorsitzenden verneint.

Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden der Verkauf der Gp. 1046/6 und des im Gemeindeeigentum stehenden Anteiles der Gp. 1046/1 KG. Schruns, mit einem Gesamtausmaß von 1367 m², an Walter Obwegeser, Bludenz, zur Erweiterung des bestehenden Hotelbetriebes, zum Preis von S 1200.-/m², einstimmig beschlossen.

zu 8.)

Der Abwasserverband Außer Montafon wird beim Wasserwirtschaftsfonds ein Darlehen von S 78,400.000.-, zur Errichtung der Abwasserreinigungsanlage aufnehmen. Die Verbandsgemeinden haben gegenüber dem Darlehensgeber die anteilige Bürgschaft zu übernehmen. Auf Grundlage des derzeitigen Kostenverteilungsschlüssels beträgt der Anteil der Marktgemeinde Schruns S 26,656.000.-. Nach Genehmigung der Satzungen und Übernahme der anteiligen Bürgschaft der Gemeinden St. Gallenkirch und Gaschurn bei Bildung des Abwasserverbandes Montafon, reduziert sich die Bürgschaftssumme für die Marktgemeinde Schruns auf S 18,972.800.-. Der Vorsitzende berichtet hierzu, daß das Darlehen mit 1% zu verzinsen ist und für den baulichen Teil der ARA 25 Jahre und für den maschinellen

Teil 20 Jahre Laufzeit gelten. Weiters berichtet er über den Verlauf der Beratungen im Vorstand und in der Mitgliederversammlung des Verbandes, bei welchen unterschiedliche Meinungen über die Verteilung der "Illwerke-Gelder" von den Gemeinden Vandans und St. Anton i.M., gegenüber den anderen Verbandsgemeinden, vertreten wurden. GR. DDr. Bertle verweist auf die in letzter Zeit aufgetretenen Probleme in Talschaftsangelegenheiten und richtet einen dringenden Appell an die Talgemeinden zur Zusammenarbeit. GV. Keßler Emil bringt nochmals zur Sprache, daß die Betriebskosten bei Anlaufen der ARA im Jahre 1985, nach den derzeitigen Statuten von den abwasserliefernden Gemeinden zu tragen sind. Dies könnte bedeuten, daß die Marktgemeinde Schruns unter Umständen als einziger Abwasserlieferant auch allein die enormen Betriebskosten zu bezahlen hätte. Dem hält der Vorsitzende entgegen, daß alle Verbandsgemeinden so rasch als möglich an den Verbandssammler anschließen werden, da sie die Einnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr zur Finanzierung des Abwasserverbandes (Darlehensrückzahlungen usw.) unbedingt brauchen werden.

Abschießend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses einstimmig beschlossen:

Für das vom Abwasserverband Außermontafon beim Wasserwirtschaftsfonds aufzunehmende Darlehen in Höhe von S 78,400.000.-, übernimmt die Marktgemeinde Schruns die anteilige Bürgschaft in Höhe von S 26,656.000.-. Nach Bildung des Abwasserverbandes Montafon, Genehmigung der Satzungen und Übernahme der anteiligen Bürgschaften durch die Gemeinden St. Gallenkirch und Gaschurn, reduziert sich die Bürgschaftssumme für die Marktgemeinde Schruns auf S 18,972.800.-. Die Marktgemeinde Schruns erwartet, daß die übrigen Verbandsgemeinden ihre Solidarität durch die Fassung analoger Beschlüsse bezeigen.

zu 9.)

Kuno Hagen, Schruns, Im Feld 168, beabsichtigt den Ausbau des an das Wohnhaus angeschlossenen Stallgebäudes zu Wohnzwecken. Gemäß den Berechnungen des Gemeindebauamtes erhöht sich dadurch die Baunutzungsziffer von der festgelegten Zahl 50 auf 73.67. Der Bauwerber hat um die Erteilung der Ausnahmegenehmigung angesucht.

Der Vorsitzende erläutert die Sachlage mit dem Hinweis, daß es sich lediglich um einen Ausbau handelt und die Außenmaße des bestehenden Gebäudes nicht verändert werden. Vizebgm. Brugger, GR. DDr. Bertle und GV. Vonbank Peter vertreten die Ansicht, daß bei dieser gravierenden Überschreitung der Baunutzungsziffer, eine Beratung durch den Raumordnungsausschuß notwendig erscheint.

Über Antrag von Vizebgm. Brugger wird dieser Punkt der Tagesordnung vertagt und dem Raumordnungsausschuß zur Beratung zugewiesen. Diese Beschlußfassung erfolgt stimmenmehrheitlich; (Gegenstimmen: Bgm. Harald Wekerle und GR. Kieber Ludwig).

zu 10.)

GV. Bitschnau Arnold entfernt sich wegen Befangenheit vom Sitzungstisch. Der Vorsitzende berichtet über die Sachlage und teilt mit, daß bei der Bauverhandlung am 07.06.1982 für die Aufstockung des Hoteltraktes, vom Amtssachverständigen für Raumplanung und Landschaftschutz die Angleichung der Dachneigung an das Altgebäude vorgeschrieben wurde. Durch diese Anhebung der Dachneigung ergab sich ein verhältnismäßig großer Dachraum, der nach Ansicht des Bauherrn und des Planers nicht ungenutzt bleiben konnte. Das Planungsbüro hat daher die erforderlichen Deckpläne zur Baueinreichung am 09.09.1982 bei

der Bezirkshauptmannschaft Bludenz mit einem schriftlichen Ansuchen um Genehmigung der Änderung, eingereicht. Die BH. Bludenz als zuständige Baubehörde hat mündlich zugesagt, daß die Planänderungen im Rahmen der Schlußüberprüfung genehmigt werden können. Dabei wurde seitens der Baubehörde übersehen, daß hiefür eine neuerliche Ausnahmegenehmigung bei der Gemeindevertretung Schruns einzuholen ist. Eine vom Bürgermeister beantragte vorläufige Baueinstellung wurde nach Durchführung eines Lokalausweises durch Vizebgm. Brugger, Mitgliedern des Bauausschusses und des Amtssachverständigen für Raumplanung und Landschaftsschutz, nicht verfügt. Nach kurzer Debatte wird über Antrag des Vorsitzenden die Ausnahmegenehmigung zum zusätzlichen Ausbau des Dachgeschosses gemäß den vorliegenden Deckplänen, einstimmig erteilt.

zu 11.) a)

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben bezüglich "Nachtruhestörung", welches auf Initiative der "Pension Waldberg" erstellt, und von ca. 30 Mitbürgern unterzeichnet wurde. Der Fremdenverkehrsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit bereits befaßt und unter anderen Maßnahmen die Erlassung eines LKW - Nachtfahrverbotes im Ortsbereich, sowie die Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge im Ortsbereich auf 40 kmh, beantragt. In der Debatte verweist Vizebgm. Brugger Georg auf die Problematik solcher Verordnungen. Auf jeden Fall müßte vorerst eine Anhörung der betroffenen Parteien sowie der zuständigen Kammersektion erfolgen. Er beantragt daher die Vertagung dieses Punktes mit dem Vorschlag, daß sich ein kleineres Gremium mit den rechtlichen Unterlagen (Tonnagebeschränkung, Zeitraum, Örtlichkeit usw.), befaßt.

Allgemein wird in der ausführlichen Debatte die Ansicht vertreten, daß das Problem der Nachtruhestörung in der Zulieferung von Waren und nicht in der Fahrt durch den Ort besteht, weshalb eine Diskussion mit den direkt Beteiligten zielführend wäre. In weiteren Debattenbeiträgen wird dargelegt, daß eine klaglose Versorgung der Gastgewerbebetriebe und des Lebensmittelhandels mit Frischwaren, für Einheimische und Gäste unerlässlich ist und für die Zulieferungen gewisse "Fahrpläne" eingehalten werden müssen. Es muß daher in konkreten Fällen versucht werden, Verbesserungen für die Anrainer zu erreichen. Bezugnehmend auf die allgemeine Nachtruhestörung durch Kraftfahrzeuge (Übertretung des Motorrad- und Mopednachtfahrverbotes usw.) verweist der Vorsitzende auf die Schwierigkeiten in der Überwachung und in der Feststellung der verantwortlichen Fahrzeuglenker.

Über Antrag des Vorsitzenden wird eine Stellungnahme zur Verordnung eines Nachtfahrverbotes für LKW. im Ortsgebiet, vertagt. In einer Aussprache mit den konkret Beteiligten soll versucht werden, auf freiwilliger Basis eine Lösung zu finden. Im Falle eines negativen Ausgangs wird sich die Gemeindevertretung neuerlich mit dem Problem befassen. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

b) Nach Ansicht des Vorsitzenden liegt die Ursache des Antrages auf Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge im Ortsgebiet auf 40 kmh, in der allgemeinen "Raserei". Dadurch ergeben sich für die Fußgänger gefährliche Situationen beim Überqueren einer Straße und teils auch bei Benützung des Gehsteiges. Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß eine Geschwindigkeitskontrolle durch die Exekutive ohne Einsatz eines Radargerätes nicht mehr möglich ist. Es wäre daher zwecklos die beantragte Verordnung zu erlassen, welche nur einen kostspieligen Schilderwald, jedoch keine Verbesserung

der Verkehrsdisziplin bringen würde. Bei Einhaltung der bestehenden innerörtlichen Höchstgeschwindigkeit von 50 kmh durch alle Kraftfahrzeuge, wären sicherlich keine Klagen gegeben. Eine Herabsetzung auf 40 kmh hätte nur eine vermehrte Lärm- und Abgasbelastung, sowie eine Behinderung der Flüssigkeit des Verkehrs zur Folge. Der Einsatz eines Radargerätes durch die Gendarmerie-Verkehrsstreife kann im Ortsbereich von Schruns nur sehr selten erfolgen, da dem Landesgendarmeriekommando Vorarlberg lediglich drei Geräte zur Verfügung stehen. Eine Lösung erscheint deshalb nur durch die Anschaffung eines eigenen Radargerätes möglich, welches dem Gendarmerieposten Schruns und der Gemeindegewaltswache zur ständigen Verfügung stehen würde. Bei einer kurzfristig durchgeführten Kostenerhebung wurde ein Preis von S 500.000.- bis 1 Mio. Schilling genannt. Da die übrigen Talgemeinden mit denselben Problemen zu kämpfen haben, wird der Vorschlag gemacht, daß ein Radargerät über den Stand Montafon finanziert und allen Talgemeinden zur Verfügung gestellt wird. Über Antrag des Vorsitzenden wird abschließend einstimmig beschlossen: Die extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen innerorts durch Kraftfahrzeuge werden mit allen Mitteln bekämpft. Eine Erhebung über die am Markt erhältlichen Radar-Geräte, ihre Einsatzmöglichkeiten und die hierfür aufzubringenden Kosten wird durchgeführt. An den Stand Montafon wird der Antrag zum Ankauf eines zweckentsprechenden Radargerätes zum Einsatz in den Talgemeinden, gestellt.

Zu 12.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a) Über eingeleitete Sofortmaßnahmen der Wildbachverbauung beim Haus Zoppel;
- b) über die in Aussicht stehende Planung der Verbauung des Stiefentobels und des Bargustobels, wobei bei letzterem vor Beginn der Planungsarbeiten wegen der überdurchschnittlichen Grundinanspruchnahme vorerst eine Aussprache mit den betroffenen Anrainern stattfindet;
- c) bezüglich des Lifinarweges, daß mit einem Grundeigentümer noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Unter "Allfälligem" berichtet Vizebgm. Brugger, daß die Brücke der "B-188" bei Lorüns erneuert werden muß. GV. Dobler Max erkundigt sich über die Winterräumung der Wanderwege, wozu der Vorsitzende mitteilt, daß ein neues Räumgerät angeschafft werden muß.

GR. DDR. Bertle macht auf die Ablagerung von Unrat im Quellgebiet Bartholomäberg-Galiern aufmerksam und ersucht, daß die Gemeinde Bartholomäberg um die Behebung des Mißstandes ersucht wird.

GV. Keßler Emil stellt eine Anfrage bezüglich des Remisen-Neubaus am Bahnhof Schruns.

Über Anfrage von GV. Konzett Manfred bezüglich einer Funkverbindung mit der Familie Mangeng, Schruns-Spiang, teilt GV. Neyer Hans mit, daß eine Funkeinrichtung wegen Bedienungsschwierigkeiten und ständig notwendiger Batterieaufladung nicht zweckmäßig erscheint. GV. Netzer Werner wird bei den VIW Erkundigungen bezüglich der Überlassung von 2 Feldtelefonapparaten einholen. Damit könnte eine relativ problemlose Verbindung zur Jausenstation "Dörfli" erstellt werden.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 22. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung : 0.15 Uhr

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

GSekr.

Bürgermeister

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverwaltung

Schruns, am 29.12.1982

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 22.12.1982 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 24.öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Harald Wekerle als Vorsitzender.
Vbgm. Georg Brugger, die Gemeinderäte
Guntram Hueber, DDr. Bertle Heiner,
Ludwig Kieber und Dr. Sander Hermann.
Die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute
Rudolf Haumer, Dr. Czinglar Hansjörg,
Roswitha Blaickner, Gerhard Rebholz,
Max Dobler, Peter Ganahl, Dipl.Vw.Tschann
Othmar, Johann Neyer, Trudi Dünser und
Kurt Prautsch für die ÖVP:
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und
Netzer Werner für die FPÖ.
Ganahl Josef für die SPÖ.
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore
für die ORTSPARTEI.
Referent: GdeBautechniker Josef Hutter.
Schriftführer: GSEkr. Herbert Marchetti.
Entschuldigt abwesend: Vonbank Peter,
Dipl.Ing. Kieber Herbert, Versell Ignaz
und Keßler Emil.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Über Antrag des Vorsitzenden wird der Erweiterung der Tagesordnung mit Punkt 7) "Bestellung einer Pflegeleiterin für das Gemeindekrankenhaus Schruns" die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Vergabe der Planungsarbeiten für die Notstrom-, Medizinalgas-, Lichtruf-, Telefon-, Rauchmelde-, Radio- und Fernsehanlage im Gemeindekrankenhaus.
- 2.) Vergabe der Sanitär-, Heizungs- und Elektroarbeiten:
 - a) Erweiterungsbau des Gemeindekrankenhauses
 - b) Umbau des Gemeindekrankenhauses
 - c) Medizinalgasanlage

- 3.) Voranschlag 1983 des Abwasserverbandes Außermontafon.
- 4.) Kuno Hagen, Schruns, Im Feld 168 - Ausnahmegenehmigung nach der Baunutzungsverordnung für Stallausbau in Wohnräume.
- 5.) Einräumung eines Dienstbarkeitsrechtes auf Gp. 1143/2 KG. Schruns für Wendelin Tschugmell, Schruns, Im Feld 1o41.
- 6.) Erben nach Benedikta Albrich - geschenkweise Überlassung von 6/216 Anteilen an den Liegenschaften in EZ. 154,155 und 156 KG. Schruns.
- 7.) Bestellung einer Pflegeleiterin für das Gemeindekrankenhaus Schruns.
- 8.) Berichte des Vorsitzenden.
- 9.) Allfälliges.

Zu 1.)

Der Vorsitzende verweist darauf, daß der Gemeindevorstand in seiner Sitzung vom 30.08.1982, die Elektroinstallationsplanung für das Gemeindekrankenhaus an den Bestbieter, die Fa. Montafonerbahn AG. Schruns, zum Preis von S 18.000,-- vergeben hat. Die Mobahn AG. hat diesen Auftrag zum gleichen Preis an das Planungsbüro Karl Konzett, Bludenz, weitergegeben. Im Zuge der spitalrechtlichen- und baupolizeilichen Bewilligung für den Spitalanbau und -umbau, wurden verschiedene Vorschreibungen ~~gemacht~~ (Notstromanlage, Rauchgasmelder) gemacht. Dadurch erschien eine gleichzeitige Planung der Lichtruf-, Telefon-, Radio- und Fernseh- sowie Medizinalgasanlage notwendig. Im Zuge der fortschreitenden Bauarbeiten mußten diese zusätzlichen Planungen erstellt werden, wobei durch diese Mehrleistungen erhöhte Kosten erwachsen sind. Der Vorsitzende gibt zu, daß zu diesem Zeitpunkt keine Absprache mit dem Planer über die diesbezüglichen Kosten geführt wurden. Er hat erst später, als ein Großteil der Planungsarbeiten vorlag, mit Herrn Siegfried Juen von der Montafonerbahn AG. entsprechende Verhandlungen geführt, welche folgendes Ergebnis brachten: Elektroplanung (Kostenaufwand S 600.000,--) Planungskosten 3 % = S 18.000,--, Erweiterung des Planungsausmaßes (Kostenaufwand S 1,4 Mio.) Planungskosten 7 % = S 98.000,--, Gesamtplanungskosten daher S 116.000,--.

Hiezu wird grundsätzlich festgestellt, daß diese für die Leistungen (alle Arbeiten vom Vorentwurf über Detailplanung bis zur Rechnungskontrolle) durchaus angemessen ist. Die Fälligkeit zur Zahlung stellt sich nach dem jeweiligen Baufortschritt.

In der Debatte übt GR.DDr. Bertle Kritik an der grundsätzlichen Fehllhaltung zu Planungsarbeiten. Es müßte von vornherein bei Angeboten ein Vergleich von Preis und Leistung aufgestellt werden. Die von GV. Netzer Werner als notwendig erachtete Ausschreibung des vermehrten Planungsaufwandes, war laut Aussage von GdeBautechniker Hutter aus Zeitgründen nicht mehr möglich.

Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden der Planungsauftrag für die Elektro-, Notstrom-, Medizinalgas-, Lichtruf-, Radio-, Fernseh-, Rauchmelde- und Telefonanlagen beim Gemeindekrankenhaus Schruns, zum vereinbarten Preis von S 116.000,-- an die Fa. Montafonerbahn AG. Schruns, vergeben.

Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

Zu 2.)

Aufgrund der erfolgten beschränkten Ausschreibung der Heizungs-, Sanitär-, Feuerlösch-, Abluft- und Medizinalgasanlage, sowie der Elektroinstallation für den Anbau und Umbau beim Gemeindekrankenhaus Schruns, sind nachfolgende Angebote eingegangen:

I) Heizungs-, Sanitär-, Feuerlösch- und Abluftanlage im Anbau incl. 2 Stück Badewannenheber

Fa. Stolz, Schruns	S	747.848,10
Fa. WILU, Schruns	S	830.366,--
Fa. Kuster, Schruns	S	861.695,--

Umbau der Teeküchen und Errichtung von Fäkalräumen in jedem Geschoss (3 Geschosse):

Fa. Stolz, Schruns	S	441.100,10
Fa. WILU, Schruns	S	488.348,20
Fa. Kuster, Schruns	S	497.097,--

Medizinalgasanlage

Fa. Stolz, Schruns	S	508.031,50
Fa. WILU, Schruns	S	501.271,80
Fa. Kuster, Schruns	S	526.106,--

II) Elektroinstallation Anbau und 2. OG. (ohne Zumtobel-Versorgungssystem):

Fa. Stolz, Schruns	S	452.057,--
Fa. Montafonerbahn AG.	S	411.822,50
Fa. Elektro Kasper, Vandans	S	457.177,80

Die Installation des Zumtobel-Versorgungssystems ist für 6 Zimmer vorgesehen. Hiefür werden die Preise bei der Lieferfirma eingeholt und die Bestellung evtl. direkt vorgenommen. Die Kosten werden ca. S 100.000,-- betragen.

Alle Angebote wurden vom Gemeindebauamt überprüft, die Anbotsummen sind jeweils ohne MWSt. .

Über Antrag des Vorsitzenden, werden die Aufträge einstimmig wie folgt vergeben:

- a) Heizung-, Sanitär-, Feuerlösch- und Abluftanlage im Anbau incl. 2 Stück hydr. Badewannenheber an die Fa. Stolz, Schruns, als Bestbieter zum Anbotspreis von S 747.848,10 ohne MWSt.,
- b) Umbau Teeküchen und Errichtung von Fäkalräumen in drei Geschossen an die Fa. Stolz, Schruns, als Bestbieter, zum Anbotspreis von S 441.100,10 ohne MWSt.,
- c) Medizinalgasanlage an die Fa. WILU, Schruns, als Bestbieter zum Anbotpreis von S 501.271,80 ohne MWSt. und
- d) Elektroinstallation im Anbau und 2. OG. (ohne Zumtobel-Versorgungssystem) an die Fa. Montafonerbahn AG., Schruns, als Bestbieter zum Anbotspreis von S 411.822,50 ohne MWSt. .

Zu 3.)

Der Vorsitzende verliest den Voranschlag 1983 des Abwasserverbandes Außermontafon, welcher mit Einnahmen und Ausgaben von je S 54.848.000,-- ausgeglichen erscheint. Die Ausgaben ergeben sich aus den Aufwendungen für die Fertigstellung des Verbandssammlers und den Bau der Kläranlage, während die Einnahmen aus Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds und Landesbeiträgen, sowie einem Beitrag der VIW resultieren.

Dem vorliegenden Voranschlag wird gemäß § 16 der Satzungen einstimmig die Zustimmung erteilt.

Zu 4.)

Der Raumordnungsausschuß hat sich mit dem Antrag des Kuno Hagen, Schruns, Im Feld 168, auf Erhöhung der Baunutzungszahl für den Ausbau des Stallgebäudes in Wohnraum, nach Rückverweisung durch die Gemeindevertretung, befaßt.

Der Vorsitzende erläutert nochmals die Sachlage anhand der vorliegenden Planung. Dabei stellt er insbesondere fest, daß keine Vergrößerung der bestehenden Kubatur erfolgt und dies gemäß der internen Richtlinien des Raumordnungsausschusses vom 25.03.1981 toleriert werden kann. Der Bau- und Raumordnungsausschuß hat daher den Antrag an die Gemeindevertretung gestellt, sie möge die Ausnahmegenehmigung zur beantragten Baunutzungszahl von "50" auf "73" erteilen. Diesem Antrag wird stimmenmehrheitlich stattgegeben. Gegenstimmen: GR.DDr. Bertle Heiner und GV. Dipl.Vw.Tschann Othmar. GR.DDr. Bertle begründet seine Ablehnung wie folgt: Die Ausnahmegenehmigung hat eine Auswirkung auf das Grundpreinsniveau. Die Baunutzungsziffern wurden festgelegt, um eine überdurchschnittliche Nutzung von öffentlichem Grund bzw. Nachbargrundstücken (Spielflächen, Parkplätze etc.) zu vermeiden. GV.Dipl.Vw. Tschann Othmar ist grundsätzlich gegen jede Überschreitung festgelegter Baunutzungsziffern.

Zu 5.)

Der Vorsitzende berichtet, daß im Zuge des Grundankaufes von Franz Erhart, ein Vorkaufsrecht für diese Grundparzelle zugunsten von Wendelin Tschugmell, Schruns, Im Feld 1041 bekannt wurde. Die Aufgabe dieses Vorkaufsrechtes hat nun Tschugmell an die Einräumung einer Dienstbarkeit des Fahrrechtes mit Fahrzeugen aller Art, über ein planlich festgehaltenes Teilstück der Gp. 1143/2 gebunden. Er will sich dadurch die Zufahrt zu seinem Parkplatz sichern, obwohl diese Gp. dem öffentlichen Gut (Straßen und Wege) einverleibt wird.

Der Vorsitzende verliest vollinhaltlich den diesbezüglichen Dienstbarkeitsvertrag und stellt den Antrag auf Genehmigung desselben. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu 6.)

Die Gemeindevertretung Schruns hat in ihrer Sitzung vom 15.07.1982 bereits die geschenkweise Überlassung von 2/504 Anteilen an den Liegenschaften in EZ. 154, 155 und 156 KG. Schruns durch die Erben nach Doz.Dr. Edwin Albrich angenommen. Nun wurde auch von den übrigen Erben nach Benedikta Albrich, die geschenkweise Übergabe ihrer Anteile an diesen Liegenschaften angeboten, sodaß die Marktgemeinde Schruns zu 6/216 Anteilen Eigentümerin an diesen Waldparzellen wird. Die Annahme der geschenkweisen Übergabe, unter der Auflage der Vertragserrichtung und Verbücherung, wird einstimmig beschlossen und den Geschenkgebern der Dank ausgesprochen.

Zu 7.)

VbGm. Brugger Georg entfernt sich wegen Befangenheit aus dem Sitzungssaal.

Aufgrund der öffentlichen Ausschreibung der Stelle einer Pflegeleiterin im Gemeindekrankenhaus Schruns, sind drei Bewerbungen von bereits in diesem Krankenhaus tätigen Diplomkrankenschwestern eingegangen:

- a) Brugger Edith (1957) Schruns, Gantschierstr. 132
- b) Saltuari Maria (1953) Schruns, Außerlitzstr. 504
- c) Slovik Doris (1944) Vandans Nr. 191.

Wie GR. Dr. Sander Hermann in seiner Eigenschaft als ärztlicher Leiter des Gemeindekrankenhauses berichtet, haben sich die Belegärzte, die Pflegeleiterin Hilde Pfeifer und Spitalsverwalter Klaus Farkas, gemäß den Bestimmungen der Spitalsordnung mit den Bewerbungen befaßt und einstimmig festgestellt, daß die fachliche Qualifikation bei allen drei Bewerberinnen ausgezeichnet beurteilt wird. Zur Bestellung als Pflegeleiterin wird aufgrund des Lebensalters und der längsten Dienstzeit, Frau Doris Slovik in Vorschlag gebracht. Diesen Antrag stellt auch der Gemeindevorstand nach Beratung mit dem ärztlichen Leiter, der Pflegeleiterin, der Obfrau des Krankenhausausschusses Eleonore Schönborn und dem Spitalsverwalter, an die Gemeindevertretung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und Dipl.Krankenschwester Doris Slovik mit Wirkung vom 01.01.1983 zur Pflegeleiterin im Gemeindekrankenhaus Schruns bestellt.

Zu 8.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a) über das Schulraumproblem bezüglich Turnhallen, Polytechnischem Lehrgang und Musikschule und über die diesbezügliche Sitzung des Schulverbandes Außermontafon;
- b) daß im Prozeß Rainweg (Gertraud Christ geb. Thöny) das Berufungsurteil des Landesgerichtes Feldkirch zugunsten der Gemeinde Schruns ergangen ist;

- c) daß die Finanzierung des "Super Ski" (Ersatzveranstaltung für Ausfall in Zell am See) im Anschluß an die Damen Ski Weltcuprennen auf Golm, durch Werbeagentur und Land Vorarlberg gesichert erscheint;
- d) daß die Beratungen zum Voranschlag 1983 durch den Gemeindevorstand abgeschlossen wurden und
- e) über die Fernseh-live-Übertragung "Schruns-Tschagguns präsentiert wie die Alten sungen ..." aus der Tennishalle Jäger.

Zu 9.)

Unter "Allfälligem" ergänzt GR. DDr. Bertle die Ausführungen des Vorsitzenden bezüglich der Schulraumprobleme. Eine "ARGE" wird ein kostenloses Anbot für den Schulturnhallenbau am Armenhausbühel erstellen.

Über Anfrage von GV. Max Dobler bezüglich der zukünftigen Verwendung der "Tobelmühle" berichtet der Vorsitzende, daß diesbezügliche Gespräche mit den Eigentümern ergeben haben, daß das Objekt nach Ablauf des Pachtverhältnisses (März 1983) nicht mehr als Disco-Bar verpachtet wird.

Abschließend gibt der Vorsitzende einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, dankt recht herzlich allen Mitgliedern der Gemeindevertretung und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und entbietet allen Anwesenden und ihren Familien die besten Wünsche für die Weihnachtsfeiertage und für das Neue Jahr.

Diesen Dank und die Wünsche entbietet GV. Netzer Werner für die Fraktion der FPÖ., GV. Ganahl Josef für die SPÖ., GV. Eleonore Schönborn für die ORTSPARTEI, wobei sie auch besonders den Bediensteten des Gemeindekrankenhauses ausspricht und GR. Hueber Guntram für die ÖVP., welcher in seinen Dankesworten noch besonders den Amtsdieners Ganahl Basilius für die regelmäßige und pünktliche Zustellung der Sitzungseinladungen erwähnt.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 23. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, so daß dieselbe als genehmigt gilt.

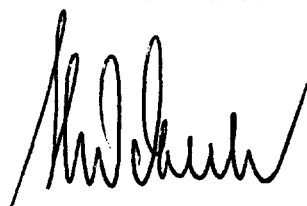
Ende der Sitzung: 23.00 Uhr.

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverwaltung

Schruns, am 01.03.1983

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Montag, den 21.02.1983 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der
Marktgemeinde Schruns stattgefundene 25. öffentliche Sitzung der
GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Harald Wekerle als Vorsitzender,
Vbgm. Georg Brugger, die Gemeinderäte
Guntram Hueber, DDr. Heiner Bertle,
Ludwig Kieber und Dr. Hermann Sander.
Die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute
Rudolf Haumer, Dr. Hansjörg Czinglar,
Roswitha Blaickner, Gerhard Rebholz,
Max Dobler, Peter Ganahl, Dipl.Vw.Otmar
Tschann, Johann Neyer, Trudi Dünser,
Kurt Prautsch und Eugen Vonier für die ÖVP.
Konzett Manfred, Dr. Edgar Dügler und
Werner Netzer für die FPÖ.
Emil Kessler und Fidelis Staggl für die SPÖ.
Eleonore Schönborn und Dipl.Ing. Eckart
Schneider für die ORTSPARTEI.
Referent: GdeKassier Karl Fenkart.
Schriftführer: GSekr. Herbert Marchetti.
Entschuldigt abwesend: Peter Vonbank,
Dipl.Ing. Herbert Kieber, Josef Ganahl
und Arnold Bitschnau.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte
gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und
stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Voranschlag 1983 der Marktgemeinde Schruns.
- 2.) Gemeindeeigene Steuern, Gebühren und Abgaben 1983.
- 3.) Darlehensaufnahmen.
- 4.) Stellenplan 1983.
- 5.) Montafonerbahn AG. Schruns - Förderungsbeitrag 1983.
- 6.) Auftragsvergaben für Anbau Gemeindekrankenhaus.

7.) Vergabe von Kanalisationsbauarbeiten und Rohrlieferung.

8.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges.

Zu 1.)

Der vom Gemeindevorstand und Finanzausschuß beschlossene Voranschlagsentwurf 1983 wurde am 14.02.1983 allen Gemeindevertretern nachweislich zugestellt. Damit wurde den Bestimmungen des § 69 (3) des Gemeindegesetzes entsprochen.

In seinem einleitenden Bericht zum Voranschlagsentwurf verweist der Vorsitzende auf die Teilberatungen der Ausschüsse und die abschließende Erarbeitung durch den Gemeindevorstand mit dem Finanzausschuß. In seinen grundsätzlichen Bemerkungen hiezu stellt der Vorsitzende fest, daß nunmehr die Belastungen der Investition früherer Jahre ihre Auswirkung zeigen. Aufgrund der äußerst angespannten Situation können wohl die Pflichtaufgaben erfüllt werden, für Wunschprojekte ist jedoch die vorläufige Rückstellung zwingend notwendig.

In der Debatte zum Bericht des Vorsitzenden, bezeichnet GV. Werner Netzer die Budgetsituation als sehr ernst. Es zeige sich nun, daß eine mittelfristige Finanzplanung notwendig wäre. Der effektive Schuldenstand betrage Ende 1983 ca. 64 Mio. Schilling. Eine Abgangsdeckung durch Grundverkäufe sei nicht mehr möglich und neue Belastungen durch den Abwasserverband, die Schaffung von dringend notwendigem Schulraum usw. werden nicht ausbleiben.

Hiezu entgegnet der Vorsitzende, daß eine mittelfristige Finanzplanung nur bei wirtschaftlicher Sicherheit effektiv sein könnte. Vor allem aber wären die technischen Voraussetzungen erst dann gegeben, wenn die Finanzverwaltung der Gemeinde an das neue Vorarlberger Gemeinderechenzentrum angeschlossen ist.

Bezüglich des Schuldenstandes bemerkt der Vorsitzende, daß gemäß der VlbG. Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung, nur die Finanzschulden auszuweisen sind, sodaß sich mit ca. 53 Mio. Schilling Schuldenstand der Gemeinde, ein anderes Bild bezüglich der Prokopfverschuldung ergibt.

GV. Emil Kessler bemängelt die späte Vorlage des Voranschlages und tritt auch für die Erstellung einer mittelfristigen Finanzplanung ein. Der Vorsitzende stellt hiezu fest, daß er sich hinkünftig um eine fristgerechte Voranschlags-Vorlage bemühen werde, daß jedoch die vielen Beratungen, sowie die umfangreichen Erläuterungen zum Voranschlag, sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Über Vorschlag des Vorsitzenden werden die einzelnen Gruppen des Voranschlagsentwurfes verlesen und nach jeder Gruppe die Möglichkeit zur Anfragestellung und Debatte gegeben.

Gruppe O: Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die Stundenentlohnung für Mandatäre, welche zu Sitzungen, Lokalausgängen etc., in der Zeit bis 18.00 Uhr einberufen werden, von S 50,-- auf S 100,--/Stunde erhöht wird. Dieser Mehraufwand bleibt ausgabenneutral, da der Bürgermeister auf 2 % der im zustehenden Teuerungszulage zum Gehalt, verzichtet.

GV. Emil Kessler vertritt hiezu die Ansicht, daß die Gemeindefraktoren auf diese Erhöhung verzichten können, während GV. Werner Netzer die Ansicht vertritt, daß der eingesparte Betrag einem Sozialfonds zur Verfügung gestellt werden könnte.

Gruppe 1: keine Debatte

Gruppe 2: GV. Roswitha Blaickner bemängelt den geringen Förderungsbeitrag an den Pfarrkindergarten Schruns, welcher in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen des Gemeindecindergartens Gamprätz (Vergleich der Kinderzahl) steht.

Der Vorsitzende verweist darauf, daß die Pfarre Schruns als Kindergartenhalter für den notwendigen Sachaufwand aufzukommen hat, während die Gemeinde 55 % des Aufwands an Personalkosten trägt.

GR. DDR. Heiner Bertle gibt zu überlegen, ob ein "Kindergartenbus" von Gamprätz nach Schruns, nicht einer Weiterführung des Gamprätzer Kindergartens bei diesem hohen Aufwand vorzuziehen wäre.

Der Vorsitzende ist jedoch der Ansicht, daß die Volksschule Gamprätz die Kindergartenräumlichkeiten bietet und die Kinder bis zum Ende des Volksschulbesuches in der Parzellengemeinschaft bleiben sollen. Außerdem sei durch künftige Bauvorhaben der VOGEWOSIE im Gamprätz, ein Zugang junger Familien zu erwarten.

GV. Emil Kessler stellt eine Anfrage bezüglich des Bauzustandes der Kunsteisbahn, wobei der Vorsitzende kurz über die notwendigen Reparaturen (Kompressoraustausch) berichtet. Grundsätzlich stellt er fest, daß sich der Prototyp dieser Anlage - Doppelnutzung für Tennis und Eislauf - nicht bewährt.

Gruppe 3: keine Debatte

Gruppe 4: keine Debatte

Gruppe 5: keine Debatte

Gruppe 6: GV. Emil Kessler ist der Ansicht, daß der zur Verfügung stehende Betrag für die Erhaltung der Gemeindestraßen zu gering ist. Gerade die Silvrettastraße bedürfte einer grundlegenden Sanierung.

GV. Eleonore Schönborn stellt eine Anfrage bezüglich des Planungsstandes für den Ausbau der Montjolastraße.

GV. DDR. Heiner Bertle stellt fest, daß die Planung und Trassierung eines Gehweges nach Montjola, Voraussetzung für die Einleitung der Grundablösen für die Montjolastraße wäre.

GV. Werner Netzer macht darauf aufmerksam, daß der Ausbau der B-188 in der Innerfratte bevorsteht und daher eine Klärung der Trassenführung dieser Bundesstraße in der Außerfratte dringend notwendig wäre.

Vbgm. Georg Brugger bemerkt hiezu, daß für die Außerfratte vorerst die Trassenführung in Lorüns geklärt sein muß, da die bestehende Brücke einer Gewichtsbeschränkung unterzogen wird.

Gruppe 7: GV. Eleonore Schönborn stellt eine Anfrage bezüglich der Stromkosten im Verkehrsamt für die Heizung und Klimaanlage und evtl. möglicher Kosteneinsparungen.

GV. Rudolf Haumer könnte sich Einsparungen im Bereich Blumenschmuck und Wanderwege vorstellen.

GR. DDR. Heiner Bertle macht darauf aufmerksam, daß aus dem für die "Werbung" vorgesehenen Betrag, der Kostenanteil für die Fernsehsendung "Wie die Alten sangen ..." entnommen werden muß.

GV. Dipl.Vw. Otmar Tschann stellt eine Anfrage hinsichtlich der Reiseleitergebühren-Berechnung.

Gruppe 8: keine Debatte

Gruppe 9: keine Debatte

In der Schlußdebatte zum Voranschlagsentwurf 1983 bemängelt GR. DDr. Heiner Bertle nochmals das Fehlen der mittelfristigen Finanzplanung und vertritt die Meinung, daß eine solche auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten eine Aussagekraft hätte. Das vorliegende Budget bezeichnet er als Resultat von Beschlüssen in der Gemeindestube, deren Auswirkung nicht im vollen Umfang erkannt wurde. Er stellt daher nachfolgende Anträge zur Abstimmung:

- 1) Die Gemeindevertretung beschließt, daß Anträge auf Erwerb von Liegenschaften, Rechten, Fahrzeugen, Geräten und sonstigen Sachgütern sowie auf Beteiligungen, Subventionen usw. nur noch mit gleichzeitigem Nachweis der langfristigen Bedeckung dieser Verpflichtungen eingebracht werden dürfen.
- 2) Die Gemeindevertretung beschließt, daß die vom Gemeindevorstand beschlossene Ausgabebindung von 20 % der frei verfügbaren Ausgaben bis 30. September 1983 erst nach Vorlage einer Zwischenbilanz mit Vergleich der Gebarung zum Voranschlag und zur Gebarung 1982 zum gleichen Zeitpunkt aufgehoben werden soll, sofern der Gebarungsstand zu diesem Zeitpunkt eine Aufhebung zuläßt.
- 3) Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister mit der umgehenden Erstellung einer mittelfristigen Finanzplanung.

Weiters stellt GR. DDr. Heiner Bertle fest, daß seine Fraktion diesem Voranschlag keine Zustimmung erteilen wird.

GR. Guntram Hueber ist der Ansicht, daß bei angespannter Finanzlage jede unvorhergesehene Finanzierungsnotwendigkeit, eine Finanzplanung in Unordnung bringen würde. Eine Planung wäre nur dann sinnvoll, wenn entsprechend freie Mittel verfügbar wären.

GV. Rudolf Haumer macht den Vorschlag, daß im Finanzausschuß ein Konzept für eine mittelfristige Finanzplanung beraten werden könnte. GV. Dipl. Vw. Otmar Tschann verweist darauf, daß eine mittelfristige Finanzplanung einen Zeitraum von 3 - 4 Jahren umfaßt. Da diese Planung aktuell sein muß, kann diese erst dann wirkungsvoll erstellt werden, wenn die Gemeinde Schruns an den EDV-Anlagen des VlbG. Gemeindeforschungszentrums angeschlossen ist.

Abschließend wird über den Antrag von GV. Werner Netzer auf Verzicht der Erhöhung der Stundenentschädigung für Gemeindeforschungszentrum von S 50,-- auf S 100,-- und Zuweisung dieses Betrages an einen Sozialfonds abgestimmt. Der gestellte Antrag wird mit 16 Gegenstimmen der ÖVP-Fraktion abgelehnt.

Die Abstimmung über die Anträge von GR. DDr. Heiner Bertle erbringt folgendes Ergebnis:

- a) Der Antrag 1) wird mit 16 Gegenstimmen der ÖVP-Fraktion abgelehnt.
- b) Der Antrag 2) wird vor Durchführung der Abstimmung von GR. DDr. Heiner Bertle zurückgezogen, da der Gemeindevorstand einen entsprechenden Beschluß fassen kann.
- c) Der Antrag 3) wird mit 16 Gegenstimmen der ÖVP-Fraktion abgelehnt.

Die Ablehnung zu 1) wird damit begründet, daß eine budgetmäßige Bedeckung in diesen Fällen grundsätzlich gegeben sein muß und zu 3), daß für eine mittelfristige Finanzplanung derzeit die technischen Voraussetzungen fehlen.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Voranschlag 1983 der Marktgemeinde Schruns

mit Gesamteinnahmen von S 80.345.000,--
mit Gesamtausgaben von S 81.706.000,--
mit einem Gebarungsabgang vom Vorvorjahr von S 956.000,--
und dem sich ergebenden Gebarungsabgang 1983 von .. S 2.317.000,--

stimmenmehrheitlich genehmigt.

(Gegenstimmen DDr. Heiner Bertle, Manfred Konzett, Dr. Edgar Dügler, Werner Netzer, Emil Kessler, Fidelis Staggl, Eleonore Schönborn und Dipl.Ing. Eckart Schneider)

Zu 2.)

Einleitend berichtet der Vorsitzende über die vom Gemeindevorstand und Finanzausschuß vorgeschlagenen Anpassungen gemäß dem Lebenshaltungskostenindex, insbesondere bei Dienstleistungen.

Es werden nachfolgende Anpassungen (Erhöhungen gegenüber dem Jahre 1982) beantragt:

- a) Wasserbezugsgebühren nach Zählerverbrauch
Normalwassergebühren pro m³ von 2,50 auf 3,50
die Überwassergebühr pro m³ von 3,50 auf 4,50
die Wassermessermiete (Ø 3-5 m³) pro Jahr ... von 70,-- auf 100,--
die Wassermessermiete (Ø 7 m³) pro Jahr von 100,-- auf 130,--
- b) die Wasseranschlußgebühr pro m³ umbauten Raum von 18,-- auf 22,--
und für die bei ausgesprochenen Werkshallen, Magazinen usw. einen umbauten Raum von insgesamt 1000 m³ übersteigende Kubatur pro m³ von 2,50 auf 3,--
- c) der Beitragssatz gemäß § 10 Kanalisationsgesetz wird von 130,-- auf 160,-- angehoben.
- d) Die Müllabfuhrgebühren werden generell um 10 % erhöht.
- e) Die Marktgebühren werden um 10 % angehoben.
- f) Die Hundesteuer wird um 50 % erhöht, wobei in sozial berücksichtigungswürdigen Fällen ein Ansuchen um Ermäßigung der Hundesteuer gestellt werden kann.
- g) Reklamesteuer für Plakate, Ankündigungen usw.
für jedes Stück und angefangenen m² von 0,30 auf 1,50
für Wanderplakate und Ankündigungen im Umfahren pro Stück von 6,-- auf 15,--
Kinowerbung je Stück und Monat von 6,-- auf 15,--
- h) Der Verpflegkostensatz im Altersheim Schruns wird um 6 % - entsprechend der Erhöhung der Pensionen von 212,-- auf 225,-- pro Tag angehoben.
- i) Der Elternbeitrag für den Kindergarten Gamprätz wird demjenigen des Pfarrkindergartens angeglichen und beträgt nun pro Kind und Monat S 80,--.
- j) Musikschule: Der Elternbeitrag pro Semester wird gemäß dem Be-

schluß der musikschulbeschickenden Gemeinden wie folgt erhöht:

für Einzelunterricht	von S 1.100,--	auf 1.250,--
für Zweiergruppe	von S 800,--	auf 900,--
für Dreiergruppe	von S 600,--	auf 650,--
für Vierergruppe wie bisher.....		550,--
für Elementarunterricht wie bisher		500,--

Alle übrigen Steuern, Gebühren und Abgaben erfahren gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung.

Dieser Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird stimmenmehrheitlich beschlossen. (Gegenstimmen: Emil Kessler und Fidelis Staggl. - Vbgm. Georg Brugger stimmt gegen die Belassung der Feuerwehrdienstersatzsteuer in Höhe von S 100,-- jährlich, da der Höchstsatz gemäß dem gültigen Landesgesetz S 25,-- beträgt).

GR. DDr. Heiner Bertle stellt einen Zusatzantrag zur Abstimmung, daß jährlich der Lebenshaltungskostenindex zur Gebührenanpassung zu beachten ist, und dabei tatsächliche Notwendigkeiten im Einzelnen - nach dem Prinzip der Kostendeckung - beschlossen werden sollen. Dieser Antrag wird stimmenmehrheitlich angenommen. (Gegenstimmen: Emil Keßler, Fidelis Staggl, Eleonore Schönborn, Dipl.Ing. Eckart Schneider, Johann Neyer, Dipl.Vw. Otmar Tschann, Eugen Vonier und Peter Ganahl).

Zu 3.)

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses werden die im Voranschlag 1983 vorgesehenen Darlehensaufnahmen wie folgt beschlossen:

- a) Wasserwirtschaftsfonds für Kanalbau S 1000.000,--
- b) Wasserwirtschaftsfonds für Wasserversorgung S 460.000,--
- c) Raiffeisenbank f. Montafon (HS. Schruns-Grüt) S 700.000,--
- d) Raiffeisenbank f. Montafon (Anbau Gemeindekrankenhaus) S 2800.000,--
- e) Raiffeisenbank f. Montafon (Budgetbedeckung) S 6000.000,--

Das letztgenannte Darlehen wird nur nach gegebenen Erfordernissen in Anspruch genommen.

GV. Werner Netzer beantragt, daß über die einzelnen Darlehensaufnahmen gesondert abgestimmt wird. Dieser Antrag wird stimmenmehrheitlich abgelehnt (Gegenstimmen: Bgm. Harald Wekerle, Vbgm. Georg Brugger, GR. Guntram Hueber, GR. Ludwig Kieber, GR. Dr. Hermann Sander, Rudolf Haumer, Roswitha Blaickner, Gerhard Rebholz, Max Dobler, Peter Ganahl, Dipl.Vw. Otmar Tschann, Johann Neyer, Trudi Dünser und Eugen Vonier).

Der Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird stimmenmehrheitlich angenommen. (Gegenstimmen: GR. DDr. Heiner Bertle, Manfred Konzett, Dr. Edgar Dügler, Werner Netzer, Emil Kessler, Fidelis Staggl, Eleonore Schönborn und Dipl.Ing. Eckart Schneider).

GV. Emil Kessler bemerkt abschließend, daß er nur Darlehensaufnahmen für Investitionen zustimmen könne, nicht aber für ein Darlehen zur Bedeckung des Budgets.

Zu 4.)

Der Stellenplan 1983 der Marktgemeinde Schruns, welcher gegenüber dem Vorjahr keine Ausweitung erfahren hat, wird ohne Debatte stimmenmehrheitlich genehmigt. (Gegenstimme Dipl.Ing. Eckart Schneider mit der Begründung, daß bei der derzeitigen Finanzlage auch auf dem Personalsektor eingespart werden müßte).

Zu 5.)

Die Montafonerbahn AG. hat unter Vorlage der Jahresabrechnung "Lohnsummensteuer 1982 für den Bahnbetrieb", um die Gewährung eines Förderungsbeitrages in Höhe dieser Lohnsummensteuer von S 155.954,-- angesucht. Im Budget 1982 ist für die Förderung der Mobahn ein Betrag von S 120.000,-- vorgesehen. Aus diesem Betrag ist die Leistung der Marktgemeinde Schruns zum Sonderinvestitionsprogramm im Rahmen des Standes Montafon in Höhe von S 68.202,42, enthalten. Der Gemeindevorstand hat daher beantragt, daß dieser Budgetansatz nicht überschritten wird und daher an die Montafonerbahn nur mehr ein Förderungsbeitrag für 1982 in Höhe von S 51.797,58 bewilligt werden soll. Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen (Stimmhaltung GV. Peter Ganahl wegen Befangenheit als Bediensteter der Mobahn AG.).

Zu 6.)

Für den Anbau des Gemeindekrankenhauses "St.Josefsheim" in Schruns, werden aufgrund der erfolgten Ausschreibungen, nachfolgende Aufträge an die jeweiligen Bestbieter vergeben:

- a) Schreinerarbeiten - Fenster, an die Fa. Alois Vallaster, Schruns, zum Anbotspreis von S 313.813,-- (einstimmig).
- b) Stahltürzargen und Holztürblätter an die Fa. Josef Sauerwein, Schruns, zum Anbotspreis von S 246.100,-- (einstimmig).
- c) Verputzarbeiten an die Fa. Heinz Dietrich, Tschagguns, zum Anbotspreis von S 385.099,70 (einstimmig).
- d) Für das "Zumtobel-Versorgungssystem" für Krankenzimmer ist von der Montafonerbahn AG. ein Nachanbot eingegangen, in welchem die Lieferung und Montage von 16 "Zumtobel-Versorgungssystem" für Krankenzimmer zum Preis von S 441.000,-- angeboten wird. Dieses basiert auf dem Hauptanbot und der diesbezüglichen Auftragsvergabe an die Mobahn AG., gemäß Beschluß der Gemeindevertretung vom 22.12.1982. Bei diesem Anbot war das "Zumtobel-Versorgungssystem" ausgenommen.

GV. Johann Neyer äußert seine Bedenken, daß bei dieser hohen Vergabesumme kein Vergleichsanbot eingeholt wurde und stellt den Antrag auf Vertagung dieser Auftragsvergabe.

Der Vorsitzende verweist darauf, daß dieses Versorgungssystem einzig und allein von der Fa. Zumtobel erzeugt und geliefert wird

und dies nur ein Nachanbot der Mobahn AG. zum bereits übertragenen Auftrag ist. Vbgm. Georg Brugger stellt den weitergehenden Antrag auf Vergabe des Auftrages an die Montafonerbahn AG. aufgrund des nun vorliegenden Nachanbotes.

Dieser Antrag wird stimmenmehrheitlich angenommen (Gegenstimmen: Johann Neyer, Dipl.Vw. Otmar Tschann, Eugen Vonier und Peter Ganahl).

Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß von den 16 vergebenen Einheiten, im Jahre 1983 nur 6 Stück zum Einbau kommen.

Zu 7.)

Die Anwesenden erhalten eine Kostenaufstellung über die eingegangenen Angebote für die Ausführung der Baumeisterarbeiten und die Rohrlieferungen "Kanalisation Schrunser Feld" Bauabschnitt III, Projekt 4, Bauteil 1, 2 und 3. Hieraus ergeben sich nachfolgende Bestbieter:

Bauteil 1: Fa. AKB, Bludenz mit S 408.013,70

Bauteil 3: Fa. Ing. Hans Thöni, Bludenz mit S 531.984,60

Bauteil 2: Bietergemeinschaft O.Rinderer, Bludenz/J.Vonblon Schruns mit S 970.553,87.

Die Bauteile 1 und 3 wurden gemeinsam, bei getrennter Angebotstellung ausgeschrieben und die Angebote am 08.02.1983 in Anwesenheit der Anbieter eröffnet. Werden die Anbotssummen für die Bauteile 1 und 3 zusammengezogen, so ergibt sich als Bestbieter die Fa. Gebr. Vonbank, Schruns, mit einer Anbotssumme von S 949.147,-- (bei getrennter Vergabe S 939.998,30).

Der Bauausschuß hat daher beantragt, daß der Bauteil 2 an die Bietergemeinschaft O.Rinderer/J.Vonblon als Bestbieter und die Bauteile 1 und 3 gemeinsam der Fa. Gebr. Vonbank, Schruns zum Anbotspreis vergeben werden.

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt, unter der Voraussetzung, daß seitens des Landeswasserbauamtes Bregenz und des Wasserwirtschaftsfonds, gegen die Vergabe kein Einwand erhoben wird. Die Rohrlieferung für die Bauteile 1, 2 und 3, wird einstimmig an den Bestbieter Betonrohrwerk Schlins, zum Anbotspreis von S 279.420,-- vergeben.

Zu 8.)

Der Vorsitzende berichtet:

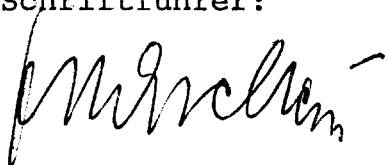
- a) daß am kommenden Freitag eine Besprechung der Montafoner Bürgermeister mit der Landesstraßenplanungsstelle bezüglich der Trassierung der B-188 stattfindet;
- b) über den Einsatz der Familienhelferin im Jahre 1982, wobei er feststellt, daß diese von Schrunser Familien kaum in Anspruch genommen wird;
- c) über eine Besprechung der Sommerkonzerte mit dem Ergebnis 1982 und einer Vorschau auf 1983;
- d) daß der Abwasserverband Montafon nach Beitritt der Gemeinden Gaschurn und St.Gallenkirch, rechtskräftig gegründet wurde.

Unter "Allfälligem" erkundigt sich GR. DDr. Heiner Bertle bezüglich einer Fahrverbotstafel im Aufweg und EM. Fidelis Staggl stellt eine Anfrage bezüglich der Kündigung von Bediensteten der Hochjochbahn.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 24. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

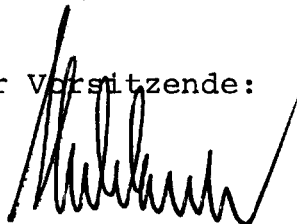
Ende der Sitzung: o.30 Uhr.

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

Schruns, am 17.03.1983

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 16.03.1983 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 26. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Wekerle Harald als Vorsitzender, Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram, DDr. Bertle Heiner und Kieber Ludwig, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Blaickner Roswitha, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Versell Ignaz, Neyer Johann, Prautsch Kurt und Netzer Ludwig für die ÖVP., Konzett Manfred, Netzer Werner und Wachter Herbert für die FPÖ., Keßler Emil und Ganahl Josef für die SPÖ., Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die ORTSPARTEI.

Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert.

Entschuldigt abwesend: Dr. Sander Hermann, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Ganahl Peter, Dipl.Vw. Tschann Otmar und Dr. Düngler Edgar.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung der Gemeindevertretung erfolgte gemäß den Bestimmungen des GG. zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung legt EM. Wachter Herbert das Gelöbnis gemäß § 32 GG. ab.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Genehmigung des Benützungsvertrages "Regionale Abfalldeponie Böschis Tobel";
- 2.) Vergabe des Müllabfuhrdienstes inkl. Transport nach Böschis Tobel;
- 3.) Änderung der Abfallordnung der Marktgemeinde Schruns;
- 4.) Antrag auf Verselbständigung des Polytechnischen Lehrganges Schruns;
- 5.) Vorschule (Pflichtsprengel-Berechtigungssprengel);
- 6.) Entscheidung über Ausnahmeantrag bezügl. Baunutzungsverordnung, Antrag Josef Sauerwein;
- 7.) Entscheidung über die Berufung der Fa. Vonbank Wohnbauges.m.b.H. Schruns, gegen Baubewilligungsbescheid f. Reihengarage;
- 8.) Grundankäufe:
 - a) für das Grundwasserpumpwerk im Tobel;
 - b) Anteile an den Waldparzellen in EZ. 154,155 und 156 KG. Schruns;
- 9.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges.

zu 1.)

Der Vorsitzende erläutert die Situation bezüglich der regionalen Abfalldeponie in Nenzing, Böschis Tobel, und verweist darauf, daß es nun nach jahrelangen Verhandlungen gelungen ist, eine auf vorläufig 5 Jahre befristete, regionale Lösung in Nenzing, Böschis Tobel, zu finden. Der Vorarlberger Gemeindeverband hat einen Benützungsvertrag, welcher zwischen der Fa. Ammann, Nenzing, als Betreiber der Abfalldeponie und der jeweiligen Gemeinde für die Anlieferung der Abfälle abzuschließen ist, erstellt. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren und würde sich entsprechend verlängern, wenn der Deponieraum innerhalb dieser Zeit nicht aufgefüllt wird und der Deponie-

betreiber die Betriebsgenehmigung verlängert erhält. Für die Übernahme des Abfalls wird unter der Annahme einer Jahresmenge von 15.000 to. folgendes Entgelt vereinbart:

1.) Einlagerungsentgelt	S	90.-	pro Tonne
2.) Erschließungskostenanteil	S	86.-	pro Tonne
3.) Betriebskostenanteil	S	187.-	pro Tonne
g e s a m t	S	363.-	pro Tonne

zuzüglich 8% MWSt.
Die Kostenpositionen 2) und 3) verändern sich je nach der innerhalb der Region angelieferten Jahresmenge. Diesen Kostenpositionen liegt eine Kalkulation zugrunde, die als Bestandteil dieses Vertrages gilt. Die Betriebskosten des jeweils abgelaufenen Jahres werden anhand der tatsächlichen Rechnungsergebnisse ermittelt. Ein Tarifausschuß, welchem u.a. drei Mitglieder des VlbG. Gemeindeverbandes angehören werden, hat diese Rechnungsergebnisse zu prüfen und zu genehmigen. Aufgrund der überprüften und genehmigten Jahresrechnung erfolgt die Abrechnung mit den Gemeinden. Der Vertragstext wird vom Vorsitzenden vollinhaltlich verlesen.

In der Debatte stellt GV. Bitschnau Arnold die Anfrage, ob nach Abschluß des gegenständlichen Vertrages, die Abfalldeponie in Tschagguns auch tatsächlich geschlossen wird. Der Vorsitzende ist überzeugt, daß die Bezirkshauptmannschaft Bludenz die Schließung dieser Deponie verfügen wird. Die Gemeinde ist jedoch verpflichtet, einen Deponieplatz für Aushubmaterial und Bauschutt bereitzustellen. Diesbezüglich hat der Vorsitzende bereits mit dem Bürgermeister von Tschagguns Kontakt aufgenommen und es ist zu erwarten, daß der derzeitige Abfalldeponieplatz in Tschagguns für diesen Zweck zur Verfügung stehen wird. Dieser Platz wäre dann jedenfalls kostendeckend zu betreiben, sodaß jeder Anlieferer entsprechende Gebühren zu bezahlen hat. GR. DDR. Bertle gibt zu bedenken, daß für die Gemeinde gar keine andere Möglichkeit besteht, als den vorliegenden Vertrag abzuschließen. Es soll jedoch an den Stand Montafon der Auftrag ergehen, während der Laufzeit dieses Vertrages alle Möglichkeiten einer Abfallbeseitigung für die Talschaft Montafon zu untersuchen, damit die Gemeinden nicht zum gegebenen Zeitpunkt einer eventuell sehr kostenintensiven Zwangslösung seitens des Landes, unterworfen werden.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses einstimmig beschlossen, den vorliegenden Vertrag mit der Fa. Josef Ammann, Nenzing, über die Anlieferung des in der Gemeinde Schruns anfallenden Mülls nach Böschis Tobel, mit Wirkung vom 01.05.1983, abzuschließen.

zu 2.)

Bei der Sitzung des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses am 09.03.1983, wurde den Anwesenden ein Angebotsvergleich über die Kosten des Müllabfuhrdienstes und Abtransport nach Nenzing, Böschis Tobel, vorgelegt. In diesem, vom Bürgermeister erstellten Vergleich wurden die Jahreskosten der Mülleinsammlung und des Transportes auf die gleiche Ausgangsbasis gesetzt. Die Fa. Gebr. Sohler, Gaschurn, hat aufgrund einer Neukalkulation am 16.03.1983 ein Nachtragsangebot vorgelegt, worauf der Bürgermeister die übrigen Anbieter davon verständigte und diesen auch die Möglichkeit zur Vorlage eines Nachtragsanbotes eingeräumt hat.

Aufgrund dieser Nachtragsanbote ergibt sich folgendes Bild:

	Sammelkosten:	Transport:	Gesamt:
Fa. Branner, Rankweil +)	S 644.132.-	S 28.542.-	672.674.-
Fa. Burtscher, Thüringerberg	S 789.800.-	S 38.400.-	828.200.-
Fa. Gebr. Sohler, Gaschurn	S 530.338.-	S 104.720.-	635.058.-
Pöchler Ernst Schruns	S 609.052.-	S 73.666.-	682.718.-

+) Diese Preise der Fa. Branner bleiben bis 31.12.1984 unverändert, ab 01.01.1985 wird eine Wertanpassung auf Basis Dezember 1983 vorgenommen.

In der Debatte kritisiert GR. DDr. Bertle die Vorgangsweise bezüglich der Angebotseinholung und Nachtragsanbote. Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß die Fa. Gebr. Sohler auf ihm unbekannte Weise vom Ergebnis der Beratungen des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses Kenntnis erhalten hat und aufgrund dessen ein stark reduziertes Nachtragsanbot vorgelegt hat (Erstanbot Gesamtkosten S 799.000.-). Er habe daher gezwungenermaßen die anderen Anbieter informiert und zur Stellung eines Nachtragsanbotes eingeladen.

Im weiteren wird in der Debatte festgestellt, daß eine öffentliche Ausschreibung der Müllabfuhr nicht mehr gemacht werden kann, da nun die Anbotspreise in der heutigen, öffentlichen Sitzung bekanntgegeben wurden. Weiters werden die Probleme der Auflösung des bestehenden Vertrages mit der Fa. Branner, Rankweil, erörtert, welcher eine Kündigungsfrist von 6 Monaten beinhaltet. Demnach kann dieser Vertrag frühestens mit 30.09.1983 aufgelöst werden.

Abschließend stellt Vizebürgermeister Brugger Georg folgenden Antrag: Das Einsammeln der Abfälle im Gemeindebereich von Schruns und der Transport nach Nenzing, Böschis Tobel, wird mit Wirkung vom 01.10.1983 an die Fa. Gebrüder Sohler, Transportunternehmen, Gaschurn, zu den im Nachtragsangebot vom 16.03.1983 angegebenen Einheitspreisen von S 3.30 pro Kübel und Sack, S 60.10 pro Container für das Einsammeln, und für den Transport S 760.- pro Fuhre an Freitagen und S 280.- pro Fuhre an Montagen, vergeben. Diese Preise sind nach den Vorarlberger Lebenskostensindex wertgesichert und netto, ohne MWSt. Der Vertrag wird auf die Dauer von mindestens 5 Jahren abgeschlossen. Die im Vertrag mit der Fa. Branner bestehenden Punkte sind im wesentlichen zu übernehmen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. (Stimmenthaltung Netzer Werner zu 3.)
wegen Befangenheit !)

Aufgrund der geänderten Sachlage wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses, die Abfallordnung der Marktgemeinde Schruns mit Wirkung vom 01.05.1983, wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 5) hat zu lauten: Für zusätzlich anfallenden Abfall ist die Selbstabfuhr auf die regionale Abfalldeponie Böschis Tobel in Nenzing, zu den dort verlautbarten Öffnungszeiten und Gebühren, möglich. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 4.)

Die Bezirkshauptmannschaft Bludenz hat mit Schreiben vom 21.01.1983 den Montafoner Gemeinden zur Kenntnis gebracht, daß die Leiterin der Volksschule Schruns mit Ende des Schuljahres 1982/83 in den Ruhestand tritt. Es sei daher notwendig, bei der VlbG. Landesregierung die Errichtung eines selbständigen Polytechnischen Lehrganges zu beantragen, um eine weitere Belastung der Volksschule Schruns mit den derzeit angeschlossenen 4 Poly. Lehrgangsklassen zu vermeiden. Die Gemeinden des Außermontafons werden daher ersucht, zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

- 1.) Wird der Bildung eines Gemeindeverbandes als Schulerhalter des zu errichtenden Polytechnischen Lehrganges Außermontafon zugestimmt?
- 2.) Soll die Schule den derzeitigen Standort Schruns beibehalten, oder wird ein anderer Standort vorgeschlagen?

Der Vorsitzende berichtet über die diesbezüglichen Beratungen im Rahmen des Hauptschulverbandes Außermontafon, bei welchen die Mitgliedsgemeinden ersucht wurden, die Möglichkeiten zur Lösung der

Standortfrage für den Polytechnischen Lehrgang, innerhalb ihrer Gemeinden zu untersuchen.

In der Gemeinde Schruns wurden entsprechende Beratungen im Schulausschuß geführt, wobei eine Antragstellung auf Verselbständigung des Polytechnischen Lehrganges Schruns, einhellig befürwortet wurde. Bezüglich der Standortfrage wurde als zweckmäßigste und kostengünstigste Lösung die Realisierung der 2. Bauetappe bei der Hauptschule Schruns-Grüt betrachtet, wobei allerdings noch die Frage des notwendigen Grunderwerbs offen ist. Im Flächenwidmungsplan ist das entsprechende Areal bereits als "Freifläche-Vorbehaltsfläche" ausgewiesen. Eine gravierende Kostenersparnis ergibt sich bei diesem Projekt aus der Tatsache, daß die verschiedenen Sonderräume (Turnhalle, Werkräume, Schulküche, Schreibmaschinensaal usw.) bei der Hauptschule Grüt bereits vorhanden sind und vom Polytechnischen Lehrgang mitbenützt werden könnten. Seitens der Gemeinde Bartholomäberg ist mit 10.03.1983 ein Schreiben an die Montafoner Gemeinden ergangen, worin mitgeteilt wird, daß sich die Gemeindevertretung Bartholomäberg in ihrer Sitzung am 23.02.1983 einstimmig dafür ausgesprochen hat, den notwendigen Schulraum für den Polytechnischen Lehrgang Außermontafon, in Bartholomäberg-Gantschier zu schaffen. Das Projekt wäre in Kombination mit dem Neubau eines Feuerwehrgerätehauses und einem Mehrzwecksaal (Turnhalle für die Volksschule Gantschier) geplant. In diesem Schreiben werden ausführlich alle Gründe dargelegt, welche für den Standort dieses Schultyps in Gantschier sprechen.

In eingehender Debatte werden die Probleme dieses Standortes diskutiert und vor allem darauf verwiesen, daß die kostengünstigste Lösung im Interesse aller beteiligten Gemeinden zum Tragen kommen muß.

Abschließend wird zu den Fragepunkten der Bezirkshauptmannschaft Bludenz einstimmig nachfolgende Stellungnahme abgegeben:

- 1.) Der Bildung eines Gemeindeverbandes als Schulerhalter des zu errichtenden Polytechnischen Lehrganges Außermontafon wird zugestimmt. Es soll geprüft werden, ob diese Aufgaben nicht vom bestehenden Hauptschulverband Außermontafon wahrgenommen werden können.
- 2.) Der Polytechnische Lehrgang Außermontafon soll den derzeitigen Standort Schruns beibehalten. Einem anderen, den Erfordernissen entsprechenden Standort kann nur dann zugestimmt werden, wenn die Unterbringung kostengünstiger als in Schruns möglich ist.

zu 5.)

Mit dem Schuljahr 1983/84 treten die gesetzlichen Bestimmungen der 7. SCHOG.-Novelle in Kraft, womit die Vorschulklasse eingeführt wird. Über Ersuchen des Vorsitzenden erläutert GV. Rebholz Gerhard das Wesentliche dieser Vorschulklasse, wonach schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder spielerisch, ohne Leistungsdruck, auf das Schulleben vorbereitet und der Übergang vom Elternhaus ins Klassenzimmer erleichtert werden soll. Er erklärt weiters, welche Konsequenzen für die in Betracht kommenden Kinder eines Pflichtsprengels im Gegensatz zu einem Berechtigungssprengel, entstehen. Da die zu diesem Bundesgesetz notwendigen Verordnungen der Landesregierung noch nicht erlassen wurden, wird eine Stellungnahme zur "Vorschulklasse-Pflichtsprengel-Berechtigungssprengel", über Antrag des Vorsitzenden einstimmig vertagt.

zu 6.)

Josef Sauerwein, Schruns 518, beabsichtigt auf der von der Gemeinde Schruns erworbenen Gp. 773/2 KG. Schruns, eine Tischlerwerkstätte

mit Wohnung zu errichten. Die baupolizeiliche Verhandlung wurde von der BH. Bludenz am 22.02.1983 durchgeführt. Aufgrund der gegebenen Grundstücksgröße ergibt sich bei Realisierung des geplanten Objektes eine Baunutzung von 0.59. Da die Baunutzung in diesem Gebiet mit 0.50 festgelegt ist, hat der Bauwerber um die Erteilung der Ausnahmegenehmigung angesucht. Der Vorsitzende legt einen Maschinenaufstellungsplan vor, woraus ersichtlich ist, daß eine Reduzierung der Werkstattgröße ein wirtschaftliches Arbeiten nicht mehr zulassen würde.

In der Debatte wird von GV. Peter Vonbank der Antrag des Bauwerbers befürwortet und darauf verwiesen, daß bei Wegfall des Wohnungsaufbaues wohl die vorgeschriebene Baunutzungszahl eingehalten würde. Er sieht jedoch in der integrierten Wohnung einen Vorteil für den Bauwerber selbst, wie auch für die Anrainer, da der Bauwerber eine unnötige Lärm- und Rauchbelästigung im eigenen Interesse vermeiden wird. Auch GR. DDr. Bertle plädiert für eine Genehmigung, da aus raumplanerischer Sicht das Objekt keineswegs landschaftsstörend wirkt und einem jungen Unternehmer eine Existenzgrundlage geschaffen wird. Über Antrag des Vorsitzenden wird für die Errichtung des geplanten Bauvorhabens eine Baunutzungszahl von 0.59 einstimmig genehmigt.

zu 7.)

Bürgermeister Harald Wekerle übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Georg Brugger. GV. Peter Vonbank verläßt zu diesem Punkt der TO. den Sitzungstisch wegen Befangenheit.

Die Fa. Vonbank Wohnbauges. m.b.H. Schruns, hat in offener Frist eine Berufung gegen die Vorschreibung in P.4) und P.13) der "Allgemeinen Vorschreibungen" und gegen die Vorschreibung in P.1) der "Vorschreibung zugunsten des Anrainers Bruno Sander" im Baugenehmigungsbescheid der Marktgemeinde Schruns vom 28.12.1982, Zl. 153-o/39-82, über die baupolizeiliche Bewilligung zur Errichtung einer Reihengarage auf Gp. 800/6 KG. Schruns, eingebracht.

In Punkt 4) wird vorgeschrieben, daß die Gebäudetiefe der Garagen von 6.25 m auf 5.50 m zu reduzieren ist, wodurch sich der westseitige Garagenvorplatz von 4.25 m auf 5.00 m und der ostseitige Vorplatz von 3.75 m auf 4.50 m vergrößert, jeweils bezogen auf die Vorplatztiefe. Die auf 5.50 m zu reduzierende Gebäudetiefe bedeutet jedoch, daß die lichte Garagentiefe nur mehr 5.00 m betragen würde und größere PKW's kaum bzw. nicht mehr einwandfrei in der Garage untergebracht werden können. In Punkt 13) wird bestimmt, daß der von der Straßenverwaltung zur Seite geräumte Schnee und der vom Garagenvorplatz abgeräumte Schnee, nicht auf der Zufahrtsstraße als "öffentliches Gut" abgelagert werden dürfe.

In Punkt 1) der "Vorschreibungen zugunsten des Anrainers Bruno Sander" wird vorgeschrieben, daß der Holzablageplatz ostwärts der Garagen nicht verkleinert werden darf und gegebenenfalls dafür Ersatz zu leisten ist.

Vizebürgermeister Brugger berichtet über den Verlauf des Ermittlungsverfahrens mit Anhörung der Parteien und stellt folgendes fest:

zu P.4) der "Allgemeinen Vorschreibungen: Bei einer Vorplatztiefe von 4.50 m westseitig und 4.30 m ostseitig, welche als ausreichend betrachtet werden muß, wird die Errichtung der Garagen mit einer Tiefe von 6.00 m möglich. Dies würde dem Berufungsantrag entsprechen.

zu P.13) der "Allgemeinen Vorschreibungen": Bei der Zufahrtsstraße handelt es sich nicht um "öffentliches Gut", sondern diese steht im privaten Miteigentum. Dem Berufungsantrag auf ersatzlose Streichung dieser Vorschreibung wäre stattzugeben.

zu P.1) der "Vorschreibungen zugunsten des Anrainers Bruno Sander": Laut schriftlicher Mitteilung des betroffenen Anrainers besitzt er auf der Gp. 800/6 das unbeschränkte Geh- und Fahrrecht im Rahmen einer

vertraglichen Abmachung. Weitere Rechte, insbesondere das eines Holzablagerplatzes macht er nicht geltend. Dem Berufungsantrag auf ersatzlose Streichung dieser Vorschreibung wäre stattzugeben. Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden der Berufung der Fa. Vonbank, Wohnbauges. m.b.H., Schruns, in allen Punkten antragsgemäß stattgegeben. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 8.)

Bürgermeister Harald Wekerle übernimmt wieder den Vorsitz.

a) Für die Errichtung des Grundwasserpumpwerkes "Im Tobel" und den notwendigen engeren Schutzbereich, wird der Ankauf der Gp. 348/3 mit 37 m² und der Gp. 348/1 (beide KG. Schruns) mit 685 m², mit einem Katasterausmaß daher von zusammen 722 m², von Jürgens Clemens, Schruns 105, zum Kaufpreis von S 40.-/m² einstimmig genehmigt. Der Gesamtkaufpreis von S 28.880.- ist nach Vertragsabschluß zur Zahlung fällig. Der Verkäufer ist berechtigt, bis 31.12.1983 das Starkholz mit einem Brustdurchmesser von über 15 cm, auf seine Kosten zu schlägern und zu verwerten.

Weiters wird von den Geschwistern Franz und Reinhilde Berthold, Schruns 317, eine Teilfläche von ca. 400 m² aus der Gp. 355/2, angrenzend an die Gp. 348/1 KG. Schruns, zum Preis von S 40.-/m², angekauft. Eine aconto-Zahlung von S 15.000.- wird sofort geleistet. Die endgültige Vermessung und Abrechnung erfolgt nach Festlegung des engeren Schutzbereiches für die Grundwasserpumpe. Die Verkäufer sind berechtigt, stehendes Laub- und Nadelholz mit einem Brustdurchmesser von mehr als 20 cm, bis längsten 31.12.1983 auf eigene Kosten zu fällen und zu verwerten. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

b) Von Franz Hauer, Schruns, Kirchplatz 29 werden 2/216 Anteile an den Waldparzellen in EZ. 154, 155 und 156 KG. Schruns, zum Pauschalpreis von S 3.000.- angekauft. Werden diesbezügliche Verhandlungen mit Hubert Hauer und Martha Prautsch geb. Hauer, welche ebenfalls zu je 2/216 Anteilen Miteigentümer an den vorgenannten Liegenschaften sind, positiv mit einem Kaufpreis von je S 3.000.- abgeschlossen, so sind diese Rechtsgeschäfte mit diesem Beschluß ebenfalls genehmigt.

Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig. EM. Prautsch Kurt hat wegen Befangenheit bei Punkt b) den Sitzungstisch verlassen.

zu 9.)

Der Vorsitzende berichtet über eine Sitzung des Abwasserverbandes Außermontafon, bei welcher eine Aussprache mit der Gemeinde Lorüns bezüglich der Straßenbenützung Lorüns- Vandans (Venserstraße) durch Schwertransporte zum Bau der ARA stattgefunden hat. Weitere Verhandlungen werden noch wegen einer Straßenverlegung im Bereich des VKW-Wasserkanales geführt.

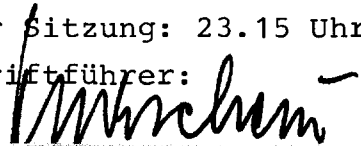
Unter "Allfälligem" urgiert GR. DDR. Bertle die entsprechende Situierung der Blumentröge in der Dorfstraße gegenüber der Silbertalerstraße, als Absicherung für spielende Kinder und die Überwachung der Fußgängerzone.

GV. Keßler Emil stellt eine Anfrage bezüglich der Sanierung der Silvrettastraße.

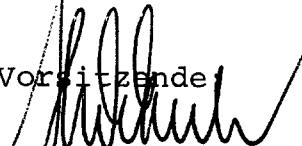
Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 25. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 23.15 Uhr

Der Schriftführer:



Der Vorsitzende



MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverwaltung

Schruns, den 17.05.1983

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 11.05.1983 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schrums stattgefundene 27. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung.

Anwesend: Bürgermeister Harald Wekerle als Vorsitzender, Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram, DDr. Heiner Bertle und Kieber Ludwig, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Haumer Rudolf, Blaikner Roswitha, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Versell Ignaz, Dipl.Vw Tschann Othmar, Neyer Johann, Dünser Trudi und Prautsch Kurt für die ÖVP
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar, Netzer Werner für die FPÖ
Kessler Emil und Netzer Franz für die SPÖ
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die Ortspartei
Schriftführer GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Dr. Sander Hermann, Vonbank Peter, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing. Kieber Herbert und Ganahl Josef

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung der Gemeindevertretung erfolgte gem. der Bestimmung des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung gibt DDr. Bertle Heiner namens der Fraktion FPÖ und Parteifreie Bürger die Erklärung ab, in welcher er betont, daß seine Fraktion in Ihrer Bemühung um eine parteifreie Politik festhalten wird. Sie will das gute Klima in der Gemeindevertretung zum Wohle der Gemeinde aufrecht erhalten und ausschließlich Sachpolitik betreiben. Sie distanziert sich ausdrücklich von den im Zusammenhang der Koalitionsverhandlungen in Wien getroffenen Entscheidungen.

Weiters stellt Dr. Bertle den Dringlichkeitsantrag, daß die Tagesordnung um den Punkt "Revisionsbericht der Kontrollabteilung des Amtes der VlbG. Landesregierung" erweitert wird. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. GV Netzer Werner ersucht um Ergänzung der Verhandlungsschrift über die 26. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung zu Punkt 2 der Tagesordnung wie folgt: "GV Netzer Werner hat sich wegen Befangenheit der Debatte und Abstimmung enthalten".

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Straßenbenennungen, Verordnung gem. § 14 Abs. 3 Gemeindegesetz
- 2.) Übereinkommen mit Lothar Netzer, betreffend Errichtung eines Gehsteiges (Laubengang) beim Haus Batloggstrasse 54
- 3.) Erweiterung des Stellenplanes um einen Dienstposten
- 4.) Beschlußfassung über die Ausübung des ersessenen öffentlichen Fußwegrechtes über die GP 17/423/1, 1721, 1796/1 und 1787 vom Bargusweg zum Fratteweg
- 5.) Nachnomminierung für Unterausschüsse und Delegierungen
- 6.) Revisionsbericht der Kontrollabteilung des Amtes der VlbG. Landesregierung
- 7.) Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges.

zu 1.)

Der Vorsitzende erklärt an Hand eines Straßenplanes die vom Kulturausschuß vorgeschlagenen Neubenennungen von Strassen und Wegen. Nach ausführlicher Debatte werden folgende Änderungen gegenüber dem Antrag des Kulturausschuß vorgenommen:

- a.) Der Wuhrweg wird Gamprätzerweg benannt
- b.) Der Gamprätzerweg wird Wuhrweg benannt
- c.) über Antrag von Dünser Trudi wird anstelle "Borgerweg", die Bezeichnung " Im Winkel " festgelegt (Gegenstimme Vizebgm. Brugger und DDr. Heiner Bertle).

Ein Antrag von Netzer Franz auf Abänderung der Bezeichnung "Gamprätzerweg" gegen " Bötteleweg " wird mit 16 Gegenstimmen abgelehnt. GR Dr. Bertle Heiner beantragt, daß in den Mitteilungen des Bürgermeisters darauf hingewiesen wird, daß die Neubenennungen von Straßen und Wegen und die Neuorganisation der Hausnummern keine rechtlichen Konsequenzen in Bezug auf bestehende Rechte, Servitutsansprüche usw. nach sich ziehen.

Der Vorsitzende verweist darauf, daß die Übergangszeit ca. 1 Jahr dauern wird, die Verordnung als solche jedoch mit Wirksamkeit vom 1.1.1984 in Kraft treten soll.

Eine Anregung von GV Konzett Manfred, daß eine Chronik über die Herkunft der Wegnamen erstellt werden sollte, wird von GV Schönborn Eleonore an den Heimatschutzverein weitergeleitet. Abschließend wird der Antrag des Kulturausschußes unter Berücksichtigung der vorstehenden Abänderungen einstimmig angenommen, wie folgt:

Dozent Albrich Weg	Haus Rainer Amalie bis Haus Klocker
Hofrat Durig Weg	Flurstrasse bis Haus Dr. Schneider
Johann Wiederin Weg	Flurstrasse bis Pension Both
Dekan Hausteiner Weg	Pfarrsiedlung Innerdorf
Hans Bertle Weg	Haus Arnold Dajeng bis Auweg
Prof. Tschohl Weg	Silvrettastr. durchgehend bis Haus Zangerle
Rodunderstrasse	Gantschierstrasse bis Illbrücke Rodund
VIW Siedlung	Siedlungshäuser Illwerke Gantschier
Kaltenbrunnenweg	Gasthaus Kaltenbrunnen bis Guesweg
Prof. Beitzl Weg	Außerlitzstrasse bis Haus Kubelka
Lavadielweg	Hotel Meßmer bis Haus Schwarzhaus
Grappaweg	Montjolastrasse bis Haus Stemer Bruno
Jakob Stemer Weg	Kirchplatz bis Abzweigung Hofweg
Gamplachgerweg	ab Mülldepot Hofweg bis Einbiegung Kropfenweg

Gstüdweg	ab Briferweg bis Einmündung Gamplaschgerweg
Widumweg	Haus Stoffleth Franz J. bis Auweg
Wuhrweg	Silvrettastrasse Vergut Ludwig bis Auweg
Gampräzterweg	Silvrettastrasse Geschw. Netzer bis Auweg
Auf dem Bühel	Pension Linde-Durig-Stemer bis Haus Graß
Im Winkel	Fratteweg - Karner Willi bis Fritz Edelbert
Ländiweg	Zufahrt zu Gargagen Naier Alfred
Köhlerweg	Silvrettastrasse - Vonier Eugen bis Haus Schratz

zu 2.)

Die Pläne über die beabsichtigten Umbauarbeiten beim Haus Schruns, Batloggstrasse 54 werden zur Ansicht vorgelegt.

Der Vorsitzende erläutert die Sachlage bzgl. des Laubenganges und berichtet über die stattgefundenen Beratungen in Gemeindevorstand und Finanzausschuß und den nun vorliegenden Antrag des Gemeindevorstandes.

Vertragsgegenstand ist der Laubengang mit Gehsteig im Rahmen des vorliegenden Umbauprojektes. In diesem Zusammenhang macht GV Dipl. Vw Tschann Othmar darauf aufmerksam, daß eine Junktimierung des privatrechtlichen Überinkommens und einer behördlichen Entscheidung (Erhöhung der Baunutzungszahl) nicht statthaft ist.

Wie der Vorsitzende erläutert, sieht die Vereinbarung folgendes vor: Netzer Lothar sichert der Gemeinde vertraglich zu, daß sie den Laubengang ohne Leistung einer Grundablöse oder Wertminderung für das Wohnhaus, errichten kann. Es bleibt der Gemeinde vorbehalten wann mit den Bauarbeiten begonnen wird, unter der Auflage, daß der Arbeitsbeginn dem Hauseigentümer 6 Monate vorher nachweislich bekannt gegeben wird.

Die Gemeinde hat ~~den~~ die Abmauerung, Unterfangung und die Errichtung des Laubenganges gem. den Plänen mit einem Gehsteig von 1.70 m Breite, kostenmäßig allein zu tragen. Alle anderen Arbeiten in den restlichen Räumen müssen vom Hauseigentümer auf eigene Kosten durchgeführt werden.

GV Dr. Dügler Edgar macht darauf aufmerksam, daß im diesbezüglichen Vertrag auch eine Absicherung gegen den Abbruch des Gebäudes nach Erstellung des Laubenganges, sowie eine Wertabschreibung des Laubenganges aufgenommen wird.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Vertragsabfassung unter Berücksichtigung aller Eventualitäten einem Rechtsanwalt übertragen wird. Über Antrag des Gemeindevorstandes wird dem Abschluß eines entsprechenden Vertrages gem. den vorstehenden Vereinbarungen einstimmig zugestimmt.

zu 3.)

Der Vorsitzende erläutert die bisher gehandhabte Regelung bei der Wartung im Haus des Gastes, welche durch Bedienstete des Löwen Hotel durchgeführt wurde.

Diese Leistungen wurden seitens des Löwen Hotels mit jährlich ca. S 160.000,- der Gemeinde in Rechnung gestellt. Auf Grund der nun geänderten Personalsituation beim Löwen Hotel, wird die Anstellung eines Hauswartes für das Haus des Gastes notwendig, weshalb der Gemeindevorstand die Aufnahme dieses Dienstpostens in den Stellenplan 1983 beantragt hat.

Außer allen anfallenden Arbeiten für das Haus des Gastes würde der Hauswart je nach Verfügbarkeit auch Garagendienst für das Löwen Hotel übernehmen, wobei die Stunden dem Löwen Hotel in Anrechnung gebracht werden.

GV Dügler Edgar verweist auf die äußerst angespannte Finanzlage der Gemeinde und die durch die Schaffung eines neuen Dienstposten erwachsenen Personalkosten. Der Vorsitzende gibt zu bedenken, daß bei nicht entsprechender Betreuung des Hauses bedeutend höhere Schäden erwachsen, da die Personalkosten per Summa nur geringfügig ansteigen. Mit der durch den Gemeindevorstand anzustellenden Person wird eine klare Regelung nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes bzgl. der Überstunden, Sonn- und Feiertagsstunden und des Zeitausgleichs getroffen. Über Antrag des Gemeindevorstandes wird der Stellplan 1983 um den Dienstposten " Hauswart im Haus des Gastes " erweitert. Die Beschlußfassung erfolgte einstimmig.

zu 4.)

Der Vorsitzende erläutert die Situation bzgl. der bestehenden und bestandenenen Wege auf dem Grundbesitz des Mangeng Otto in Schruns, Gamprätz. Zwei Wege, die durch die Errichtung des Bargasweges entbehrllich wurden, sind mit Gemeindevertretungsbeschluß gelöscht worden. Ein dritter Weg in diesem Bereich wurde durch den Grundeigentümer Otto Mangeng schon im Jahre 1981 zu Unrecht durch eine Tafel, "Privatweg - Durchgang verboten", für die Öffentlichkeit gesperrt. Der Gemeindevorstand hat daher bereits in seiner Sitzung vom 2.12.81 einer notwendig werdenden Klageführung durch Rechtsanwalt Dr. Ludwig Gassner, Bludenz zugestimmt und ausdrücklich festgestellt, daß die Marktgemeinde Schruns auf das noch bestehende Gehrecht, infolge der gegebenen Notwendigkeit des Weiterbestandes, nicht verzichtet. Im Urteil des Bezirksgerichtes Montafon wurde dem Klagebegehren auf Entfernung der Tafel stattgegeben. Mangeng Otto hat gegen dieses Urteil berufen, sodaß der Streitfall nunmehr beim Landesgericht Feldkirch anhängig ist.

Über Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, daß die durch die Benützer des Weges durch mehr als 40 Jahre getätigten Besitzerwerbshandlungen nachträglich genehmigt werden. Es wird erklärt, daß die Marktgemeinde Schruns willens ist, dieses öffentliche Fußwegerecht aufgrund der Besitzerwerbshandlungen der Benützer des Weges auszuüben. Der diesbezügliche Beschluß des Gemeindevorstandes vom 02.12.1981 wird bestätigt.

zu 5.)

Infolge Ausscheidens (Wohnortwechsel und berufliche Gründe) von Mitgliedern bzw. Ersatzleuten in Unterausschüssen werden über Antrag der Fraktionen nachfolgende Mitglieder und Ersatzleute einstimmig gewählt:

ÖVP

Schulausschuß:

für Blaikner Roswitha (Mitglied) - Hueber Guntram
für Mattle Heinrich (Mitglied) - Ganahl Oskar jun.

Kulturausschuß:

für Blaikner Roswitha (Mitglied) - Dünser Trudi (bisher 1. Ersatz)
für Mattle Heinrich - Haumer Rudolf (2. Ersatz)
Hueber Guntram (4. Ersatz)

Krankenhaus u. Sanitätsausschuß:

für Blaikner Roswitha (Mitglied) - Dünser Trudi
für Mattle Heinrich (Mitglied) - Ganahl Peter

Fürsorge - u. Altersheimausschuß:

für Blaikner Roswitha (Mitglied) - Ganahl Peter
Bawart Kurt (2. Ersatz)

Fremdenverkehrsausschuß :

für Mattle Heinrich (4. Ersatz) - Dipl Vw Tschann Othmar

Personalausschuß:

für Heinrich Mattle (2. Ersatz) - keine Neubestellung

Hauptschulverband:

für Blaikner Roswitha (1. Ersatz) - Dipl.Vw Tschann Othmar

SPÖ

Schulausschuß

für Sahler Elisabeth (Ersatz) - Franz Netzer

Friedhofausschuß

für Peham Klaus (Ersatz) - Josef Filippi

zu 6.)

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß am 21.4.1983 der Revisionsbericht der Kontrollabteilung der Landesregierung hieramts eingelangt ist. Über Antrag des Vorsitzenden wird die Diskussion über diesen Bericht einstimmig vertagt.

zu 7.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a.) über die derzeitige Situation bzgl. der Müllabfuhr im Gemeindebereich von Schruns
- b.) über die Abrechnung Kunsteisbahn 1982
- c.) über den Rechnungsabschluß des Abwasserverbandes Außermontafon
- d.) über den Rechnungsabschluß des Standes Montafon und des Forstfondes Montafon sowie über den Holzeinschlag im Jahre 1982
- e.) über die Möglichkeit des Einsatzes eines Lichtschrankengerätes (Radarkontrollen)
- f.) über die Trennung des ärztlichen Notdienstes für den Sanitätssprengel Außermontafon und den Sanitätssprengel Vandans.

Abschließend dankt der Vorsitzende auch namens der Gemeindevertretung Frau Roswitha Blaikner für Ihre 3-jährige aktive Mitarbeit in der Gemeindevertretung und in verschiedenen Ausschüssen. Er verabschiedet Sie und wünscht Ihr viel Glück und Freude im neuen Heim in Tschagguns. Frau Blaikner bedankt sich für die freundliche Aufnahme in der Gemeindevertretung und wünscht der Gemeindevertretung weiterhin eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle der Gemeinde Schruns.

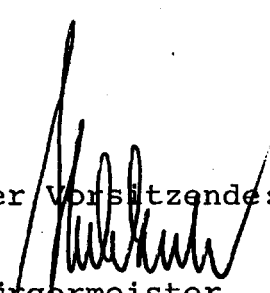
Nach der Vornahme der eingangs der Sitzung beantragten Ergänzung wird gegen die Verhandlungsschrift der vorrausgegangenen 26.öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung kein weiterer Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 23.15 Uhr

Der Schriftführer:


GSekr. Marchetti

Der Vorsitzende:


Bürgermeister

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Hauptverwaltung

Schruns, den 04.07.1983

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 29.06.1983 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 28. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Wekerle Harald als Vorsitzender,
Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber
Guntram, DDr. Bertle Heiner, Kieber Ludwig und Dr. Sander
Hermann, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute
Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Rebholz Gerhard, Dobler
Max, Versell Ignaz, Dipl. Vw Tschann Othmar, Neyer
Johann, Dünser Trudi, Prautsch Kurt und Vonier Eugen
für die ÖVP
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Netzer Werner
für die FPÖ
Ganahl Josef für die SPÖ
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die
Ortspartei.
Referent: Gemeindegassier Fenkart Karl
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl. Ing. Kieber
Herbert, Ganahl Peter und Kessler Emil.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den
Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden
und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Krankenhaus St. Josefsheim - Rechnungsabschluß 1982
- 2.) Vergabe des Müllabfuhrdienstes an die Fa. Branner, Rankweil
- 3.) Neuregelung der Entleerung und Verrechnung von Müllcontainern
ab 01.07.1983
- 4.) Abwasserverband Außer Montafon - Rechnungsabschluß 1982
- 5.) Überprüfungsbericht der Kontrollabteilung des Amtes der
VlbG. Landesregierung über die Gebarung der Marktgemeinde
Schruns
- 6.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt GR DDr. Bertle den Antrag
auf Zuerkennung der Dringlichkeit, zur Aufnahme des Tagesordnungs-
punktes " Stellungnahme der Marktgemeinde Schruns im Stand
Montafon, zu den Seilbahnprojekten in der Gemeinde Gaschurn ".
Er ersucht, es möge hierzu ein Beschluß gefasst werden, daß dieses
Projekt solange nicht befürwortet wird, bis das Problem der B 188
gelöst erscheint.

Der Vorsitzende berichtet über den Sachverhalt und erachtet es nicht als zielführend, einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen. Vizebgm. Brugger begrüßt jedoch den Antrag von GR DDR. Bertle, da bei entsprechender Beschlußfassung eine klare Linie für den Bürgermeister beim Stand Montafon gegeben wäre. GV Vonbank Peter vertritt die Ansicht, daß über diese Angelegenheit wohl debattiert und die Vorgangsweise beraten werden kann, aber keinesfalls ein Beschluß gefasst werden soll. Erst wenn ausreichende Unterlagen vorliegen, könnten die Beratungen im Raumordnungsausschuß aufgenommen und ein entsprechender Antrag an die Gemeindevertretung gestellt werden. Dieser Ansicht schließt sich auch Dr. Sander Hermann an. GV Netzer Werner hält dem entgegen, daß die Ausbaupläne für die Silvretta - Nova -Bahnen grundsätzlich bekannt sind und diese bei Realisierung jedenfalls eine zusätzliche Belastung der B-188 bringen. Der Vorsitzende verweist nochmals auf das zu erwartende Ergänzungsgutachten zur Montafon-Studie und bezeichnet den heutigen Zeitpunkt für eine entscheidende Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung als taktisch verfrüht.

In der abschließenden Abstimmung wird der Antrag von GR DDR. Bertle mit 16 Gegenstimmen abgelehnt. Für den Antrag haben gestimmt: GR DDR. Bertle Heiner, GV Konzett Manfred, GV Dr. Dünzler Edgar, GV Netzer Werner, Vizebgm. Brugger Georg und GV Dünser Trudi.

zu 1.)

Der Rechnungsabschluß 1982 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns ist allen Anwesenden zeitgerecht zugegangen.

Der Vorsitzende gibt Erläuterungen und verweist darauf, daß der Abgang gegenüber dem Voranschlag um ca. 1,8 Mio S geringer gehalten werden konnte. Trotz geringerer Verpflegstageanzahl konnten mehr Einnahmen erzielt und weniger Ausgaben verzeichnet werden. Ohne Debatte wird der Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses der vorliegende Rechnungsabschluß 1982 mit Gesamteinnahmen von S 9.249.845,33 Gesamtausgaben von S11.179.818,86 und einem Gebarungsabgang von S 1.929.973,53 einstimmig genehmigt.

Der Gebarungsabgang wird zu 40 % vom Land Vorarlberg, zu 40 % von den spitalbeschickenden Gemeinden und zu 20 % von der Marktgemeinde Schruns als Rechtsträger des Krankenhauses getragen.

zu 2.)

Der Vorsitzende erläutert die Situation bzgl. des Mullabfuhrdienstes, nachdem die von der Gemeindevertretung beschlossene Auftragsvergabe an die Fa. Sohler nicht in Kraft treten konnte, da diese Firma ihr diesbezügliches Anbot zurückgezogen hat. Der Stand Montafon hat neuerlich Angebote von den Firmen Branner, Sohler und Burtscher eingeholt und als Anbotsgrundlage einzelne Regionen zusammengeschlossen. Der Vorsitzende bringt das Ergebnis dieser Ausschreibung zur Kenntnis und verweist darauf, daß die für Schruns günstigste Lösung die Berechnung der Abfuhr je Tonne Müll incl. Deponiegebühr mit S 880,-- wäre.

Die Firma Branner hat sich bereit erklärt beim Bauhof der Marktgemeinde Schruns einen 40 m³ Container mietfrei aufzustellen und diesen 12 x jährlich gratis abzuführen, darüberhinaus notwendige Abfahren sind kostenpflichtig.

In der Debatte verweist GR DDR. Bertle darauf, daß er die Deponie " Böschis Tobel " besichtigt hat und in Erfahrung bringen konnte, daß auf Grund der derzeitigen Anlieferungsmengen diese Deponie in drei Jahren aufgefüllt sein wird. Er wiederholt daher seine bereits früher gemachte Anregung, daß im Rahmen des Standes Montafon über das Problem der Müllbeseitigung für die Talschaft weiterhin beraten wird.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird daher der Abschluß des entsprechenden Vertrages mit der Fa. Peter Branner KG, Müllabfuhrunternehmen, Rankweil einstimmig genehmigt.

zu 3.)

Im Zuge der Neuregelung der Müllabfuhr wird auch die Neuberechnung der Müllcontainer ab 01.07.1983 notwendig.

Es wird daher einstimmig beschlossen:

- a.) für jeden containerpflichtigen Betrieb wird ein Container zum bisher bestehenden Preis von S 2.530,- für das zweite Halbjahr 1983 26 x entleert.
- b.) jede zusätzliche Entleerung (Montag und Freitag) bzw. jeder weitere Container kostet pro Entleerung S 150,--.

Das Müllabfuhrunternehmen wird über die zusätzliche Entleerung ein Verzeichnis (Strichliste) führen und dieses bildet die Grundlage zur Verrechnung an die gebührenpflichtigen Betriebe.

zu 4.)

Der Vorsitzende verliest den Rechnungsabschluß 1982 des Abwasserverbandes Außermontafon und den hiezu erstellten Prüfungsbericht. Dieser Voranschlag weist bei

Gesamteinnahmen von S 13.506.100,49

Gesamtausgaben von S 12.537.442,94

einen Gebahrungsüberschuß von S 968.657,55 aus.

In der Debatte wird zum Prüfungsbericht Stellung genommen und bemängelt, daß wohl der entstehende Zinsertragsverlust für die Vorfinanzierung des Regenklärbeckens für die Marktgemeinde Schruns, nicht aber der Zinsertragsverlust der Marktgemeinde Schruns für die Vorfinanzierung für die Gemeinden der Innerfratte angeführt ist. Weiters wird festgestellt, daß die VlbG. Illwerke AG, ihren Beitrag in Höhe von 20 Mio. Schilling am 01.04.1980 an das Land Vorarlberg überwiesen hat, dort jedoch erst mit 01.01.1981 ein eigenes Konto mit dem sich nun ergebenden Zinsenertrag eröffnet wurde. Dies bedeutet für den Abwasserverband einen Verlust von ca. 1,2 Mio. Schilling.

Der Vorsitzende berichtet hierzu, daß Statthalter Dr. Mandl diesen Betrag mit dem zusätzlichen Beitrag zur Förderung der Montafoner Bahn an die Montafoner Gemeinden, kompensiert hat.

GR. DDR. Bertle kritisiert, daß er die Unterlagen erst heute vom Abwasserverband erhalten und dies bereits im Vorjahr beanstandet habe.

GV Netzer Werner ersucht um die Ausfolgung des Rechnungsabschlusses worauf der Vorsitzende die Übersendung an alle Fraktionsführer anordnet.

Über Antrag des Vorsitzenden wird der vorliegende Rechnungsabschluß stimmenmehrheitlich (3 Gegenstimmen) zur Kenntnis genommen.

Gegenstimmen: GR DDr. Bertle, GV Konzett Manfred und GV Dr. Dügler Edgar.

zu 5.)

Alle Mitglieder der Gemeinde haben den Überprüfungsbericht der Kontrollabteilung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung und die Stellungnahme des Bürgermeisters hiezu erhalten. Auf die Verlesung kann daher verzichtet werden. Der Vorsitzende gibt einige grundsätzliche Erklärungen zum Bericht, bzgl. Finanzkraft und Bevölkerungsschlüssel und die Benachteiligung der Gemeinde Schruns als Fremdenverkehrsgemeinde ab. GR DDr. Bertle weist darauf hin, daß in diesem Bericht, das bedenkliche Verschuldungsausmaß der Marktgemeinde Schruns klar dargestellt ist. In Bezug auf die Gegenäußerungen des Bürgermeisters stimmt er bei, daß die gesetzliche Frist zur Erstellung des Voranschlages nicht eingehalten werden kann, zumal laut Aussage des Gmde.Kassiers Fenkart Karl, die Richtlinien für die Erstellung des Voranschlages erst im November 1982 von der Landesregierung übersandt wurden. Die Erstellung des Rechnungsabschlusses innerhalb der ersten Jahreshälfte des Folgejahres müßte jedoch möglich sein. Der Hinweis im Bericht, daß die Fremdenverkehrsabgaben kostendeckend erhoben werden sollte, wäre beim kommenden Voranschlag zu beachten. Lobend zu erwähnen sei die im Bericht dargestellte saubere und einwandfreie Führung der Buchhaltung. Vizebgm. Brugger Georg meint zusammenfassend, der Bericht zeige deutlich, daß nun eben mit aller Konsequenz gespart werden müsse.

Dipl.Vw Tschann Othmar bezeichnet die Verschuldung als nicht so prekär, da mit den Darlehensgeldern nicht konsumiert, sondern investiert wurde.

Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden der Überprüfungsbericht, sowie die Stellungnahme des Bürgermeisters einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 6.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a.) über ein Schreiben der Fam. Wiederin und den mündlichen Dank von Frau Grete Albrich für die posthume Ehrung ihrer Angehörigen durch die Benennung eines " Johann Wiederin Weges " und eines " Dozent Albrich Weges " ;
- b.) über eine Vorsprache der Anrainer des Gamprätzerweges, welche hiefür eine andere Bezeichnung vorschlagen möchten;
- c.) über den Sachverhalt "Silvretta-Nova-Bergbahnen" in Gaschurn und gibt nach Verlesung der Schreiben der Gde. Gaschurn und der Silvretta Nova Bergbahnen an den Stand Montafon, einen ausführlichen Bericht hiezu, welcher von Vizebgm. Brugger über die Standessitzung vom 24.05.1983 ergänzt wird;
- d.) über den Stand in der Konkursache Heinrich Pfundtner, Kurhotel Montafon.

- e.) Unter Allfälligem erkundigt sich GV Netzer Werner über den Stand der Verhandlungen bzgl. des Grundankaufes für den Anbau des Polytechnischen Lehrganges bei der Hauptschule Schruns Grüt mit den Familien Dajeng.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 27. Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

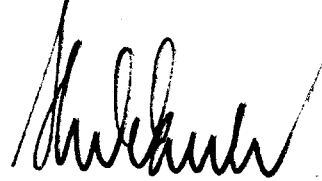
Ende der Sitzung 23.30 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr. Marchetti Herbert

Der Vorsitzende:



~~Der~~ Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 10. August 1983, um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 29. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Vizebürgermeister Georg BRUGGER, die Gemeinderäte Guntram HUEBER, Ludwig KIEBER und Dr. Hermann SANDER, die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Max DOBLER, Peter GANAHL, Ignaz VERSELL, Dipl.Vw. Otmar TSCHANN, Johann NEYER, Gertrude DÜNSER, Ludwig NETZER, Eugen VONIER und Richard KIEBER für die ÖVP; Manfred KONZETT, Dr. Edgar DÜNGLER, Werner NETZER und Siegfried GRASS für die FPÖ; Emil KESSLER und Franz NETZER für die SPÖ und Arnold BITSCHNAU und Eleonore SCHÖNBORN für die Ortspartei
Referent: Gemeindebautechniker Josef HUTTER,
Schriftführer: Meldeamtsleiter Manfred WEIHS:

Entschuldigt abwesend: Peter VONBANK, Rudolf HAUMER, Dr. Hansjörg CZINGLAR, Dipl.Ing. Herbert KIEBER, Gerhard REBHOLZ, DDr. Heiner BERTLE und Josef GANAHL.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte T a g e s o r d n u n g :

- 1) Verbauungsprojekt Stiefentobel;
 - a) Genehmigung des Projektes und des Finanzierungsschlüssels,
 - b) Grundablöse
 - c) Erklärung betreffs der gewährten Förderungsbeiträge
(Antrag des Gemeindevorstandes)
- 2) Grundankauf von Juen Franz, Schruns, Ried, für das Grundwasserpumpwerk (Gp 347/2 und 347/4 mit insgesamt 972 m²)
(Antrag des Gemeindevorstandes)
- 3) Schulneubau für Polytechnischer Lehrgang und Musikschule;
(Anbau an die HS Schruns-Grüt)
 - a) Planbegutachtung
 - b) Antrag an den Hauptschulverband Außermontafon
(Antrag des Schulausschusses)

- 4) Ausweitung des Pflichtschulsprengels für die Hauptschule Schrunns-Dorf
(Antrag des Gemeindevorstandes)
- 5) Nachnominierung in einen Unterausschuß und Delegation in den Kunststeisbahnverein
- 6) Neuwahl der Gemeindegemeinschaft zur Erstellung der Schöffensliste
- 7) Berufung des Jodok Marent gegen die Versagung der Parteistellung im Grundtrennungsverfahren Mirco Martinelli
- 8) Anträge auf Änderung des Flächenwidmungsplanes:
 - a) Heller Edith, Schrunns, Auweg 1036, Gpen 1180/1 und 1180/3 von "FL" in "BW",
 - b) Juen Josef, Schrunns, Fratteweg 876, Teilstück Gp 1690/1 und Gp 1687/2 von "FF" in "BW",
 - c) Versell Katharina, Schrunns, Gamplaschg 297, Gp 2570/2 von "FL" in "BW",
 - d) Filzmaier Virgil und Walter, Schrunns, Silvrettastraße 546, Gp 1756/2 von "FF" in "BM"
 - e) Kaiser Fritz, Schaanwald/FL, Gp 1253 und 1254 von "FL" in "BW"
 - f) Bitschnau Thomas, Bartholomäberg 690, Gp 1193/6 von "FL" in "BW"
 - g) Jammer Jeanine, Schrunns, Eggaweg 288, auf Gp 2464/1 Roter Punkt"
 - h) Stemer Sofie, Schrunns, Eggaweg 308, auf Gp 2516/1 "Roter Punkt"
 - i) Mangeng Annemarie, Schrunns, Plattesweg 289, auf Gp 2415/1 oder 2415/3 "Roter Punkt"
 - j) Netzer Werner u. Miteigentümer, Schrunns, Hermann-Sander-Weg auf Gp 1431 "Roter Punkt"
 - k) Mangeng Richard, Schrunns, Unterdorfstraße 59, Ausweitung des "BW" auf Gp 1184.
- 9) Entscheidung über die Berufung des Otto Mangeng, Schrunns, Barugsweg gegen erfolgte Umwidmung
- 10) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges

Der vor Eingang in die Tagesordnung von GV Werner NETZER gestellte Dringlichkeitsantrag auf Erweiterung des Tagesordnungspunktes 3 lt. Antrag des Schulausschusses vom 20.04.1983, wonach beide Projekte - sowohl Unterbringung des Polytechnischen Lehrganges in der HS Schrunns-Grüt wie auch die Errichtung einer Turnhalle am Armenhausbühel - gleichrangig zur Behandlung anstehen, wird nach kurzer Debatte mit 18 Gegenstimmen abgelehnt.

- zu 1) An Hand von Plänen erklärt der Vorsitzende das Projekt der Verbauung des Stiefentobels. Er weist darauf hin, daß die Wasserrechtsverhandlung noch nicht stattgefunden hat, jedoch bereits beantragt wurde.

Über Antrag des Gemeindevorstandes wird einstimmig - GV Johann Neyer enthält sich wegen Befangenheit der Stimme - beschlossen,

- a) das Projekt der Verbauung des Stiefentobels auf Grund der Niederschrift vom 07.06.1983 über die örtliche Überprüfung - insbesondere die Übernahme des 10 %igen Interessenbeitrages im Sinne des "Schlüssels II" - für eine Bausumme von 16 Mio Schilling und die Übernahme der Instandhaltung im Verhältnis der Beitragsleistung der Interessenten zu genehmigen.
- b) den diesbezüglichen Grundablösevereinbarungen, die vorsehen, daß die Grundeigentümer für die dauernde Grundinanspruchnahme durch die Errichtung des Auffangbeckens Nr. I und II nachfolgende, einmalige Entschädigung erhalten sollen:

Hans Neyer	S 45.000,-
Versell Agatha	S 7.500,-
Larch Josef	S 2,500,-
Larch Roswitha	S 2.500,-

zugestimmt und

- c) die Erklärung abgegeben, daß die Gemeinde die aus Bundesmitteln gewährten Förderungsbeiträge innerhalb eines Jahres zurückzahlt, wenn sie im eigenen oder im übertragenen Wirkungsbereich Maßnahmen setzt, die nicht im Einklang mit dem genehmigten Gefahrenzonenplan stehen.
- zu 2) Über Antrag des Gemeindevorstandes wird für die Errichtung des Grundwasserpumpwerkes "Im Tobel" der Ankauf der Gpn 347/2 und 347/4 im Gesamtausmaß von 972 m² von Franz Juen, Schruns, Auf dem Ried, zum Preis von S 40,-/m² unter den vereinbarten Bedingungen einstimmig beschlossen.
- zu 3) An Hand der vom Schulausschuß überarbeiteten und befürworteten Plänen erklärt der Vorsitzende die für die künftige Unterbringung des Polytechnischen Lehrganges sowie der Musikschule vorgesehene bauliche Erweiterung der Hauptschule Schruns-Grüt. Diese soll in Form eines Anbaues an der NO-Seite auf dem Areal Dajeng erfolgen. Für die Ausführung stehen zwei Varianten zur Diskussion. Laut Kostenermittlung von Prof.mag.arch. Markus Ruhm werden die reinen Baukosten inklusive der festen und beweglichen Einrichtung für die Variante I - unter Einschluß der Räumlichkeiten für die Musikschule - ca. 19 Mio Schilling, ohne MWSt. und Honorare, bzw. für die Variante II - ohne Musikschule - rund 16 Mio Schilling betragen. Die Gesamtkosten, incl. erforderlichen Grunderwerb (3200 m²), Honorar, Mehrwertsteuer, Anschlußgebühren und Unvorhergesehenes werden für die Variante I auf rund 30.5 Mio Schilling und für die Variante II auf rund 26 Mio Schilling zu stehen kommen. Bauherr soll der Hauptschulverband Außermontafon sein, da sich der Pflichtenprengel der Hauptschule mit dem des Polytechnischen Lehrganges deckt. Die Kosten für die Errichtung und den Betrieb sind gemäß den Verbandsanteilen von den Gemeinden aufzubringen.

In diesem Zusammenhang teilt der Vorsitzende mit, daß in der Standessitzung vom 9. August 1983 die Marktgemeinde Schruns erstmals offiziell davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß einige Gemeinden des Tales - wegen des durch den Hauptschulverband geänderten Hauptschulaufwandes - eine Änderung des VIW-Gewerbsteuer-Schlüssels anstreben. Insbesondere soll der 25 %ige Anteil nach dem Ort des Schulbesuches aufgelassen werden. Die angestrebte Neuregelung würde sich hauptsächlich auf die Hauptschulgemeinden Schruns und St. Gallenkirch nachteilig auswirken. Weiters berichtet er, daß Bartholomäberg einen Schulneubau im Gantschier plant und Tschagguns einen Anbau an die bestehende Volksschule prüft.

In der anschließenden Diskussion spricht sich GR Dr. Hermann Sander für die Variante I aus, da dann auch das Museums- und Musikschulproblem ein für allemal gelöst wären. Vizebürgermeister Georg Brugger betont die Wichtigkeit des Verbleibs des Polytechnischen Lehrganges in Schruns - dem Hauptort des Tales - , insbesondere wegen der daraus resultierenden wirtschaftlichen Belebung und empfiehlt, den Mitgliedsgemeinden ein akzeptables Angebot zu unterbreiten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß zur Zeit eine Anti-Schruns-Stimmung herrsche. Man ist jedoch bereit, alles daranzusetzen, den Polytechnischen Lehrgang in Schruns zu halten. Seiner Ansicht nach stelle der projektierte Anbau - sowohl vom schulischen wie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus - die unter den gegebenen Umständen zweckmäßigste Lösung dar. Er weist auf folgende, für diesen Standort sprechende Vorteile hin:

- + Doppelnutzung der Turnhalle und Sportanlagen, Lehrküche, Maschinenschreibzimmer, Audio- und Musikraum, Werkräume, etc. durch den Polytechnischen Lehrgang,
- + Doppelnutzung des Physik- und Werkraumes durch die Hauptschule plus Reserveklassen;
- + Unterbringung der Musikschule, Voraussetzung für die Fertigstellung des Heimatmuseums;
- + Einsparungen bei den Bau- und Betriebskosten durch Erweiterung der bereits vorhandenen Versorgungsanlagen (Strom, Wasser, Kanal, Heizung);
- + Zentrale Lage mit Schulbusbetrieb und Schülerausspeisung

GV Dr. Dügler macht darauf aufmerksam, daß sich während der mehrjährigen Bauzeit wahrscheinlich eine 30 - 35%ige Baukostensteigerung ergeben dürfte. Der Bürgermeister erklärt, daß die Finanzierung des Projektes noch nicht gesichert ist, die Finanzierbarkeit aus Eigenmitteln jedoch bis dahin nicht möglich erscheine. Auch GV Werner Netzer stimmt dem vorliegenden Projekt zu, da er sich die Situierung des Polytechnischen Lehrganges im Gantschier nicht vorstellen kann. GR Ludwig Kieber ist der

Ansicht, daß letztendlich dort gebaut werden wird, wo es am kostengünstigsten ist. GV Emil Kessler stellt fest, daß die Baukosten überall gleich hoch sein werden. Eine Differenz könne es nur beim Grundpreis geben. Jedoch ist bei der Schrunser Lösung auf die Vorteile der schon bestehenden Infrastruktur hinzuweisen. Allgemein wird die Meinung vertreten, daß auf Grund der relativ geringen Kostenersparnis die Realisierung der Variante II nicht sinnvoll wäre. Der Bürgermeister macht den Vorschlag, daß die Marktgemeinde Schruns als Abgeltung des Standortvorteiles einen Betrag von 3,5 Mio Schilling - über den Verbandsanteil hinaus - übernehmen soll.

Schließlich wird der Antrag, dem Schulverband Außermontafon folgendes Angebot bezüglich der endgültigen Unterbringung des Polytechnischen Lehrganges zu unterbreiten, einstimmig beschlossen.

Die Marktgemeinde Schruns vertritt die Auffassung, daß die zweckmäßigste Lösung - vom schulischen wie auch wirtschaftlichen Standpunkt aus - die Errichtung eines nordöstlichen Anbaues an die Hauptschule Schruns-Grüt ist.

Dem Hauptschulverband Außermontafon, dem hinkünftig auch der Polytechnische Lehrgang angeschlossen werden soll, wird die Realisierung der Variante I vorgeschlagen, wobei die Marktgemeinde Schruns bereit ist, über den Verbandsanteil hinaus, einen Betrag von 3,5 Mio Schilling zur Abgeltung des Standortvorteiles zu übernehmen. Dadurch werden nicht nur dem Polytechnischen Lehrgang für alle Zukunft die erforderlichen Klassen und Sonderräume durch die Errichtung oder Doppelnutzung mit der Hauptschule Grüt zur Verfügung gestellt, sondern auch das Musikschul- und Heimatmuseumsproblem gelöst sowie Reserveklassen für den kommenden, differenzierten Unterricht geschaffen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte scheidet die Variante II aus.

- zu 4) Jodok Marent, Schruns, Außerlitzstraße 445 und andere in diesem Bereich ~~wohnhafte~~ Familien haben das Ansuchen gestellt, den Pflichtschulsprengel der Hauptschule Schruns-Dorf in der Weise auszuweiten, daß die derzeit beim Weg zum Haus Dr. Hermann Sander verlaufende Grenze künftig zum Sebastian-Kneipp-Weg verlegt werde und von dort in gerader Linie zur Montjolastrasse verlaufen soll. Über Antrag des Gemeindevorstandes wird einstimmig beschlossen, der beabsichtigten Pflichtschulsprengeländerung zuzustimmen und diese beim Amt der Vorarlberger Landesregierung zu beantragen. Zur Klarstellung wird festgehalten, daß die unmittelbar westlich an den Sebastian-Kneipp-Weg angrenzenden Objekte ebenfalls zum Schulsprengel Hauptschule Schruns-Dorf gehören.
- zu 5) Die Nachnominierung von Ernst Fitsch als Rechnungsprüfer in den Abwasserverband und die Delegation von Johann Rieder in den Kunststeinsbahnverein Montafon werden einstimmig beschlossen.

zu 6) gemäß § 5 Abs. 2 des Geschworenen- und Schöffenlistengesetzes obliegt die Anlegung des Verzeichnisses der Geschworenen und Schöffen der Gemeindekommission, die aus dem Bürgermeister oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und mindestens vier Vertrauenspersonen besteht. Auf jede in der Gemeindevertretung vertretene Partei hat mindestens ein Kommissionsmitglied zu entfallen. Für dieses Amt werden von der ÖVP Ing. Wilfried Metzler, von der FPÖ DDr. Heiner Bertle, von der SPÖ Emil Keßler und von der Ortspartei Arnold Bitschnau namhaft gemacht. Die Wahl der Nominierten erfolgt hierauf einstimmig.

zu 7) Jodok Marent, Leichenbestatter in Schruns, Außerlitzstraße 445 hat durch seinen ausgewiesenen Vertreter, Dr. Fritz Miller, Schruns mit Schreiben vom 3. Juni 1983 Berufung gegen die Versagung der Parteienstellung im Grundtrennungsverfahren Mirco Martinelli, Schruns 747, erhoben.

Der Vorsitzende gibt eingangs eine Sachverhaltsdarstellung wie folgt:

Die von Mirco Martinelli beantragte Genehmigung der Grundteilung einer Teilfläche aus Gp 1632/2 wurde vom Gemeindevorstand am 20.12.1982 versagt, da eine solche Grundtrennung der Verkehrsplanung und einem rechtskräftigen Baubewilligungsbescheid widersprochen hätten. Der Antragsteller wurde mit Bescheid vom 28.12.1982 vom Ausgang des Verfahrens verständigt. Mit Schreiben vom 10.05.1983 hat Dr. Fritz Miller, namens seines Mandanten, einen Antrag auf Zustellung dieses vorzitierten Bescheides zwecks Ingangsetzung der Berufungsfrist eingebracht, da - seiner Ansicht nach - dieser im Grundtrennungsverfahren Parteistellung gehabt hätte. Dieser Ansicht konnte sich die Marktgemeinde Schruns nicht anschließen und teilte dies mit Schreiben vom 19. Mai 1983 - unter Hinweis auf § 35 RPG - dem Vertreter des Jodok Marent mit. Dieser vertritt nun in seiner Berufung den Standpunkt, daß es sich bei diesem Brief des Bürgermeisters um einen individuellen Verwaltungsakt handelt, da darin über eine verfahrensrechtliche Frage in rechtskräftiger Weise seinem Mandanten das Recht abgesprochen wird, die Zustellung des Bescheides des des Gemeindevorstandes vom 28.12.1982 begehren zu können.

Nach kurzer Debatte wird einstimmig beschlossen, der Berufung des Jodok Marent stattzugeben, den Bescheid aufzuheben und die Angelegenheit dem Gemeindevorstand als zuständiger Behörde zur neuerlichen Beratung zurückzuverweisen.

zu 8) a) Über Antrag des Bau- und Raumordnungsausschusses wird einstimmig beschlossen, dem Ansuchen der Edith Heller, Schruns, Auweg 1036, auf Umwidmung der Gpn 1180/1 und 1180/3 von "Freifläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" stattzugeben.

b) Dem Ansuchen des Josef Juen, Schruns, Fratteweg 876, auf Umwidmung einer Teilfläche der Gp 1690/1 und der Gp 1687/2 von

"Freifläche-Freihaltegebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" wird über Antrag des Bau- und Raumordnungsausschusses einstimmig zugestimmt.

- c) Frau Katharina Versell, Schruns, Gamplaschg 297 hat um die Zuerkennung eines "Roten Punktes" auf Gp 2570/2 angesucht. Der Bau- und Raumordnungsausschuß hat sich dafür ausgesprochen, daß der ganze Bereich in "BW" umgewidmet werden soll, da in diesem Gebiet bereits Objekte erstellt wurden, bzw. Bauflächen in Form von "Roten Punkten" ausgewiesen sind. Ein daraufhin durchgeführtes Ermittlungsverfahren, in dem die betroffenen Grundeigentümer gehört wurden, ist positiv verlaufen. Es wird daher einstimmig - Stimmenthaltung Ignaz Versell wegen Befangenheit - beschlossen, der Umwidmung der Gp 2570/2 von "Freifläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" mit der Einschränkung stattgegeben, daß der südöstliche Zipfel (Eigentum Versell/Stemer), zwischen der alten und der neuen Weganlage gelegen, von dieser Maßnahme nicht berührt wird. Darüberhinaus werden im Zuge dieser Beschlußfassung die Gpn 2544, 2545/2, 2566/2, 2568/1, 2568/4 und 2569/1 in eine geschlossene "Baufläche-Wohngebiet" umgewidmet.
- d) Virgil und Walter Filzmaier, Schruns, Silvrettastraße 546, haben um die Umwidmung eines Teilstückes der Gp 1756/2 von "Freifläche-Freihaltegebiet" in "Baufläche-Mischgebiet" angesucht. Im Bau- und Raumplanungsausschuß wurde die Ansicht vertreten, daß eine Umwidmung in der beantragten Form aus raumplanerischen Gründen nicht durchgeführt werden kann und daß auch der Bereich im Anschluß an den Betrieb Kurt Stemer - welcher bereits als "BM" gewidmet ist - bis einschließlich "Tannenhof" in "Baufläche-Mischgebiet" umgewidmet werden soll. In dem daraufhin durchgeführten Ermittlungsverfahren, das ansonsten positiv verlaufen ist, haben die Vorarlberger Illwerke AG mit Schreiben vom 26. Juli 1983 grundsätzlich keinen Einwand dagegen erhoben, jedoch unter Anschluß eines Lageplanes, in dem der Leitungsverlauf mit dem Bauverbotsstreifen im Bereich der zur Umwidmung vorgesehenen Grundstücke dargestellt ist, darauf aufmerksam gemacht, daß hier die 110-kV-Leitung Partenen-Bürs verläuft. Aus diesem Grunde wird einstimmig beschlossen der beantragten Umwidmung zuzustimmen.
- e) Fritz Kaiser, Schaanwald/FL, hat um die Umwidmung der ihm gehörigen Gpn 1253 und 1254, welche er seinerzeit von seiner Mutter - geborene Heller - geerbt hat, von "Freifläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" angesucht. Im Bau- und Raumordnungsausschuß wurde diese beantragte Umwidmung eingehend beraten und festgestellt, daß sie den fundamentalen Zielsetzungen der Schrunser Raumplanung - weitestgehende Erhaltung der Landwirtschaftsfläche im Schrunser Feld, insbesondere vom Wagenweg taleinwärts - zuwiderlaufen würde und stimmenmehrheitlich den Antrag an die Gemeindevertretung gestellt, diesen Umwidmungsantrag abzulehnen. Nach

kurzer Debatte wird einstimmig - Stimmenthaltung Ludwig Kieber wegen Befangenheit - dem Antrag des Raumordnungsausschusses stattgegeben und die Umwidmungsantrag abgelehnt.

- f) Ebenso wird das Ansuchen des Thomas Bitschnau, Bartholomäberg 690, auf Umwidmung der Gp 1193/6 von "Freifläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" über Antrag des Bau- und Raumordnungsausschusses einstimmig abgelehnt.
 - g) Jeanine Jammer, Schruns, Eggaweg 288 hat um die Zuteilung eines "Roten Punktes" angesucht, was infolge Fehlens der dafür notwendigen Voraussetzungen - Großvieheinheiten - nicht möglich ist. Im Anbetracht der Umstände wird über Antrag des Bau- und Raumordnungsausschusses die Umwidmung eines ca. 1000 m² großen Teilstückes der Gp 2464/1 von "Freifläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" für die Errichtung eines Wohnhauses unter der Voraussetzung einstimmig bewilligt, daß - sollte auch späterhin die Bewirtschaftung der Landwirtschaft mit Großvieheinheiten erfolgen - ein "Roter Punkt" nicht mehr vergeben wird.
 - h) Dem Ansuchen der Sofie Stemer, Schruns, Eggaweg 308 auf Zuweisung eines "Roten Punktes" auf der Gp 2516/1 wird über Antrag des Bau- und Raumordnungsausschusses einstimmig zugestimmt.
 - i) Anna Maria Mangeng hat ein Ansuchen auf Zuerteilung eines "Roten Punktes" auf den Gpn 2410 und/oder 2411 gestellt. Da das betreffende Grundstück bewaldet ist, müßte es zuvor nach dem Forstgesetz als Waldparzelle ausgeschieden werden. Nach Durchführung eines Lokalausweises stellt der Bau- und Raumordnungsausschuß den Antrag, die ursprüngliche Lage des "Roten Punktes" abzulehnen und stattdessen einer Situierung südöstlich des Wohnhauses, Plattesweg 289 auf Gpn 2415/1 und 2415/3 zuzustimmen. Diesem Antrag wird von der Gemeindevertretung einstimmig stattgegeben.
 - j) Über Antrag des Bau- und Raumordnungsausschusses wird dem Ansuchen des Werner Netzer und Mitbesitzern, Schruns, auf Anerkennung eines "Roten Punktes" auf Gp 1431 einstimmig - Stimmenthaltung Ludwig Netzer wegen Befangenheit - nicht stattgegeben, da die Voraussetzung nicht gegeben ist und eine weitere Verbauung ebenfalls den Zielsetzungen der Raumplanung widerspricht.
- Wegen Feueralarms verlassen um 23.00 Uhr GR Ludwig Kieber, GV Johann Neyer und EM Eugen Vonier, die auch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Schruns sind, vorzeitig die Sitzung.
- k) Mangeng Richard, Schruns, Unterdorfstraße 59, hat mit Schreiben vom 8.8.1983 einen Antrag auf Umwidmung eines ca. 10 m breiten Grundstreifens, westlich der bereits bestehenden "Baufläche-Wohngebiet" auf Gp 1184, von "Frei-

fläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" eingebracht. Er begründet sein Ansuchen unter anderem damit, daß ansonsten der von ihm geplante Wohnhausneubau zu sehr im Schatten des Hauses "Gschwendtner" zu liegen kommt und er daher das Bauobjekt mehr nach Westen rücken wolle. Da dieser Antrag bis jetzt noch nicht vom Raumplanungsausschuß behandelt wurde, wird einstimmig die Vertagung und Zurückverweisung an diesen Ausschuß zur Beratung beschlossen.

- 9) Zu Beginn der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt weist GR Guntram Hueber den Vorsitzenden darauf hin, daß der als Zuhörer anwesende Wolfgang Büsch ein Tonbandgerät verwendet, was nach § 41 (1) GG. jedoch der Genehmigung der Gemeindevertretung bedarf. Büsch wird daher vom Bürgermeister angewiesen, die Tonbandaufzeichnungen einzustellen.

Der Vorsitzende berichtet, daß Otto Mangeng, Schruns, Burgusweg 1067, Berufung gegen die durch die Gemeindevertretung am 17.03.1982 beschlossene und durch das Amt der VlbG. Landesregierung am 8.9.1982 genehmigte Änderung des Flächenwidmungsplanes eingebracht hat. Dies begründet Mangeng damit, daß er seinerzeit um die Zuweisung eines "Roten Punktes" und nicht um die Umwidmung in "Baufläche-Wohngebiet" angesucht habe. In der gegenständlichen Umwidmung wurden großräumig, bebaute Grundparzellen sowie Restflächen im Bereich des alten Stallgebäudes von "Freifläche-Landwirtschaftsgebiet" in "Baufläche-Wohngebiet" umgewidmet, welche Mangeng jetzt wiederum rückgewidmet haben will. Der Raumordnungsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 1.8.1983 mit diesem Problem befaßt und vertritt die Ansicht, daß die Teilfläche der Gp 1723/1 von "BW" in "FL" rückgewidmet werden kann. Im übrigen soll die genehmigte Umwidmung belassen werden.

Der Inhalt des Gegenstandaktes gelangt teilweise, das Berufungsschreiben vollinhaltlich zur Verlesung. Da die tatsächlichen landwirtschaftlich genutzten Restflächen aus den Planunterlagen nicht einwandfrei ersichtlich sind, ergibt sich hierüber eine längere Diskussion.

Daraufhin stellt Vizebürgermeister Brugger den Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes und Zurückweisung an den Raumplanungsausschuß zwecks Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse durch einen Lokalaugenschein an Ort und Stelle, wobei auch die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses beigezogen werden sollen. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

zu 10) Der Vorsitzende berichtet,

- a) über den Stand des Ortskanalisationsprojektes,
- b) daß im Rahmen des Standes Montafon, zusammen mit anderen Gemeinden geplant ist, ein Verkehrsüberwachungsgerät (Lichtschrankengerät) zum Preis von runs S 600.000,- anzuz-

schaffen. Eine Vorführung dieses Gerätes habe kürzlich stattgefunden. Da im kommenden Herbst ein kleineres Gerät auf den Markt kommen soll, wird jedoch mit der Entscheidung noch zugewartet.

- c) über den Fortgang der Projektierungsarbeiten zur Einrichtung des Vorarlberger Gemeinderechenzentrums - Region Montafon - in Schruns und daß sich auch der Stand Montafon daran beteiligt.
- d) daß sich im Juli 1983 bei den Nächtigungszahlen ein Rückgang von 9,5 % gegenüber dem Vorjahr ergeben hat.

Unter "Allfälligem" regt GV Manfred Konzett eine neuerliche Aussprache bei der Agrarbezirksbehörde in der Angelegenheit "Lifinarweg" an.

GV Peter Ganahl fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, im Sternensaal den Filzbodenbelag zu entfernen und den darunter liegenden Parkettboden wieder zu reaktivieren.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 28. Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

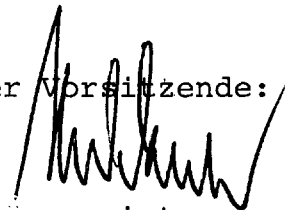
Ende der Sitzung: 24.00 Uhr

Der Schriftführer:



Meldeamtsleiter

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch den 28.09.1983 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns, stattgefundene 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung.

Anwesend: Bgm. Wekerle Harald als Vorsitzender,
Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram,
DDr. Bertle Heiner, Kieber Ludwig und Dr. Sander
Hermann,
die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter,
Haumer Rudolf, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter,
Versell Ignaz, Dipl.Vw Tschann Othmar, Neyer Johann,
Dünser Gertrude und Prautsch Kurt für die ÖVP
Netzer Werner, Wachter Herbert und Feurstein Hubert
für die FPÖ
Keßler Emil und Netzer Franz für die SPÖ
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die Orts-
partei

Referent: Gemeindegassier Karl Fenkart
Schriftführer: GSEkr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing. Kieber
Herbert, Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Ganahl Josef.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte
gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und
stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung legt Hubert Feurstein das Gelöbnis
gem. § 32 Gemeindegesetz ab.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit
zur Erweiterung der Tagesordnung mit Punkt 6, Vergabe der Heizöl-
lieferung und Punkt 7, Ortsfeuerwehr Schruns, Umbau des Schulungs-
raumes.

Diesem Antrag wird stattgegeben.

DDr. Bertle stellt zur Verhandlungsschrift über die vergangene
29. Sitzung der Gemeindevertretung fest, daß der unter Punkt 3 b
beschlossene Antrag an den Hauptschulverband Außermontafon nur
teilweise dem Antrag des Schulausschusses entspreche, da dieser die
Vorlage beider Projekte (Polytechnikum und Turnhalle Schruns Dorf)
beinhaltet habe. Es wäre daher die Beifügung "Antrag des Schulaus-
schusses" zu streichen.

Diesem Antrag auf Berichtigung der Verhandlungsschrift wird statt-
gegeben.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Rechnungsabschluß 1982 der Marktgemeinde Schruns
- 2.) Installierung des Gemeinderechenzentrums für die Region
Montafon in Schruns
 - a.) Raumbeistellung im Gemeindeamt Schruns
 - b.) Auftragserteilung an das VlbG. Gemeinderechenzentrum

- 3.) Nachtragsvoranschlag 1983 - Kreditübertragung gem. § 72, Abs. 1 Gemeindegesetz
 - a.) Gemeinderechenzentrum Akontozahlung
 - b.) Ankauf Gärtnerfahrzeug Suzuki
- 4.) Neufestlegung des Einzugsbereiches lt. Kanalisationsgesetz, Verordnung gem. § 3 Abs. 1 Kanalgesetz, LGBI. Nr. 33/1976.
- 5.) Ansuchen des Lothar Dona auf Erteilung einer Ausnahmege-
nehmigung lt. Baunutzungsverordnung zur Errichtung eines
Restaurationsbetriebes in Schruns
- 6.) Vergabe der Öllieferung für die Heizzentrale HS Schruns Dorf
und Gemeindekrankenhaus
- 7.) Ortsfeuerwehr Schruns - Umbau des Schulungsraumes
- 8.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges

zu 1.)

Der Rechnungsabschluß 1982 der Marktgemeinde Schruns ist Mitte Juli allen Mitgliedern der Gemeindevertretung zugestellt worden. Der Vorsitzende erläutert den Rechnungsabschluß grundsätzlich und verweist hierbei insbesondere auf die Reduktion des Gebarungsausganges gegenüber dem Voranschlag 1982 um ca. 4 Mio. Schilling. Dies begründet er zur Hauptsache mit einer vorsichtigen Einnahmenschätzung und damit, daß sich teilweise getätigte Investitionen mangels vorliegender Schlußabrechnungen im Rechnungsabschluß nicht ausgewirkt haben. Aber auch die erhöhte Sparsamkeit habe entsprechende Wirkung gezeigt.

Lobend erwähnt der Vorsitzende die detaillierte Ausarbeitung des Rechnungsabschlusses, da somit verschiedene Erläuterungen entfallen können. In ausführlicher Debatte werden gestellte Fragen vom Vorsitzenden bzw. Gemeindegassier beantwortet.

Grundsätzlich wird von Sprechern aller Fraktionen betont, daß verschiedene Budgetüberschreitungen Anlaß geben, verstärkt auf die unbedingte Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit in allen Bereichen, hinzuweisen. Besonderes Augenmerk ist auf den gezielten Einsatz der Werbemittel zu legen. Fremdenverkehrsausgaben sollten durch zweckgebundene Einnahmen gedeckt werden.

Der Vorsitzende verweist auf die Problematik bei den Ausgaben für den Fremdenverkehr, da gerade bei Stagnation bzw. rückläufiger Tendenz in den Nächtigunzzahlen, verstärkte Anstrengungen auf dem Werbesektor notwendig erscheinen.

GR. DDr. Bertle ist der Meinung, daß im Einzelfall die Gemeindevertretung über den Einsatz größerer finanzieller Mittel für die Werbung entscheiden sollte.

Der Bericht des Prüfungsausschusses über den Rechnungsabschluß 1982 ist mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung zugegangen.

Der Vorsitzende verliest die einzelnen Punkte, nimmt hiezu Stellung und berichtet über bereits getroffene Anordnungen.

Der Obmann des Prüfungsausschusses GV Dipl. Vw Tschann Othmar nimmt nochmals grundsätzlich Stellung zum Rechnungsabschluß und zum Prüfungsbericht. Er appelliert an die Ausschüsse, den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung, daß sie durch eine überlegte Beschlussfassung, mit zur Sparsamkeit beitragen.

Der Vorsitzende dankt dem Obmann und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses sowie der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Abschließend wird der Rechnungsabschluß 1982 in der vorliegenden Form wie folgt einstimmig genehmigt:

Gesamteinnahmen: S 78, 817.102, 66

Gesamtausgaben: S 81, 362.181, 04

Gebärungsabgang: S 2, 545.078, 38

zu 2.)

Mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung wurden den Mitgliedern der Gemeindevertretung entsprechende Unterlagen des VlbG. Gemeinderechenzentrums zugestellt. Der Vorsitzende gibt Erläuterungen zur Technik und zum Kostenaufwand. Spezielle Anfragen über die Organisation und die Vorteile gegenüber einer Regionallösung, werden vom Vorsitzenden beantwortet.

Die Pilotstelle für die Region Montafon wird im Gemeindeamt Schruns (ehemaliges Schreibzimmer) eingerichtet, wofür Kosten von ca. S 100.000,-- auflaufen. Die Kosten der erforderlichen Hardware für das Gemeindeamt Schruns incl. Anteil an der Pilotanlage und MWSt. beziffert der Vorsitzende mit ca. S 623.000,--, während die Software (jährliche Betriebskosten) ca. S 150.000,-- erfordern wird.

Über Antrag des Gemeindevorstandes wird einstimmig beschlossen:

- a.) Die erforderlichen Umbauarbeiten für die Einrichtung der Pilotstelle für die Region Montafon werden genehmigt.
- b.) Die Marktgemeinde Schruns, Mitglied des Vorarlberger Gemeinderechenzentrums, erteilt dem Gemeinderechenzentrum den Auftrag, im Namen und auf Rechnung der Gemeinde die erforderlichen Geräte lt. vorgelegter Kostenermittlung anzuschaffen und die erforderlichen Installationen und Einschulungen durchzuführen. Auf die Hardware wird eine Anzahlung von S 125.000,-- geleistet.

zu 3.)

Ein Nachtragsvoranschlag 1983 und Kreditübertragung werden gem. § 72, Abs. 1 Gemeindegesetz stimmenmehrheitlich genehmigt wie folgt:

aus Konto 7100/777

Beiträge zum land-und forstw. Wegebau S 200.000,--

auf Konto 0160/020

Anschaffung von Datenverarbeitungsanlagen S 125.000,-

auf Konto 6180/040

Gärtnerei, Anschaffung von Fahrzeugen S 75.000,--

In der Debatte kritisieren Vizebgm. Brugger Georg und GR. DDr. Bertle Heiner den seinerzeitigen stimmenmehrheitlichen Beschluß des Gemeindevorstandes für den Ankauf des Gärtnereifahrzeuges.

Vizebgm. Brugger spricht sich auch dagegen aus, daß die Kreditübertragung aus dem Konto 7100/777 (Beiträge zum land-und forstw. Wegebau) erfolgt.

Über Antrag des Vorsitzenden werden der Nachtragsvoranschlag 1983 und die Kreditübertragungen in der vorliegenden Form stimmenmehrheitlich genehmigt.

Gegenstimmen: Vizebgm. Brugger Georg, GR.DDr. Bertle Heiner, GV. Dipl.Vw Tschann und GV Netzer Werner.

Die Ablehnung von GR. DDr. Bertle und GV Netzer Werner bezieht sich nur auf den Ankauf des Gärtnereifahrzeuges.

zu 4.)

Der Vorsitzende erläutert an Hand eines Planes die Notwendigkeit der Erweiterung des Einzugsbereiches gem. dem Kanalisationsgesetz. Es betrifft dies zur Hauptsache die Region Innerdorf - Gamprätz, weiters Tobel - Montjola und Gantschier.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig nachstehende Verordnung über den Einzugsbereich der Sammelkanäle der Abwasserbeseitigungsanlage der Marktgemeinde Schruns:

- I. Der Einzugsbereich der Sammelkanäle für das Gemeindegebiet Schruns wird gem. § 3, Abs. 1 u. 2 des Kanalisationsgesetzes, LGBl. Nr. 33/1976 entsprechend der zeichnerischen Darstellung im angeschlossenen Plan, welcher Bestandteil dieser Verordnung ist, festgelegt.
- II. Jedermann hat das Recht im Gemeindeamt während der Amtsstunden in die Verordnung und in den Plan Einsicht zu nehmen.
- III. Diese Verordnung tritt am 1.11.1983 in Kraft.

zu 5.)

An Hand vorliegender Pläne erläutert der Vorsitzende das Bauvorhaben der Eheleute Lothar und Ingrid Dona zur Errichtung eines Gastgewerbebetriebes auf Gp 1747/3 in Schruns Gamprätz.

Die Antragsteller haben um eine Ausnahmegenehmigung zur Überschreitung der festgelegten Baunutzungszahl angesucht.

Wie der Vorsitzende hiezu berichtet, hat die BH Bludenz auf Grund des baukommissionellen Verhandlungsergebnisses die Vorlage überarbeiteter Pläne verlangt.

Der Vorsitzende vertritt die Ansicht, daß das Ergebnis dieser Umplanung abgewartet werden soll und stellt den Antrag auf Vertagung. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

zu 6.)

Für die Lieferung von 130.000 Liter Heizöl " leicht " Schwechat 2000 für die Heizanlage Hauptschule Schruns Dorf und Gemeindekrankenhaus sind nachfolgende Angebote eingegangen:

Fa.	Preis/l. netto Tank	MWSt.	Zahlungskonditionen
ÖHAG, Bludenz	5.06	13 %	Netto Kassa 30 Tage Ziel
OBERLAND Bludenz	5.05	13 %	Netto Kassa 30 Tage Ziel
SIESS, Bludenz	5.06	13 %	Netto Kassa 30 Tage Ziel

Der Lieferauftrag wird einstimmig an den Bestbieter, die Fa. OBERLAND Bludenz vergeben. Mit der Lieferfirma soll verhandelt werden, daß im Dezember 1983 eine Nachfüllung zum selben Preis zugesagt wird.

zu 7.)

Die Ortsfeuerwehr Schruns beabsichtigt, einen Umbau des Schulungsraumes (Zusammenlegung mit dem bisherigen Geschäftszimmer) vorzunehmen.

Laut dem vorliegenden Antrag würde der Wanddurchbruch in Eigenregie durchgeführt. Die Gemeinde wird ersucht, die Kosten für den erforderlichen Eisenträger zum Preis von S 4.000,-- zu übernehmen, ^{sowie} für die weiteren Ausbauarbeiten (Holzverkleidungen) 15 fm Fichtenholz am Stock kostenlos beizustellen.

GV Hans Neyer berichtet noch ergänzend über die beabsichtigten Arbeiten und erklärt, daß die statische Berechnung für diesen Mauerabtrag von Baumeister Otto Huter gemacht wurde. Die Gemeindevertretung genehmigt grundsätzlich diese Umbauarbeiten, wobei ausdrücklich festgestellt wird, daß diese Genehmigung keine Präjudizierung für die Weiterführung der Arbeiten darstellt. Eine weitere Kostenübernahme ist nur im Rahmen des Budgets 1984 möglich und im Einzelfall an die Genehmigung des Gemeindevorstandes gebunden. Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

zu 8.)

Der Vorsitzende berichtet

- a.) über die Sitzung des Aufsichtsrates der Montafoner Hochjochbahnen Ges. m. b. H. und die dort gefaßten Beschlüsse zur finanziellen Stabilisierung des Betriebes und
- b.) über die derzeitige Situation " Kurhotel Montafon ".

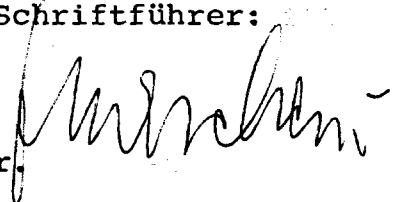
Unter " Allfälligem " stellt GR. DDR. Bertle eine Anfrage bzgl. der Erstellung einer Zwischenbilanz für den Gemeindehaushalt und Vizebgm. Brugger Georg bzgl. der Einstellung eines Getränkesteuerprüfers und eines Forstingenieurs beim Stand Montafon.

Nach der eingangs der Sitzung beschlossenen Berichtigung der Verhandlungsschrift über die vorangegangene 29. Sitzung der Gemeindevertretung wird kein weiterer Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 23.30 Uhr

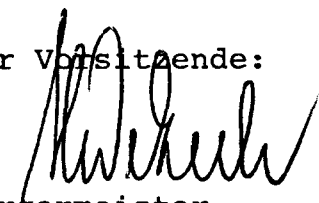
Der Schriftführer:

GSekr.



Der Vorsitzende:

Bürgermeister



V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch den 21.12.1983 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 31. Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG

Anwesend: Bgm. Harald Wekerle als Vorsitzender,
Vizebgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram,
DDr. Bertle Heiner, Kieber Ludwig und Dr. Sander Hermann,
die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute:
Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing.
Kieber Herbert, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter,
Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Hans, Dünser Trudi und Netzer
Ludwig für die ÖVP
Konzett Manfred, Netzer Werner und Graß Siegfried für die
FPÖ
Keßler Emil und Ganahl Josef für die SPÖ
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die Ortspartei
Sachbearbeiter: Gde.- Kassier Fenkart Karl
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert
Entschuldigt abwesend: Dr. Düngler Edgar und Versell Ignaz

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim - Voranschlag 1984
- 2.) Flächenwidmungsplan - Überprüfung gem. § 22 Raumplanungsgesetz
- 3.) Grundtausch mit Luise Zuderell und Karl Ludwig Ortner
- 4.) Zusätzlicher Grunderwerb von Berthold Franz und Reinhilde, für das Grundwasserpumpwerk im Tobel
- 5.) Verkauf der Gp. 1086/5 KG. Schruns
- 6.) Bestandvertrag mit der VlbG. Illwerke AG., bezgl. Zubau Feuerwehrgerätehaus Gantschier
- 7.) Bestellung von Kieber Ludwig jun., Schruns, Veltlinerweg 169 zum Ortsschätzer
- 8.) Festlegung einer Entschädigung für den Betrieb der Langlaufloipe
- 9.) Abschreibung von Vermögensverlusten des Vorarlberger Landeswohnbaufonds für 1981 und 1982
- 10.) Förderungsbeitrag an die Fremdenverkehrsbetriebs- und Management Ges.m.b.H. für die Kuranstalt
- 11.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges.

zu 1.)

Der Vorsitzende erläutert den Voranschlag 1984 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim und weist darauf hin, daß der beachtliche Abgang aus der Fortsetzung der Renovierungsarbeiten resultiert. Weiters mußten die Einnahmen geringer angesetzt werden, da durch die Umbauarbeiten im Altbau mit einem Rückgang der Verpflegstage gerechnet werden muß.

Da dieser Voranschlag bereits vom Gemeindevorstand, dem Finanzausschuß sowie dem Krankenhausausschuß beraten wurde, werden keine weiteren Anfragen hiezu gestellt.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Voranschlag 1984 in der vorliegenden Form mit

Gesamteinnahmen von S 8.785.000,00
Gesamtausgaben von S 13.710.000,00 und
einem Gebarungsabgang von S 4.925.000,00 sowie

der Dienstpostenplan 1984 für das Gemeindekrankenhaus einstimmig genehmigt.

Die Abdeckung erfolgt durch 40 % Beitrag des Landes, 40 % Beitrag der spitalbeschickenden Gemeinden und 20 % Selbstbehalt als Rechtsträger des Krankenhauses.

zu 2.)

Gemäß § 22 des Raumplanungsgesetzes hat die Gemeindevertretung spätestens alle 5 Jahre nach Erlassung oder Änderung des Flächenwidmungsplanes zu prüfen ob die Voraussetzungen für eine Änderung des Flächenwidmungsplanes gem. § 22 Abs. 1.) gegeben sind.

Er ist zu ändern, bei Änderung der maßgebenden Rechtslage oder bei wesentlicher Änderung der für die Raumplanung bedeutsamen Verhältnisse.

Der Vorsitzende verweist auf die Beratungen im Raumplanungsausschuß und stellt fest, daß seit Erlassung des Flächenwidmungsplanes vor 5 Jahren auf Grund der flexiblen Handhabung die Gemeindevertretung bisher 8 Änderungen des Flächenwidmungsplanes rechtskräftig beschlossen hat. Der Raumplanungsausschuß hat daher den Antrag an die Gemeindevertretung gestellt, sie möge feststellen, daß eine generelle Neuauflage des Flächenwidmungsplanes nicht erforderlich ist.

In der Debatte bringt GR. DDR. Bertle vor, daß er zwar über die Lösung nicht glücklich ist, da bei einer generellen Neuauflage alle Grundeigentümer auf die Möglichkeit der Antragsstellung für eine Umwidmung aufmerksam gemacht würden. Er ist sich aber auch über die negativen Auswirkungen der generellen Planaufträge (großer Verwaltungsaufwand mit hohen Kosten, Vielzahl von Anträgen die den Raumplanungszielen widersprechen und keine Aussicht auf Genehmigung haben) im Klaren. Er macht daher den Vorschlag, daß in der nächsten "Mitteilung des Bürgermeisters" bekanntgemacht wird, was im Verlauf des Jahres an Umwidmungen behandelt wurde, mit Anführung der Anzahl der positiven und negativen Entscheidungen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß jedermann im Gemeindeamt Auskunft über die Sach- und Rechtslage im Umwidmungsverfahren erhält und jedem Grundeigentümer das Recht zusteht, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Allerdings werden die Parteien bei vollkommen aussichtsloser Rechtslage darauf aufmerksam gemacht, daß ein allfälliger Umwidmungsantrag keinerlei Aussicht auf Erfolg hat.

GV. Peter Vonbank, als Obmann des Raumplanungsausschusses verweist auf die Zweckmäßigkeit des vorgeschlagenen Verfahrens, welches auch vom Legisten des Raumplanungsgesetzes Hofrat Dr. Helmut Feuerstein, empfohlen wurde.

GV. Netzer Werner ersucht um Beteiligung jeder Fraktion mit einer Ausfertigung des Flächenwidmungsplanes nach dem neuesten Stand.

Dies wird vom Vorsitzenden zugesagt.

Über Antrag des Raumplanungsausschusses wird festgestellt, daß die Voraussetzungen für eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Marktgemeinde Schruns nicht gegeben sind, da

- a) keine Änderungen der maßgebenden Rechtslage und
- b) keine wesentliche Änderung der für die Raumplanung bedeutsamen Verhältnisse eingetreten ist.

Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 3.)

An Hand von Plänen erläutert der Vorsitzende die Sach- und Rechtslage beim vorgesehenen Tauschgeschäft:

Die Gemeinde Schruns erhält ins Eigentum:

Bp 831	Tobelmühle	904	m ²
Gp 144	Parkplatz	615	m ²
Gp 145	Wald und Parkplatz	3286	m ²
Gp 146	Wald und Lagerfläche	417	m ²
Bp 64	Schopf	81	m ²

zusammen 5303 m²

+ Bp 1314 als Rechtsnachfolger nach Löschung des Wasserrechtes durch VIW 14 m²

incl. Gebäude wie es liegt und steht mit den Belastungen OZL 13-15 VIW.

Fam. Zuderell - Ortner erhält im Tauschwege:

Gp 2925/4	Wiese/Wald	Motta	737	m ²
Gp 2925/3	- " -	"	4123	m ²
Gp 2926	- " -	"	3266	m ²
Gp 2927	- " -	"	234	m ²

sowie Teilflächen aus den Gpn

2925/6, 2932, 2928, 2925/2 und 2924 mit insgesamt 11640 m²

Abtausch Motta zusammen 20000 m²

+Gp 3158	Weg im Tobel	167	m ²
Gp 531/1	Wald im Gaues	1647	m ²
Gp 513/2	- " -	64	m ²
Gp 515/1	- " -	4505	m ²
Gp 515/2	- " -	1150	m ²

Gesamttauschfläche 27533 m²

Weitere Vertragspunkte:

- 1.) Die Kosten der Vermessung für die 2 ha Wald (Motta) tragen beide Parteien zur Hälfte.
Die Vertragskosten gehen zu Lasten der Gemeinde.
- 2.) Bei der Gp. 515/1 (Gaues) fehlt ein Grenzstein. Dieser ist zu Lasten der Gemeinde noch zu setzen.
- 3.) Die Fam. Zuderell- Ortner erhält für die land-und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung dieser einzutauschenden Waldfläche von 2 ha von der Gemeinde über die Hofzufahrt Mottabrücke - Anwesen HNr. 342, das landwirtschaftliche Bringungsrecht eingeräumt. Dieses Bringungsrecht ist auf dem kürzesten Wege auszuüben; allfällige Schäden sind umgehend zu beheben. Für einen bestimmten Bauzustand für die " Motta-Brücke" übernimmt die Gemeinde keinerlei Garantie

bzw. können die Bringungsberchtigten keinerlei Forderungen erheben. Für die bisherige Liegenschaft Zuderell gilt dieses Bringungsrecht nicht.

- 4.) Eine allfällige Grunderwerbsteuer hat jede Partei selbst zu tragen.
- 5.) In diesem Tauschvertrag wird auch die seinerzeitige Vereinbarung bzgl. der Verlegung des Tobelweges - Verlängerung der Gp. 3156 zur Gp. 831 festgehalten.
- 6.) Tauschvertrag soll mit 1.1.1984 wirksam werden. Mit gleichem Datum endet der Mietvertrag bzgl. Bauhofareal.
- 7.) Die Benützung der Bp. 64 als Holzlagerschopf bleibt auf die derzeitige Wohnungsmieterin Stefanie Marchetti beschränkt und kann nicht auf einen Mietnachfolger übertragen werden.
- 8.) Die Marktgemeinde Schruns räumt den jeweiligen Eigentümern des Hauses Nr. 82 das Recht ein, für Reparatur und Renovierungsarbeiten an Dach und Außenmauern, die Bp. 831 und 64 im unbedingt notwendigen Ausmaße zu benützen, wodurch jedoch die Zufahrt zum Bauhofareal nicht verhindert werden darf.

In der Debatte macht Vizebgm. Brugger darauf aufmerksam, daß für die Motta-Brücke eine Gewichtsbeschränkung und maximale Breite festzulegen ist.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses dem Tauschvertrag in der vorliegenden Fassung einstimmig die Zustimmung erteilt.

zu 4.)

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 16.03.1983 den Ankauf einer Teilfläche von ca. 400 m² aus der Gp. 352/2 KG. Schruns von den Geschwistern Franz und Reinhilde Berthold, zum Preis von S 40,-/m² für die Errichtung des Grundwasserpumpwerkes im Tobel beschlossen. In diesem Beschluß ist festgehalten, daß eine Akontozahlung von S 15.000,00 sofort geleistet und die endgültige Vermessung und Abrechnung nach Festlegung des engeren Schutzbereiches für die Grundwasserpumpe erfolgt. Anlässlich einer Begehung des Geländes mit dem Vertreter des Landeswasserbauamtes zur Feststellung der Grenzen des " öffentlichen Wassergutes " hat sich gezeigt, daß die Ausparzellierung einer Teilfläche aus Gp. 352/2, umfangreiche Vermessungsarbeiten erfordern würde. In Anbetracht der hohen Vermessungskosten von ca. 12 - 15.000,00 Schilling hat der Vorsitzende mit den Grundeigentümern Verhandlungen zum Erwerb der gesamten Grundparzelle im Katasterausmaß von 1003 m² (nach Abzug des öffentl. Wassergutes rd. 800 m² tatsächlich) geführt.

Die Geschwister Berthold sind bereit, die gesamte Grundparzelle 352/2 KG. Schruns zum Pauschalpreis von S 30.000,00 an die Gemeinde zu verkaufen, sodaß eine Nachzahlung von S 15.000,00 zu leisten ist. Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Ankauf der Gp. 352/2 KG. Schruns zum Pauschalpreis von S 30.000,00 einstimmig beschlossen.

zu 5.)

Der Vorsitzende berichtet, daß die Gp. 1086/5 mit 76 m² der Anrainerin Sofie Schaffenrath zum Kauf angeboten wurde. Diese hat nach Setzung einer einjährigen Frist ausdrücklich erklärt, daß sie jetzt und zukünftig kein Interesse am Ankauf dieser Grundparzelle hat. Um den Erwerb dieser Grundfläche haben sich Ottokar Schöfer, Schruns, Dekan-Walter Straße 674 und die Eheleute Werner und Margot Netzer, Schruns Hofrat Durig Weg 1128 als Grundstücksanrainer beworben.

Da Ottokar Schöfer bereits die direkt an sein Grundstück angrenzende Fläche im Kaufwege erhalten hat, wird einstimmig der Verkauf der Gp. 1086/5 mit 76 m² an die Eheleute Ing. Werner und Margot Netzer, Schruns 1128 beschlossen. Der Kaufpreis beträgt S 800,-- zuzüglich der Indexsteigerung (VVPI 1976 = 100) ab dem Jahre 1980. GV. Netzer Werner hat zu diesem Punkt der Tagesordnung wegen Befangenheit den Sitzungssaal verlassen.

zu 6.)

Der Vorsitzende berichtet, daß für den geplanten Anbau beim Feuerwehrgerätehaus Gantschier, die erforderliche Grundfläche von der VIW.- AG. in Anspruch genommen werden muß. Da die VIW. einen diesbezüglichen Verkauf ausschließen, haben sie einen Bestandvertrag für das Baurecht vorgelegt, welcher vom Vorsitzenden vollinhaltlich verlesen wird. Dieser Vertrag beinhaltet im Wesentlichen, daß die VIW. der Marktgemeinde Schruns aus der Gp. 534/1 KG. Schruns eine Grundfläche im Ausmaße von ca. 135 m² zum Zwecke der Errichtung und Haltung eines Zubaus für das Feuerwehrgerätehaus Gantschier in Bestand geben. Das Bestandverhältnis beginnt mit dem Rechtswirksamwerden des für den geplanten Zubau zu erlassenden Baubescheides und kann von der Marktgemeinde jederzeit unter Einhaltung einer einjährigen Frist gekündigt werden. Die VIW. hingegen werden das Bestandverhältnis nicht kündigen, solange der Zubau für Zwecke der Feuerwehr verwendet wird. Als Bestandszins wird im Hinblick auf das örtliche und kommunale Interesse am Bestand der Ortsfeuerwehr Gantschier ein Anerkennungsbetrag von jährlich S 5.-- inkl. MWst. vereinbart. Die Kosten für die Errichtung des Vertrages und die zu entrichtenden Gebühren, sowie die Grundsteuer tragen die VIW. Falls die Marktgemeinde Schruns bis 31.12.1988 das gegenständliche Bauwerk nicht realisiert hat, ist der Bestandsvertrag ab diesem Zeitpunkt hinfällig und somit automatisch aufgehoben.

In der Debatte gibt VizebGM. Brugger einen Bericht über die völlig unzulänglichen räumlichen Verhältnisse für die Feuerwehr Gantschier und den desolaten Zustand des Gebäudes. Er dankt den VIW für die rasche und prompte Erledigung. GV. Keßler Emil unterstützt ebenfalls die Notwendigkeit der geplanten Baumaßnahmen. Der Vorsitzende verweist darauf, daß die Realisierung und Finanzierung des Bauvorhabens mit der Gemeinde Bartholomäberg abgeklärt werden muß. Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes dem vorliegenden Bestandvertrag einstimmig die Zustimmung erteilt.

zu 7.)

GR. Kieber Ludwig und GV. Dipl.Ing. Kieber Herbert verlassen wegen Befangenheit zu diesem Punkt der TO. den Sitzungsraum. Der Vorsitzende berichtet, daß Schruns derzeit nur einen Ortsschätzer in der Person des Josef Mangeng, Schruns, Fratteweg 206 hat. Dieser ist infolge seines Gesundheitszustandes nicht immer in der Lage, Schätzungen zum erforderlichen Zeitpunkt durchzuführen. Weiters ist im Zuge von Verlassabhandlungen vorgeschrieben, daß Grundstücke von zwei beeideten Ortsschätzern begutachtet werden müssen. Es wird daher Kieber Ludwig jun., geb. am 27.05.1961, Schruns, Veltlinerweg 169, welcher die Landwirtschaftliche Fachschule Hohenems und einen Kurs für Ortsschätzer erfolgreich abgeschlossen hat, zur Bestellung als weiterer Ortsschätzer vorgeschlagen. Da bei der vorgeschlagenen Person das notwendige Vertrauen, die Sachkenntnis und die Objektivität gegeben erscheint, wird dem Vorschlag des Vorsitzenden einstimmig zugestimmt.

zu 8.)

Der Vorsitzende berichtet über die bisherige Handhabung bei der Errichtung und dem Betrieb der Schiwanderloipe und über den Verlauf der durchgeführten Verhandlungen mit den Grundeigentümern. Der Landwirtschaftsausschuß hat sich bereits im vergangenen Jahr mit der Auszahlung einer Entschädigung an die Grundeigentümer befaßt und als Richtlinie die Empfehlungen und Richtwerte der Pflanzenbauabteilung bei der Landwirtschaftskammer Tirol, herangezogen. Nach Aussage des Vorsitzenden konnte für den Winter 1983/84 mit allen betroffenen Grundeigentümern die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb der Schiwanderloipe unter vereinzeltten Bedingungen (Entschädigung, Modus der Auszahlung) erreicht werden. Eine einzige Ausnahme bildet der Grundeigentümer Vergut Rudolf. Sollte trotz weiterer Bemühungen die Loipenführung (Querung einer Wegparzelle) nicht genehmigt werden, müßten die Bestimmungen des VlbG. Sportgesetzes angewendet werden. Der Landwirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung vom 11.12.1983 einen Antrag an die Gemeindevertretung beschlossen, wonach die Markt-gemeinde Schruns als Betreiber der Langlaufloipe mit den betroffenen Grundeigentümern Verträge auf unbestimmte Zeit abschließen soll.

Als Entschädigung wäre eine Vergütung von S 1.-/lfm. Doppelloipe an den Grundeigentümer und S 2.- an den Bewirtschafter vorgesehen.

Dr. Hansjörg Czinglar legt einen schriftlichen Abänderungsantrag zum Antrag des Landwirtschaftsausschusses vor. Darin wäre vorgesehen, daß die Markt-gemeinde Schruns gemäß § 4 des Sportgesetzes, beim Bürger-meister als zuständige Behörde den Antrag stellt, ihr durch Bescheid das Recht einzuräumen, daß auf allen Grundstücken im Gemeindegebiet die gemäß den Bestimmungen des Straßengesetzes zum Schifahren mit Langlaufskiern benützt werden dürfen,

- a) mit den dazu bestimmenden Geräten und Mitteln die Voraussetzungen für die Ausübung des Schisportes zu verbessern, (Herstellung und Erhaltung einer Langlaufloipe bis zu 4 Spuren)
- b) alle notwendigen Zeichen anzubringen, die der Bekanntmachung von Verordnungen oder sonst dem Schutz der körperlichen Sicherheit der Loipenbenutzer dienen oder zur Durchführung von Sportveranstaltungen erforderlich sind und
- c) Rettungsgeräte einzusetzen.

der:

Die Markt-gemeinde Schruns schließt mit den betroffenen Grundeigen-tümern einen Dienstbarkeitsvertrag auf unbestimmte Zeit ab. Eine Kündigung durch den Grundeigentümer ist nur dann möglich, wenn die ordnungsgemäße Bewirtschaftung seines Grundstückes durch die Betrei-bung der Langlaufloipe unmöglich gemacht wird.

Der Grundeigentümer gestattet neben der Präparierung der Schiwander-loipe durch die entsprechenden mechanischen Geräte, daß Zäune abge-legt, Übergänge geschaffen und alle mit dem Loipenbetrieb notwendigen Vorkehrungen angebracht werden. Er stimmt der uneingeschränkten Be-nützung der Langlaufloipe zu. Das Recht der Gemeinde, beim Bürger-meister die Erlassung eines Bescheides gemäß § 4 (1) Sportgesetz zu beantragen, und sich auf alle Bestimmungen dieses Gesetzes zu berufen, bleibt durch den Abschluß eines solchen Vertrages unverändert.

Zu diesem Abänderungsvorschlag bringt GR. Kieber Ludwig vor, daß Dienstbarkeitsverträge von den betroffenen Landwirten sicherlich nicht akzeptiert werden. Der Grundeigentümer wäre hiedurch in der freien Ver-fügung über seinen Grund und Boden eingeschränkt.

GV. Dr. Cinglar verweist auf die Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes, welches seitens der Gemeinde rigoros angewendet und durchgesetzt wurden, wobei Grundeigentümer unvergleichlich härtere Konsequenzen in Kauf

nehmen mußten. Schließlich sei das Sportgesetz im Begutachtungsverfahren auch von der Landwirtschaftskammer geprüft worden. Wenn jedoch Vertragsabschlüsse auf große Schwierigkeiten stoßen, müsse man eben den vertragslosen Zustand beibehalten und nur eine Entschädigung zahlen.

Das Gesetz müsse jedoch dort angewendet werden, wo durch den Widerstand eines Grundeigentümers die Führung der Loipe verhindert würde. Vizebgm. Brugger Georg vertritt die Ansicht, daß für den Winter 1983/84 keine Verträge abgeschlossen und keine Entschädigung gezahlt werden soll, da bereits 75 % der betroffenen Grundeigentümer die Zustimmung zur kostenlosen Anlegung und Benützung der Schiwanderloipe gegeben haben.

Es soll abgewartet werden, bis seitens der VlbG. Landwirtschaftskammer ein Mustervertrag vorliegt, was im Verlaufe des Sommers 1984 sicherlich zu erwarten ist.

GV. Dipl.Ing. Kieber Herbert spricht sich vollinhaltlich für den Antrag des Landwirtschaftsausschusses aus, wobei die Verträge nur für diese Wintersaison abgeschlossen werden sollen.

Mehrheitlich wird jedoch die Ansicht vertreten, daß es zielführender wäre, die Vorlage des Mustervertrages der Landwirtschaftskammer abzuwarten. Über Vorschlag des Vorsitzenden wird festgelegt, daß heute nicht über den Antrag des Landwirtschaftsausschusses, sondern lediglich über die Gewährung und das Ausmaß einer Entschädigung Beschluß gefaßt wird. Während Einigkeit darüber besteht, daß pro Laufmeter Doppelspur (4 Spuren) S 3.-- gewährt werden, ergibt sich eine längere Debatte darüber, ob der Betrag zur Gänze an den Grundeigentümer, oder getrennt mit S 1.-- an den Grundeigentümer und S 2.-- an den Bewirtschafter ausbezahlt werden soll.

GR. Kieber Ludwig tritt aufgrund einer Empfehlung der Landwirtschaftskammer vehement für die getrennte Auszahlung ein. Die Mehrheit der Gemeindevertretung befürwortet jedoch aus Gründen der Vereinfachung die Auszahlung der Gesamtentschädigung an den Grundstückseigentümer.

Unter Hinweis auf die Verhandlungsergebnisse mit den Grundeigentümern macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß mit einzelnen Grundeigentümern nur unter der Voraussetzung der Gesamtauszahlung eine Einigung erreicht werden konnte. Er stellt daher den Antrag, daß die Auszahlung grundsätzlich getrennt an Eigentümer und Bewirtschafter erfolgt und nur jene Fälle ausgenommen werden, in welchen der Grundeigentümer die Gesamtauszahlung verlangt.

Bei einer Gesamtlänge der Loipe von ca. 16 km ist für die Entschädigung ein Aufwand von ca. S 50.000,-- notwendig.

GR. DDr. Bertle stellt unter Hinweis auf die angespannte Finanzlage der Gemeinde den Antrag, daß der Entschädigungsbetrag nicht aus dem Gemeindebudget entnommen, sondern durch die Loipenbenützer aufgebracht wird. Hiezu ergibt sich eine ausführliche Debatte, wobei auf folgende Umstände verwiesen wird:

- a) Schruns wäre die einzige Gemeinde, in welcher eine Loipenbenützungsg Gebühr erhoben wird. Dies hätte werbemäßig eine starke negative Auswirkung und würde auch bei den zahlreichen heimischen Langläufern kein Verständnis finden.
- b) Der Aufwand für Inkasso und Kontrolle wäre unverhältnismäßig hoch.
- c) Gäste und Einheimische würden die gebührenfreien Loipen der Nachbargemeinden aufsuchen, sodaß kaum mit entsprechenden Einnahmen gerechnet werden könnte.

Dieser Antrag wird daher mit 22 Gegenstimmen abgelehnt (Pro-Stimmen DDr. Bertle Heiner und Graß Siegfried).

In der abschließenden Abstimmung wird der vorangeführte Antrag des Vorsitzenden stimmenmehrheitlich angenommen. Gegenstimmen: Vizebgm. Brugger Georg mit der Begründung, daß für diese Wintersaison noch keine Entschädigung gezahlt werden soll, GR. DDr. Bertle Heiner mit der Begründung, daß der Aufwand für die Entschädigung von den Loipenbenützern aufgebracht werden soll, GV. Keßler Emil, GV. Rebholz Gerhard, GV. Dünser Trudi, GV. Dobler Max und GV. Neyer Hans mit der Begründung, daß die Auszahlung der Entschädigung im Interesse der Verwaltungsentlastung nur an die Grundeigentümer erfolgen soll.

zu 9.)

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Amtes der VlbG. Landesregierung, wonach sich beim Wohnbaufond für das Land Vorarlberg durch die Gewährung von nichtrückzahlbaren Fondshilfen in den Jahren 1981 und 1982 Vermögensverluste ergeben haben, die von den Forderungen des Landes und der Gemeinden abzuschreiben sind. Gemäß § 5 Abs. 2) des Gesetzes über die Errichtung eines Wohnbaufonds für das Land Vorarlberg ergibt sich die Abschreibungsquote der Marktgemeinde Schruns wie folgt:

Ausgezahlte Wohnbauhilfen 1981 und 1982	S	806.827.-
Abschreibungsquote für Wohnbauhilfe ca. 48,70 % ...	= S	392.895.-
für die übrigen, nicht rückzahlbaren Fondshilfen in Höhe von insgesamt 5,598.870.- Schilling, er- gibt sich eine Abschreibungsquote von ca. 1,63 %, das sind	S	91.317.-,
sodaß von den Darlehensforderungen insgesamt abzuschreiben sind.	S	<u>484.212.-</u>

Über Antrag des Vorsitzenden, wird dieser Abschreibung von Vermögensverlusten des Wohnbaufonds für das Land Vorarlberg für 1981 und 1982 einstimmig zugestimmt.

zu 10.)

Die Fremdenverkehrsbetriebs - und Management Ges.m.b.H. als Pächterin des Konkursbetriebes Kurhotel Montafon hat in einem Schreiben an die Marktgemeinde Schruns die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten dargelegt und um ein Entgegenkommen der Gemeinde im ersten Betriebsjahr bei der Vorschreibung gemeindebezogener Gebühren gebeten. Der Vorsitzende berichtet hiezu über die mit Mitgliedern des Gemeindevorstandes durchgeführte Besichtigung des Hauses und die anschließende Besprechung mit den zuständigen Herren der Pächtergesellschaft. Hierbei kam der äußerst hohe finanzielle Aufwand, der zur Weiterführung des Hotelbetriebes notwendig ist, zur Sprache. Außer der Abdeckung von hohen Schulden und Einlösungen bestehender Eigentumsvorbehalte, müssen auch gewerbebehördliche Auflagen erfüllt werden, da in der Vergangenheit nicht einmal das Notwendigste in dieser Hinsicht unternommen wurde. Große Investitionen sind notwendig, um dem Hotelbetrieb dem ehemaligen Standard wieder anzupassen. In Anbetracht des kommunalen Interesses für die Weiterführung des Hotels und der Kuranstalt, hat der Gemeindevorstand den Antrag gestellt, es möge für das Jahr 1984 ein Förderungsbeitrag in Höhe von 50 % der anfallenden Wasser - und Kanalgebühren für die Kuranstalt gewährt werden. In der Debatte macht GV. Vonbank Peter darauf aufmerksam, daß der Kuranstaltbetrieb derzeit organisatorisch sehr mangelhaft ist und eine Förderung nur dann gerechtfertigt wäre, wenn der Betrieb in jeder Hinsicht einwandfrei funktioniert.

GV. Ganahl Peter bezeichnet das Ansuchen als nicht akzeptabel, da die Pächtergesellschaft mit der Girozentrale ident ist. Es wäre daher unverständlich, wenn die Gemeinde einer österr. Großbank eine finanzielle Unterstützung zukommen ließe. Auch GV. Keßler Emil findet den Betrieb aufgrund des desolaten Zustandes nicht förderungswürdig.

Der Vorsitzende verweist auf die Tatsache, daß diese Tochtergesellschaft der Girozentrale den Einsatz ihrer Geldmittel verantworten muß und seitens der Geschäftsführung ein großes Interesse besteht, daß auch die Gemeinde mit einem kleinen Förderungsbeitrag das öffentliche Interesse an der Weiterführung des Hotel- und Kuranstaltbetriebes bekundet.

GV. Netzer Werner und GR. Kieber Ludwig sind der Meinung, daß bei dem bestehenden wirtschaftlichen Interesse, speziell für die Kuranstalt, der gute Wille der Gemeinde gezeigt werden muß und finden die beantragte Förderung verantwortbar.

GR. Dr. Hermann Sander berichtet über die Notwendigkeit des Weiterbestandes der Kuranstalt, insbesondere auch für die heimische Bevölkerung, da seitens der Ärzteschaft viele medizinische Anwendungen verschrieben werden. Allerdings müsse die ärztliche Leitung der Kuranstalt geklärt werden.

GV. Schönborn Eleonore ist ebenfalls der Ansicht, daß das Interesse an der Erhaltung der Kuranstalt auch in großem Ausmaß für die heimische Bevölkerung gegeben ist. Dies muß mit einer Förderung im beantragten Ausmaß bezeugt werden. Voraussetzung sei sicherlich eine einwandfreie Führung der Kuranstalt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß diese Förderung einem Betrag von ca. S 45.000.- entspricht, auf ein Jahr begrenzt ist und nicht für eventuell zwischenzeitlich eintretende Rechtsnachfolger Gültigkeit hat. Durch die Wasseranlieferung ist ein direkter Geldmittelaufwand nicht gegeben und es müsse weiters berücksichtigt werden, daß bei einer Schließung des Hotel- und Kuranstaltbetriebes der Gemeinde ein unvergleichlich hoher Verlust an Einnahmen erwachsen würde.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes stimmenmehrheitlich beschlossen:

Der Fremdenverkehrsbetriebs- und Management Ges.m.b.H. wird für das Jahr 1984 ein Förderungsbeitrag in Höhe von 50 % der Wasser- und Kanalgebühren aufgrund des Verbrauches der Kuranstalt im Jahre 1984, gewährt. Diese Förderung ist an die Bedingung gebunden, daß der Betrieb der Kuranstalt organisatorisch und medizinisch einwandfrei geführt wird.

Für einen eventuellen Rechtsnachfolger hat dieser Beschluß keine Gültigkeit.

Gegenstimmen: GV. Ganahl Peter, GV. Dipl.Ing. Kieber Herbert und GV. Keßler Emil.

GV. Dr. Czinglar Hansjörg hat sich wegen Befangenheit (Masseverwaltung) der Debatte und Abstimmung enthalten.

zu 11.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a) über eine Anfrage der BH. Bludenz bezüglich der Durchführung des Luftreinhaltegesetzes und der damit verbundenen Auflagen für öffentliche Gebäude;
- b) über die Altglasentsorgung und über den Vorschlag des VlbG. Gemeindeverbandes bezüglich der Abgangsbedeckung durch die Gemeinden;

- c) über den Standpunkt der Vertreter des Standes Montafon bezüglich einer neuerlichen Stellungnahme zum Ausbau der Seilbahnanlagen im Schigebiet Versettla - Schwarzköpfe in Gaschurn;
- d) über die Bürgermeistertagung des Bezirkes Bludenz und das dort gehaltene Referat über das Waldsterben im Bezirk Bludenz;
- e) über den Stand der Angelegenheit " Stand Montafon - Forstfond " bezüglich einer Umwandlung in eine Agrargemeinschaft und das hiezu bei Prof. Morscher an der Universität Innsbruck in Auftrag gegebene Rechtsgutachten;
- f) über den Abschluß der Installationsarbeiten des Gemeinderechenzentrums im Gemeindeamt Schruns und den angelaufenen Probetrieb.

Abschließend entbietet der Vorsitzende den Mitgliedern der Gemeindevertretung und ihren Angehörigen, sowie allen Gemeindebediensteten seine besten Wünsche zu den Weihnachtsfeiertagen und zum Jahreswechsel. Er dankt in einem kurzen Jahresrückblick allen recht herzlich für die geleistete Arbeit und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die bisherige konstruktive Zusammenarbeit aller Fraktionen zum Wohle der Gemeinde auch im kommenden Jahr fortgesetzt wird.

Die besten Wünsche und den Dank sagen auch die Sprecher der Fraktionen, GV. Eleonore Schönborn für die Ortspartei, GV. Keßler Emil für die SPÖ, GV. Netzer Werner für die FPÖ und GR. Hueber Guntram für die ÖVP.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, so daß dieselbe als genehmigt gilt.

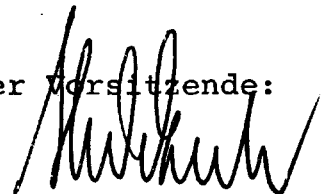
Ende der Sitzung: 24.00 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Dienstag, den 07.02.1984 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 32. Öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald Wekerle als Vorsitzender, Vizebürgermeister Georg Brugger, die Gemeinderäte Hueber Guntram, DDR. Bertle Heiner und Dr. Sander Hermann,
die Gemeindevertreter bzw. die Ersatzleute: Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Dünser Gertrude, Prautsch Kurt, Vonier Eugen und Netzer Fritz für die ÖVP.
Konzett Manfred und Netzer Werner für die FPÖ.
Ganahl Josef und Staggl Fidelis für die SPÖ.
Bitschnau Arnold für die Ortspartei.

Schriftführer: Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Kieber Ludwig, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Neyer Johann, Dr. Dügler Edgar, Kessler Emil und Schönborn Eleonore.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Voranschlag 1984 des Abwasserverbandes Montafon
- 2.) Zusätzliche Straßenbenennungen; Verordnung gem. § 14 Abs.3) des Gemeindegesetzes
- 3.) Ankauf von 12 m² Grund aus dem ehem. öffentlichen Wassergut, Gp. 3219/2 KG. Schruns
- 4.) Berufung des Jodok Marent, Schruns 445, gegen die Versagung der Parteistellung im Grundteilungsverfahren Mirco Martinelli
- 5.) Berufung des Otto Mangeng, Schruns 1067, gegen den Baubewilligungsbescheid Zl. 153-o/49/83 vom 01.12.1983 für die Eheleute Peter und Margit Kandler
- 6.) Berufung der Parteien Lorenz Braunger und Miteigentümer, Schruns gegen den Punkt 5 des Baubewilligungsbescheides vom 30.09.1983 für den Umbau des Wohn- und Geschäftshauses, Schruns, Außerlitzstraße 112
- 7.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges

zu 1.)

Der Voranschlag 1984 des Abwasserverbandes Montafon wurde in der Mitgliederversammlung vom 13.01.1984 einstimmig beschlossen, wie folgt:

Einnahmen in der Erfolgsgebarung	S 1.524.000
Einnahmen in der Vermögensgebarung	S 50.900.000
Gesamteinnahmen	S 52.424.000

Ausgaben in der Erfolgsgebarung	S 1.723.000
Ausgaben in der Vermögensgebarung	S 63.400.000
Gesamtausgaben	S 65.123.000

Gebarungsabgang: S 12.699.000

Gemäß § 11 der Satzungen ist zur Gültigkeit der Beschlußfassung in der Mitgliederversammlung, die Zustimmung der Gemeindevertretungen einzuholen.

Der Vorsitzende gibt Auskunft über die wesentlichen Einnahmen, die sich aus Darlehensaufnahmen vom Wasserwirtschaftsfonds in Höhe von

S 32.000.000

Kontokorrentkrediten in Höhe von

S 13.200.000

und einem Landesbeitrag in Höhe von resultieren.

S 4.200.000

Auf der Ausgabenseite sind

S 44.000.000

für die Errichtung der Verbandssammler und des Regenklärbeckens vorgesehen.

Eine Anfrage von GV. Netzer Werner bezgl. dem Stand der Arbeiten und der voraussichtlichen Inbetriebnahme der Kläranlage wird vom Vorsitzenden dahingehend beantwortet, daß die Arbeiten im Zeitplan voraus sind und daher mit der Inbetriebnahme der Gesamtanlage im Frühjahr 1985 zu rechnen ist.

Bezüglich der Klärschlammverwertung sind noch entsprechende Erhebungen notwendig.

Wie der Vorsitzende weiter mitteilt, dürfen mit Inbetriebnahme der ARA nur mehr ungeklärte Abwässer in die Kanalisation eingeleitet werden. Bei der Erneuerung der Hausanschlüsse (Ausschaltung der Hauskläranlagen) soll den Hauseigentümern seitens des Bauamtes Hilfestellung geboten werden.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses dem Voranschlag 1984 des Abwasserverbandes Außer-Montafon in der vorliegenden Form einstimmig die Zustimmung erteilt.

zu 2.)

Der Vorsitzende verweist auf die bereits durch die Gemeindevertretung erfolgte Straßenneubenennung und teilt mit, daß sich auf Grund der örtlichen Gegebenheiten die Neubenennung weiterer Wegstücke als notwendig erwiesen hat.

Der Kulturausschuss hat sich mit der Angelegenheit befaßt und den Antrag auf nachfolgende Wegbenennungen gestellt:

- a) " Kohlplatzweg " für das Wegstück von der Batloggstrasse zu den Häusern Dentist Zips, VIW und Netzer Kurt.
- b) " Räterweg " für das Wegstück von der Flurstrasse zu den Häusern Thurnher, Marent und Mühlbacher Josef.
- c) " Mühlbachweg " für das Wegstück Außerlitzstraße zu den VIW Häusern und Haus Schönher Gertrud.

In der Debatte bringt Vonier Eugen vor, daß die Wegbezeichnungen " Köhlerweg" (bereits bestehend) und der vorgeschlagene "Kohlplatzweg" zu Verwechslungen führen könnte.

Diese Befürchtung wird von der Mehrheit nicht geteilt und GV. Ganahl Peter verweist darauf, daß die Bevölkerung zum gegebenen Zeitpunkt über die Straßenneubenennungen und die Zuteilung neuer Hausnummern entsprechend informiert werden muß.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß auch bei eingehender Information diese Umstellung eine gewisse Anpassungszeit benötigt. Über Antrag des Kulturausschusses wird die Neubenennung der drei vorgenannten Wegstücke einstimmig verordnet.

zu 3.)

Die Eheleute Lothar und Ingrid Netzer sowie die Marktgemeinde Schruns haben um die Ausscheidung der Gp. 3219/2 KG. Schruns aus dem öffentlichen Wassergut angesucht.

Von der Gesamtgrundfläche von 212 m² wollen die Eheleute Netzer 200 m², und die Marktgemeinde Schruns, das den " Ländiweg " betreffende Teilstück im Ausmaß von 12 m² ankaufen.

Die Finanzlandesdirektion hat nun einen Vorvertrag vorgelegt, wonach die Teilfläche von rund 12 m² im Wegbereich der Marktgemeinde Schruns zum Preis von S 200,-- verkauft wird.

Über Antrag des Vorsitzenden wird der Abschluß dieses Rechtsgeschäftes einstimmig genehmigt.

zu 4.)

Nachdem es sich im vorliegenden Falle um die Berufung gegen einen Bescheid des Gemeindevorstandes handelt, übergibt Bgm. Wekerle gem. § 59 Gemeindegesetz den Vorsitz an GV. Peter Vonbank als den Gemeindevertreter mit der höchsten Wahlpunktezahl. GV. Dr. Czinglar entfernt sich wegen Befangenheit vom Sitzungstisch, Bürgermeister Wekerle und die Mitglieder des Gemeindevorstandes enthalten sich wegen Befangenheit der Debatte und Abstimmung.

Der Vorsitzende verliest den Aktenverlauf und gibt einen Rückblick auf das Grundteilungsverfahren Mirco Martinelli.

Jodok Marent, vertreten durch Dr. Fritz Miller, Schruns, hat gegen den Bescheid des Gemeindevorstandes, mit welchem ihm die Parteistellung im Grundteilungsverfahren Martinelli versagt wurde, Berufung eingelegt. Der Vorsitzende verliest den angefochtenen Bescheid und die Berufungsschrift vollinhaltlich.

In der Berufungsschrift wird geltend gemacht, daß die Parteistellung des Jodok Marent, durch die Errichtung eines Bauwerkes (Sarglager) begründet sei. Dabei sei im gegenständlichen Verfahren unerheblich, daß das Bauwerk ohne baupolizeiliche Bewilligung

erstellt wurde und der Berufungswerber nicht bürgerlicher Eigentümer des Grundstücksteiles sei.

Nach den eingeholten Rechtsauskünften bei der BH. Bludenz und bei der Landesregierung in Bregenz, hat im Grundteilungsverfahren nur der bürgerliche Eigentümer Parteistellung.

Über Antrag des Vorsitzenden wird daher stimmenmehrheitlich der Berufung keine Folge gegeben und der erstinstanzliche Bescheid vollinhaltlich bestätigt.

Gegenstimme: Dipl.Vw. Tschann Othmar mit der Begründung, daß eine verfahrensleitende Verfügung mit einer Sachentscheidung begründet wird.

zu 5.)

Der Vorsitz wird von Vizebürgermeister Brugger übernommen. Die Berufungsschrift wird vollinhaltlich vom Schriftführer vorgelesen.

Der Vorsitzende berichtet über das Ergebnis der Beratungen im Bauausschuss und verliest den Antrag des Bauausschusses wie folgt:

zu Punkt I der Berufungsschrift:

I/1 Dem Vorbringen ist bereits Rechnung getragen worden.

I/2 Diese Einwendungen in der Stellungnahme des Otto Mangeng werden gemäß § 30 Abs.2) des Baugesetzes auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

I/3 und

I/4 Diese Punkte werden gemäß §30 Abs.2) des Baugesetzes als unzulässig zurückgewiesen.

I/5 Dieser Vorschreibungspunkt ist in dem angefochtenen Bescheid, sowie bereits im Bescheid vom 29.04.1974 (Baubewilligung für das Einfamilienhaus) enthalten.

I/6 Diesem Verlangen wird entsprochen.

Pkt. II

Im Sachverhalt des erstinstanzlichen Bescheides ist anstelle des Wortlautes im 3. Absatz, 5. Satz nachfolgendes einzufügen:
Die Situierung des Zubaus erfolgt so, daß der geringste Abstand zwischen Garage und dem Nachbargrundstück Gp. 1720 (Eigentümer: Otto Mangeng) 3.40 m beträgt. Bei einer Gebäudehöhe von 2.87 m und einem Terrassengeländer von mindestens 0.90 m ergäbe sich eine Abstandsfläche von $(2.87. + 0.90) \times 0.60 \text{ m} = 2.26$, sodaß in diesem Falle der gesetzliche Mindestabstand von 3.00 m eingehalten ist. Dies gilt auch, wenn das Geländer etwas höher ausgeführt würde. Beim gegebenen Mindestabstand von 3.40 m könnte theoretisch die Höhe des Garagenzubaus samt Geländer 5.60 m betragen.

Pkt. III

Es wird festgestellt, daß durch die gegenständliche Berufungsentscheidung dem zusammenfassenden Vorbringen des Berufungswerbers gegen den erstinstanzlichen Bescheid Rechnung getragen wird und seine Einwendungen bezüglich des Bauverfahrens über des Einfamilienhauses (Bewilligungsbescheid vom 29.04.1974) im anhängigen Verfahren rechtlich unerheblich sind.

In der Debatte macht GR. DDr. Bertle darauf aufmerksam, daß in der Begründung des Berufungsbescheides zu Punkt II vermerkt werden soll, daß Zubauten nicht unter die Bestimmungen des § 6 Abs.1), bezgl. der Abstandsflächen fallen, da es sich dabei nicht um selbständige Gebäude bzw. Bauwerke handelt.

Über Antrag des Bauausschusses wird der Berufung im Sinne des vorstehenden Antrages teilweise Folge gegeben und der erstinstanzliche Bescheid, gem § 66 Abs.4) AVG 1950 entsprechend abgeändert.

Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 6.)

Vizebürgermeister Georg Brugger als Vorsitzender verliest die Berufungsschrift vollinhaltlich und gibt entsprechende Erläuterungen zum Aktenverlauf.

Der Antrag des Bauausschusses, sowie eine Stellungnahme der Berufungswerber (Anhörung im Ermittlungsverfahren) werden vollinhaltlich verlesen.

In der Debatte wird zur Hauptsache auf folgende Punkte der Stellungnahme der Berufungswerber eingegangen:

- a) Daß zumindest 1 Einstellplatz durch die vorgesehene Säule kaum erreichbar ist;
- b) daß durch die vorgeschriebene Errichtung von Einstellplätzen, das Niveau der Garagenzufahrt um 70 - 80 cm abgesenkt werden müsste. Dadurch wäre die gemeinsame Auffahrt mit dem Anrainer Franz Bitschnau kaum mehr benützbar.

Im weiteren erklären sich die Berufungswerber bereit, daß sie sich an einem allenfalls zu errichtenden öffentlichen Parkhaus im Umkreis von 200 m kostenmäßig für 4 Parkplätze beteiligen würden. GV. Dr. Hansjörg Czinglar gibt zu bedenken, daß die rigorose Anwendung der Garagenverordnung LGBl. Nr. 31/1976 für das gegenständliche Bauvorhaben eine Härte bedeutet, zumal es sich ausschließlich um Renovierungs- und Erhaltungsarbeiten am Gebäude handelt.

Allenfalls müßte die Gemeindevertretung im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes eine Verordnung nach § 12 Abs.6) des Baugesetzes erlassen, wonach im ganzen Gemeindegebiet auch bei bestehenden Bauwerken, Garagen und Abstellplätze zu schaffen sind, soweit dies zur Entlastung der öffentlichen Verkehrsflächen notwendig erscheint.

GR. DDr. Bertle erachtet es als notwendig, daß der Bauausschuss zu prüfen hat, ob

- a) die technischen Voraussetzungen für die vorgeschriebenen Garagen gegeben sind;
- b) inwieweit die Zusage der Berufungswerber auf Mitbeteiligung an einer öffentlichen Parkgarage abgesichert werden kann.

Über Antrag des Vorsitzenden wird eine Entscheidung über die vorliegende Berufung einstimmig vertagt und die Angelegenheit zur neuerlichen Beratung an den Bauausschuss rückverwiesen.

zu 7.)

Bgm. Harald Wekerle übernimmt wieder den Vorsitz und berichtet:

- a) Daß die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am 22.02.1984 mit der Beschlußfassung über den Voranschlag 1984 stattfindet;
- b) daß über Beschluß des Pfarrkirchenrates auch eine Außenrenovierung der Pfarrkirche und des Kirchturmes durchgeführt wird;
- c) daß die Einweihung der renovierten Pfarrkirche auf 24.06.1984 festgelegt wurde und am 15.07.1984 die Primiz von Peter Loretz stattfindet;
- d) über den Rohrbruch der Hauptwasserleitung im Bereich des Jakob-Stemer-Weges und die verursachten Wegschäden;
- e) daß seitens des Amtes der VlbG. Landesregierung ein Entwurf der Statuten für den Wirtschafts-und Entwicklungsfonds Montafon vorgelegt wurde;
- f) daß der Vertrag mit dem Gemeindefacharzt Dr. Bernd Tagwercher hinsichtlich der Gültigkeitsdauer abgeändert wurde.

Unter " Allfälligem " bringt GV. Netzer Werner vor, daß der Maskenball des Wintersportvereines wegen Saalschwierigkeiten voraussichtlich nicht durchgeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang hat sich bei der Vereinsleitung eine Debatte über die Möglichkeit der Verlegung des Kinos in den Kultursaal ergeben.

GV. Dr. Czinglar erkundigt sich über die derzeitige Auslastung im Kurhotel Montafon.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 31. Sitzung der Gemeindevertretung wurde kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

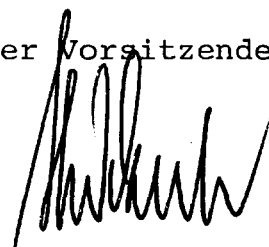
Ende der Sitzung 23.00 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch den 22.02.1984 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns, stattgefundene 33. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald Wekerle als Vorsitzender, Vizebürgermeister Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram, DDR. Bertle Heiner, Kieber Ludwig und Dr. Sander Hermann.
Die Mitglieder bzw. Ersatzleute der Gemeindevertretung: Vonbank Peter, Dr. Czinglar Hansjörg, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann, Dünser Gertrude, Vonier Eugen und Netzer Fritz für die ÖVP.
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Netzer Werner für die FPÖ.
Kessler Emil und Netzer Franz für die SPÖ.
Bitschnau Arnold und Dipl.Ing. Schneider Eckart für die Ortspartei.

Referent: Gde. Kassier Fenkart Karl
Schriftführer: Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Haumer Rudolf, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Versell Ignaz, Ganahl Josef und Schönborn Eleonore.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende gem. § 36, Abs. 3), des Gemeindegesetzes den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um folgende Punkte:

- 5.) Übertragung der Gp. 1100/9 aus dem Gemeindevermögen in das "öffentliche Gut, Straßen und Wege";
- 6.) Neuerliche Entscheidung über die Berufung des Otto Mangeng gegen den Baubewilligungsbescheid für die Errichtung eines Garagenzubaues für Peter und Margit Kandler

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Voranschlag der Marktgemeinde Schruns für das Jahr 1984
- 2.) Gemeindeeigene Steuern, Gebühren und Abgaben 1984
- 3.) Darlehensaufnahmen
- 4.) Dienstpostenplan der Marktgemeinde Schruns 1984
- 5.) Übertragung der Gp. 1100/9 KG. Schruns aus dem Gemeindevermögen in das " öffentliche Gut, Straßen und Wege "

6.) Neuerliche Entscheidung über die Berufung des Otto Mangeng gegen den Baubewilligungsbescheid über die Errichtung eines Garagenzubaues für Peter und Margit Kandler

7.) Berichte des Vorsitzenden und " Allfälliges "

zu 1.)

Der vom Gemeindevorstand beschlossene Voranschlagsentwurf 1984 wurde allen Mitgliedern der Gemeindevertretung mindestens 1 Woche vor der heutigen Sitzung nachweislich zugestellt.

Damit wurden die Vorschriften des § 69, Abs. 3) GG. erfüllt.

Der Vorsitzende gibt einen Rückblick auf die Sitzungen des Gemeindevorstandes und die abschließende Sitzung des Gemeindevorstandes mit dem Finanzausschuss. In seinen ausführlichen Erläuterungen zum Voranschlag verweist der Vorsitzende insbesondere darauf, daß die Verschuldung Ende 1984 nicht so hoch sein wird, wie sie für 1983 prognostiziert war. Die Einnahmen seien auf Grund der allgemeinen Wirtschaftsstagnation vorsichtig eingeschätzt worden. Der Voranschlag zeige, daß die Pflichtaufgaben erfüllt werden konnten, der finanzielle Rahmen für Investitionen jedoch bescheiden sei.

Da derzeit weder auf Mehreinnahmen noch auf eine Änderung des ungerichteten Finanzausgleiches bzw. abgestuften Bevölkerungsschlüssel gehofft werden kann, wird die Budgetsituation nur durch eine restriktive Ausgabenpolitik zu verbessern sein.

Über Vorschlag des Vorsitzenden werden die einzelnen Gruppen des Voranschlagsentwurfes verlesen. Nach jeder Gruppe ist die Möglichkeit zur Anfragestellung und Debatte gegeben.

Gruppe 0: Anfragen von GR. DDr. Bertle und GV. Netzer Werner werden zufriedenstellend beantwortet. Keine weitere Debatte.

Gruppe 1: Eine Anfrage von GR. DDr. Bertle wird zufriedenstellend beantwortet, keine Debatte.

Gruppe 2: GR. DDr. Bertle verweist darauf, daß im Bereich des Schulwesens deutlich gespart wurde. Diese Maßnahmen werden damit begründet, daß die Neuordnung der Unterbringung des Polytechnischen Lehrganges abgewartet werden muß, bevor Neuanschaffungen an Lehr- und Lernmittel getätigt werden, die sich nachher als nicht zweckmäßig erweisen würden.

Gruppe 3: Eine Anfrage von GV. Keßler Emil wird zufriedenstellend beantwortet. Keine weitere Debatte.

Gruppe 4: Die Anfragen von DDr. Bertle Heiner und Prautsch Kurt werden zufriedenstellend beantwortet.
GR. DDr. Bertle übermittelt den Dank der Säuglingsfürsorgerin für die optimale Neugestaltung und Einrichtung der Säuglingsfürsorgeräume.
EM. Prautsch Kurt ergänzt hiezu, daß auch seitens der Mütter die neue Säuglingsfürsorgestelle im EG. des Gemeindekrankenhauses dankbar zur Kenntnis genommen wird.

Gruppe 5: GR. DDr. Bertle macht darauf aufmerksam, daß die Zweckzuschüsse des Landes in der derzeitigen Höhe nicht dauernd zu erwarten sind, sondern aus den Anbau- und Renovierungskosten des Krankenhauses resultieren.

EM. Prautsch Kurt verweist darauf, daß im Interesse der Luftreinhaltung und Energieeinsparung die Heizanlagen in den gemeindeeigenen Gebäuden überprüft werden sollen. GV. Dr. Czinglar Hansjörg weist darauf hin, daß bei der Offertstellung für Heizöl auch die Anliefertemperatur vereinbart werden soll, um eine Benachteiligung zu vermeiden.

- Gruppe 6: Anfragen von GV. Dobler Max, GV. Netzer Werner, GR. DDR. Bertle Heiner und GV. Dr. Dügler werden zufriedenstellend beantwortet.
- Gruppe 7: Anfragen von GR. DDR. Bertle, GV. Keßler Emil und GV. Peter Ganahl werden zufriedenstellend beantwortet. GV. Netzer Werner gibt bekannt, daß er unter dem Tagesordnungspunkt " Allfälliges " ein Projekt für einen Wanderweg vom Zelfensteg bis zur Gampadelsbrücke vorstellen wird. Der Vorsitzende begrüßt die Initiative und sichert die Weiterverfolgung des Projektes zu.
- Gruppe 8: Anfragen von GV. Konzett Manfred, GV. Keßler Emil und GV. Dobler Max werden zufriedenstellend beantwortet. Keine weitere Debatte.
- Gruppe 9: Eine Anfrage von GV. Ganahl Peter wird zufriedenstellend beantwortet. Keine weitere Debatte.

Abschließend gibt GR. DDR. Bertle namens der FPÖ Fraktion eine Stellungnahme zum Voranschlag 1984 ab und erklärt, daß sie den vom Vorsitzenden aufgezeigten Fakten zustimmt. Positiv sei zu vermerken, daß die Belastungsgrenze für die Bürger bei den Einnahmen bereits gegeben ist. Bedauerlich sei der Rückgang der Investitionen als Folge der finanziellen Lage. Kritisch wird bemerkt, daß das Budget nicht den tatsächlichen Schuldenstand aufzeigt.

Hiezu stellt der Vorsitzende fest, daß der Voranschlag genau nach den gesetzlichen Vorschriften erstellt wurde.

Vizebürgermeister Brugger Georg betont in seiner Stellungnahme, daß massive Streichungen im Amtsentwurf des Voranschlages vorgenommen werden mußten. Die in den letzten Jahren praktizierten Rückhalte bei Forderungsbeiträgen (20 %) werden sicherlich wieder zum Tragen kommen. Weiters verweist er auf die Gesetzeswidrigkeit der Feuerwehrdienstersatzsteuer, die trotz seiner Gegenstimme im letzten Jahr wieder mit S 100,-- festgesetzt ist, obwohl die gesetzliche Höhe nur S 25,-- beträgt. Gewiß sei dieser Betrag, der seit dem Jahr 1949 unverändert geblieben ist, zu gering. Es müßte jedoch beim VlbG. Gemeindeverband angeregt werden, daß durch einen Gesetzesbeschluß des Landtages dieser Betrag entsprechend erhöht wird. Abschließend macht er darauf aufmerksam, daß der Garagenzubau für die Ortsfeuerwehr Gantschier im Jahr 1985 unbedingt realisiert werden muß. Es wäre daher notwendig, im kommenden Jahr entsprechende finanzielle Vorsorge zu treffen. Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Voranschlag der Marktgemeinde Schruns für das Jahr 1984 wie folgt festgestellt und einstimmig beschlossen:

Gesamteinnahmen	S 77.212.000
Gesamtausgaben	S 79.376.000
Vortrag Gebarungsabgang des Vor-Vorjahres	S 2.545.000
Gebarungsabgang 1984	S 4.209.000

Der Gebarungsabgang wird durch Entnahme von Kassabeständen und Kredit in laufender Rechnung gedeckt.

zu 2.)

Der Vorsitzende verliest die für das Jahr 1984 gültigen Steuern, Gebühren und Abgaben und macht darauf aufmerksam, daß zur Kostendeckung bzw. für die Indexanpassung einzelne Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr vorgenommen werden müssen. Es sind dies:

a) Mullabfuhrgebühren

Container Halbjahresgebühr von S 2.530,- auf 3.500,-;
Container Einzelentleerung von S 150,- auf S 170,-;
Wochenend- und Ferienhäuser mit Vermietung von S 660,- auf S 700,-;

b) Friedhofsgebühren: Erhöhung um 5 %

c) Leichenhallengebühr für Nichtschranser von S 240,- auf S 250,-
pro Tag. Für die Benützung des Sezierraumes von S 150,- auf
S 170,-

d) Grabmachen von S 1300,- auf S 1500,-

für ein Tiefgrab von S 1500,- auf S 1700,-

e) Marktgebühren: Standgebühr je 4: m² Normalstand von S 275,- auf
S 300,-, Platzgebühr pro m² von S 27,50 auf S 30,-

f) Altersheimgebühren: Verpflegskosten einschließlich Unterkunft
pro Tag S 225,- auf S 260,-

g) Kindergartengebühren: Elternbeitrag pro Kind und Monat ab 1.9.1984
statt S 80,- , S 100,-

h) Musikschule Elternbeitrag pro Semester ab 1.9.1984, Erhöhung
10 %

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses werden die vorliegenden Steuern, Gebühren und Abgaben für das Jahr 1984 stimmenmehrheitlich beschlossen.

Gegenstimme: Vizebürgermeister Brugger Georg, mit der Begründung daß die Feuerwehrdienstersatzsteuer nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

zu 3.)

Nachstehende Darlehensaufnahmen werden einstimmig beschlossen:

a) Wasserwirtschaftsfonds S 1.100.000 wovon S 600.000 für die Kanalisation und S 500.000 für die Wasserversorgung verwendet werden.

b) Zur Bedeckung des Voranschlages 1984 nach Erfordernis, bis zu S 4.500.000.

In der Debatte macht GV. Peter Ganahl die Anregung, daß für die Darlehensaufnahmen landesweit Offerte eingeholt werden sollen. Dabei müssten mit den Kreditgebern unter der Beachtung der finanziellen Auswirkungen die bestmöglichen Bedingungen ausgehandelt werden. Hiezu erklärt der Vorsitzende, daß Kreditverträge auch bisher immer schon nach den günstigsten Bedingungen ausgehandelt wurden.

zu 4.)

Der Dienstpostenplan 1984 welcher, bei 6 Beamten, 46 Angestellten (davon 10 teilzeitbeschäftigt) und 44 Arbeitern (davon 7 teilzeitbeschäftigt) gegenüber dem Vorjahr keine Änderung aufweist, wird einstimmig genehmigt.

In der Debatte ersucht GV.Dobler Max, daß allen Mitgliedern der Gemeindevertretung die Gehaltstabellen ausgefolgt werden. Der Vorsitzende sieht keine Notwendigkeit hierfür gegeben, da jedes Gemeindevertretungsmitglied im Falle eines speziellen Interesses im Gemeindeamt in das Gehaltsschema Einsicht nehmen kann. Weiters stünde jedem die Möglichkeit offen, sich das diesbezügliche Landesgesetzblatt zu beschaffen.

zu 5.)

Im Zuge der Grundteilung des Gemeindeareals am Auweg wurde die GP. 1100/9 als Wegparzelle (Hofrat Durig Weg) geschaffen. Da diese im Gemeindevermögen verbüchert ist, müßte mit den einzelnen Anrainern ein Dienstbarkeitsrechtsvertrag für die Benützung dieses Weges erstellt werden. Es ist daher notwendig, diese Wegparzelle aus dem Gemeindevermögen auszuschneiden und im " Öffentlichen Gut, Straßen und Wege " zu verbüchern. Damit ist für jedermann das unbeschränkte Geh- und Fahrrecht gesichert. Über Antrag des Vorsitzenden wird einer dies bezüglichen Grundbuchseingabe einstimmig zugestimmt.

zu 6.)

Zu diesem Punkt der Tagesordnung übernimmt Vizebgm. Brugger Georg den Vorsitz.

Er berichtet, daß die Angelegenheit der Berufung des Otto Mangeng gegen den Baubewilligungsbescheid für die Errichtung eines Garagenzubaues durch die Eheleute Kandler eine neuerliche Beschlußfassung erfordert und erklärt den Sachverhalt wie folgt:

Auf der Berufungsschrift hat der Einschreiter fälschlich angegeben, daß er den Bescheid am 9.12.1983 übernommen habe und in offener Frist berufe. Im Zuge der Ausfertigung des Berufungsbescheides auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 7.2.1984, wurde der Aktenvorgang genau überprüft und festgestellt, daß gemäß dem vorliegenden Rückschein der angefochtene Bescheid tatsächlich am 07.12.1983 ordnungsgemäß zugestellt wurde.

Ein Zustellmangel liegt nicht vor.

Die Rechtsmittelfrist gem. § 63, Abs. 5 AVG. ist mit 2 Wochen nach erfolgter Zustellung richtig angeführt.

Im gegenständlichen Falle hat daher die Berufungsfrist am 21.12.1983 geendet. Die Berufungsschrift wurde mit Datum vom 22.12.1983 verfasst und gemäß Postaufgabestempel am 23.12.1983, eingeschrieben beim Postamt Schruns aufgegeben.

Da somit die Berufung verspätet eingebracht wurde, stellt der Vorsitzende folgenden Antrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, daß der unter Punkt 5.) der Tagesordnung in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 7.2.1984 gefasste Beschluß über die diesbezügliche Berufungsentscheidung aufgehoben und die Berufung gem. § 66 Abs. 4) AVG. 1950 als verspätet eingebracht, zurückgewiesen wird.

Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

zu 7.)

Bürgermeister Harald Wekerle übernimmt wieder den Vorsitz und berichtet:

- a.) über den Voranschlag 1984 des Stand Montafon, Forstfond
- b.) über die Abrechnung des Weltcup-Damenrennens 1983 und den hieraus gezogenen Konsequenzen;

- c) über die Entscheidung der Landesregierung bezüglich der Beschlüsse der Gemeindevertretung vom August 1983 betreffend die 8. Abänderung des Flächenwidmungsplanes;

Unter " Allfälligem " legt GV. Netzer Werner ein Projekt für die Errichtung eines Wanderweges vom " Zelfensteg " zur "Gampadelsbrücke " entlang der Ill vor. Er erläutert die Planung und gibt diesbezügliche technische Daten bekannt.

Der Vorsitzende dankt ihm für die Vorarbeit und versichert nochmals, daß dieses Projekt weiter verfolgt wird, da er selbst vor Jahren schon diesen Fußweg zu verwirklichen suchte, jedoch an Einwendungen verschiedener Grundeigentümer scheiterte.

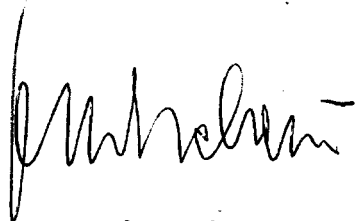
GV. Bitschnau Arnold macht darauf aufmerksam, daß die Parkflächen vor der Fußgängerzone tatsächlich für Kurzparker frei gehalten werden sollen.

GV. Konzett Manfred erkundigt sich über die Möglichkeiten der Telefonversorgung für die Parzelle Brif und beklagt sich über die Jungwuchsschäden, die durch Tiefschneefahrer verursacht werden.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 32. öffentlichen Sitzung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

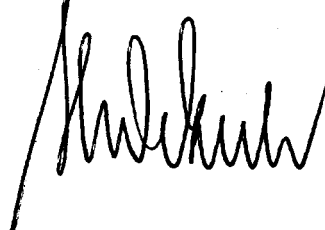
Ende der Sitzung 23.45 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr. Marchetti...

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 21.03.1984 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns, stattgefundene 34. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald Wekerle als Vorsitzender, Vizebürgermeister Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram und DDR. Bertle Heiner, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann, Netzer Fritz und Kieber Richard für die ÖVP. Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Netzer Werner für die FPÖ. Kessler Emil und Ganahl Josef für die SPÖ. Schönborn Eleonore und Dipl.Ing. Schneider Eckart für die Ortspartei.

Referent: Gde. Bautechniker Hutter Josef,
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert,

Entschuldigt abwesend: Kieber Ludwig, Dr. Sander Hermann, Versell Ignaz, Dünser Trude und Bitschnau Arnold.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt GR. DDR. Bertle den Antrag auf Berichtigung der Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 33. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung, die auf Seite -3- über seine Stellungnahme zum Voranschlag 1984 namens der FPÖ, einen gravierenden Unsinnstörenden Fehler enthält.

Die Berichtigung hat zu lauten: " Positiv sei zu vermerken, daß entsprechende Einsparungen auf der Ausgabenseite gemacht wurden, da die Belastungsgrenze für die Gemeindebürger bei den Einnahmen erreicht ist."

Diese Berichtigung ist auf einen Übertragungsfehler zurückzuführen und wird daher von amtswegen vorgenommen.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

1.) Anträge auf Änderung des Flächenwidmungsplanes:

Reg.Nr.:

1/84 Mangeng Richard jr. Schruns, Teilfläche der Gp. 1184 von "FL" in "BW";

2/84 Mangeng Otto, Schruns, Bargasweg, Rückwidmung der Gp. 1720/2 und anderer Teilflächen von "BW" in "FF";

- 3/84 Hohenfellner Karl, Schruns, Teilstück der Gp. 1760/1 von "FF" in "BW";
- 4/84 Burtscher Hans und Lydia, Schruns, Gasthaus Kaltenbrunnen, Teilfläche der Gp. 521 von "FF" in "BW";
- 5/84 Karg Kreszentia, Dübendorf, CH. Gp. 1513/2 (Silvrettastrasse) von "FL" in "BW";
- 6/84 Schupp Christian, Frankfurt, vertreten durch RA. Dr. Czinglar Hansjörg, Schruns, Gpn. 456/2, 456/3 und 453/3 (Montjola) von "FL" in "BW";
- 7/84 Dietmar und Sonja Ender, Mauren, FL., vertreten durch Notar Dr. Arnold Lins, Bludenz, Gp. 2638/2 (Gamplaschg) von "FL" in "BW";
- 8/84 Zuderell Luise und K.L. Ortner, Schruns, Gp. 140/1 u.a. (im Tobel) von Vorbehaltsfläche "ÖZ" in "BW";
- 9/84 Schuchter Herbert, Schruns, Verlegung des "Roten Punktes" von Gp. 2566/3 auf Gp. 2566/2;
- 10/84 Versell Katharina und Ignaz, Schruns, Verlegung des "Roten Punktes" von Gp. 2570/1 auf Gp. 2570/2;

(Anträge des Raumordnungsausschusses)

- 2.) Berufung von Braunger Lorenz und Mitbesitzer, Schruns, gegen den Punkt 5) des Baubewilligungsbescheides vom 30.09.1983 für den Umbau des Geschäftshauses in Schruns, Außerlitzstrasse 112; (Antrag des Bauausschusses)
- 3.) Ansuchen der Montafonerbahn AG Schruns auf Rückerstattung der Lohnsummensteuer 1983 für den Bahnbetrieb; (Antrag des GVorstandes und des Finanzausschusses)
- 4.) Vergabe der Baumeisterarbeiten für die Wasserversorgung Oberzone Gamplaschg;
- 5.) Vergabe der Lieferung der Hausnummern- und Straßennamenschilder für das Gemeindegebiet Schruns; (Antrag des Bauausschusses)
- 6.) Ausnahmegenehmigung für Dachneigung von 33° für Wohnanlage Außerlitzstrasse;
- 7.) Personalangelegenheit in vertraulicher Beratung
- 8.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges

zu 1.)

Der Vorsitzende verweist auf die Beratung im Raumordnungsausschuss und verliest die Ansuchen der Antragsteller und die diesbezüglichen Anträge des Raumordnungsausschusses. Zu jedem einzelnen Punkt gibt der Vorsitzende entsprechende Erläuterungen und nach durchgeführter Debatte wird über die einzelnen Anträge wie folgt entschieden:

Reg.Nr.: 1/84

Mangeng Richard jun., Schruns,
Die Umwidmung einer Teilfläche aus Gp. 1184 von "FL" in "BW" wird einstimmig beschlossen.

Reg.Nr.: 2/84

Mangeng Otto, Schruns

Die Rückwidmung der Gp. 1720/2 und weiterer Teilflächen gemäß vorliegenden Plan, von "BW" in "FL" wird stimmenmehrheitlich beschlossen.

Gegenstimme: Ganahl Peter

Reg.Nr.: 3/84

Hohenfellner Karl, Schruns

Die Umwidmung eines Teilstückes der Gp.1760/1 von "FF" in "BW" wird einstimmig beschlossen unter der Voraussetzung, daß im noch durchzuführenden Anhörungsverfahren (Haupt Walter) keine negative Stellungnahme erfolgt. Falls die Zufahrt zum umgewidmeten Grundstück über den im Gemeindeeigentum stehenden Weg erfolgen soll, ist von Hohenfellner Karl um die Einräumung einer diesbezüglichen Dienstbarkeit anzusuchen.

Reg.Nr.: 4/84

Die Entscheidung über diesen Antrag wird bis zum Abschluß des Anhörungsverfahrens vertagt.

Reg.Nr.: 5/85

Karg Kreszentia, Dübendorf, CH.

Dem Antrag auf Umwidmung der Gp.1513/2 von "FL" in "BW" wird einstimmig nicht stattgegeben.

Diese Grundparzelle hat ein Ausmaß von 327 m² und liegt südlich der Gp. 1513/2 (im Eigentum von Dr. Klaus Wilhelm, Wien). Für dieses Grundstück ist bereits ein Umwidmungsantrag abgelehnt worden, da diese Grundflächen mitten im zusammenhängenden Landwirtschaftsgebiet liegen.

GV. Dr. Czinglar Hansjörg hat sich wegen Befangenheit der Debatte und Abstimmung enthalten.

Reg.Nr.6/84

Schupp Christian, Frankfurt;

Dem Antrag auf Umwidmung der Gpn. 456/2, 456/3, 453/3 von "FL" in "BW" wird einstimmig nicht stattgegeben.

Die Ablehnung erfolgt mit der Begründung, daß die Trinkwasserversorgung in diesem Gebiet nicht gesichert ist und weiters keine rechtlich gesicherte Zufahrt zu den Grundstücken besteht.

GV. Dr. Czinglar Hansjörg hat sich wegen Befangenheit der Debatte und Abstimmung enthalten.

Reg. Nr. 7/84

Dietmar und Sonja Ender, Mauren, FL.

Dem Antrag auf Umwidmung der Gp. 2638/2 von "FL" in "BW" wird einstimmig nicht stattgegeben.

Nach eigenen Angaben beabsichtigen die Antragsteller auf diesem Grundstück (Nähe Wohnhaus Schuler Johann, Plattesweg 293) ein Wohnhaus für den ständigen Wohnbedarf zu errichten.

Die Ablehnung wird damit begründet, daß die Zuteilung eines "Roten Punktes" nicht möglich ist und im übrigen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Umwidmung in "BW" nicht gegeben sind.

Reg.Nr. 8/84

Zuderell Luise und K.L. Ortner, Schruns, Batloggstrasse 402

Die Entscheidung über die beantragte Umwidmung der Gpn. 133/4, 134/3, 140/1, 141, 145, 139 und den Bauparzellen 61 und 62 von Vorbehaltsflächen "ÖZ" in "BW" wird vertagt.

Der Vorsitzende wird mit den Antragstellern Gespräche bezgl. einer Einlösung der Grundstücke nach den Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes führen.

Reg.Nr.: 9/84

Schuchter Herbert, Schruns

Die Verlegung des "Roten Punktes" von Gp. 2566/3 auf Gp. 2566/2 wird einstimmig beschlossen.

Reg.Nr.: 10/84

Versell Katharina und Ignaz, Schruns

Die Verlegung des "Roten Punktes" von Gp. 2570/1 auf Gp. 2570/2 wird einstimmig beschlossen.

zu 2.)

Bgm. Wekerle Harald übergibt den Vorsitz an Vizebgm. Brugger Georg. Der Vorsitzende verweist auf die bereits erfolgte Behandlung der Berufung in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22.02.1984 und bringt das Ergebnis des Lokalausgleichs durch den Bauausschuss vom 27.02.1984 zur Kenntnis.

Bei diesem Lokalausgleich hat sich gezeigt, daß aus technischen Gründen lediglich der Einbau von zwei Einstellplätzen im Kellerschoß des Hauses möglich ist. Weiters wurde der ursprünglich vorgesehene Einbau von fünf Wohnungen auf drei Wohnungen reduziert, sodaß für das Gesamtbauvorhaben mit zwei Einstellplätzen und vier Abstellplätzen den gesetzlichen Vorschriften entsprochen würde. In der Debatte macht GV. Kessler Emil darauf aufmerksam, daß bei einem evtl. späteren Ausbau weiterer Wohnungen auch die zusätzlich erforderlichen Einstell- und Abstellplätzen vorzuschreiben sind. Über Antrag des Bauausschusses wird abschließend der Berufung teilweise Folge gegeben und der erstinstanzliche Bescheid dahingehend abgeändert, daß nunmehr für das Bauvorhaben im Wohn- und Geschäftshaus, Schruns, Außerlitzstrasse 112, zwei Einstellplätze und vier Abstellplätze für PKW zur Vorschreibung gelangen, wobei bei einem weiteren Ausbau eine entsprechende Nachtragsvorschreibung zu erfolgen hat.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

zu 3.)

Bürgermeister Harald Wekerle übernimmt wieder den Vorsitz.

Er verliest das Schreiben der Montafonerbahn AG., in welchem diese um die Gewährung eines Förderungsbeitrages für das Jahr 1983 in Höhe der zu entrichtenden Lohnsummensteuer für den Bahnbetrieb von S 162.276,-- ersucht.

Da für das Jahr 1983 im Voranschlag hierfür keine Mittel vorgesehen sind, wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses, das gegenständliche Ansuchen einstimmig abgelehnt.

zu 4.)

GV. Peter Vonbank entfernt sich wegen Befangenheit aus dem Sitzungssaal. An die Anwesenden gelangt eine Aufstellung der eingelangten und überprüften Angebote für die Baumeisterarbeiten zur Errichtung der Wasserversorgung Hochzone Gamplaschg, zur Verteilung.

Die Gesamtsummen ohne MWSt. ergeben sich wie folgt:

Fa. Gebr. Vonbank, Schruns S 1.325.303,98
Fa. Rinderer, Bludenz S 1.377.774,50
Fa. Ing. Karl Jäger, Schruns S 1.424.878,00
Fa. Ing. Hans Thöny, Bludenz S 1.437.194,60

Da dem Förderungsantrag beim Wasserwirtschaftsfonds bedeutend geringere Baumeisterkosten zugrunde gelegt wurden, macht GR. DDr. Bertle darauf aufmerksam, daß die nun gegebene Kostenüberschreitung dem Wasserwirtschaftsfonds zur Kenntnis gebracht werden muß. Über Anfrage von GV. Kessler Emil erklärt DDr. Bertle, daß auf die privaten Buchwaldquellen keine negativen Auswirkungen durch die Vor- nahme dieser Bauarbeiten zu erwarten sind. Über Antrag des Vorsitzenden werden die Baumeisterarbeiten für die Wasserversorgung Oberzone Gamplaschg, vorbehaltlich der Zustimmung des Wasserwirtschaftsfonds, einstimmig dem Bestbieter Fa. Gebr. Vonbank, Bauunternehmen Schruns, zum Anbotspreis vergeben.

zu 5.)

Für die Lieferung der Hausnummern- und Straßenschilder liegen Angebote und Muster der Firmen Glatz Bregenz und Huber Hohenems vor. Die vom Bauausschuss zur Lieferung empfohlenen Muster werden begutachtet, wobei in Bezug auf Ausführung (feueremalliert) und Farbe (blauer Grund mit weißer Schrift und weißem Rand) Einigkeit besteht. Bei den Straßenschildern ergeben sich Meinungsverschiedenheiten, wobei sich bei einer durchgeführten Abstimmung der Mehrheit (13 Stimmen) für das Muster "Montfortstrasse" ausspricht. Bezüglich der Hausnummernschilder werden weitere Schriften- und Ziffern- muster angefordert und die Entscheidung über die zur Ausführung gelangende Art dem Bauausschuss übertragen. Benötigt werden 1210 Hausnummerntafeln, 200 Straßennamenschilder an Häusern angebracht, 100 Straßennamenschilder freistehend aufgestellt, 30 Straßennamenschilder freistehend aufgestellt jedoch zweiseitig beschriftet, 150 Aufstellpfosten für Straßenschilder und 130 Halte- rungen der Schilder an den Pfosten. Die Kosten hierfür betragen gemäß Angebot der Fa. Glatz, Bregenz S 317.316,-- incl. MWst. und gem. Angebot der Fa. Huber, Hohenems S 260.385,60 incl. MWst. wobei bei letzterer Angebotssumme ein Nachlaß für die Vergabe des Gesamtauftrages von 10 + 5 % bereits berücksichtigt ist. Über Antrag des Bauausschusses wird die Gesamtlieferung einstimmig an die Fa. Huber, Hohenems als Bestbieter vergeben.

zu 6.)

Die Fa. Rünzler Wohnbau Ges.m.b.H. hat um die Erteilung einer Aus- nahmegenehmigung für eine Dachneigung von max. 33° bei der zu Errichtung gelangenden Wohnanlage "Außerlitzstrasse" angesucht. Ein Modell der Wohnanlage ist im Sitzungssaal aufgestellt und wird allgemein positiv begutachtet. Der Vorsitzende verweist auf die Beratungen im Bauausschuss und vertritt die Ansicht, daß die bestehenden Richtlinien, die eine maximale Dachneigung von 27° vorschreiben, auf Grund des allgemeinen

Trends zu etwas steileren Dächern, abgeändert werden sollten. GV. Konzett Manfred ist jedoch der Meinung, daß für die Talschaft Dächer mit geringerer Neigung typisch sind und daher die bestehenden Richtlinien nicht geändert werden sollten. In der abschließenden Abstimmung wird über Antrag des Bauausschusses für das gegenständliche Bauvorhaben die Ausnahmegenehmigung für eine Dachneigung von max. 33° stimmenmehrheitlich erteilt. (Gegenstimme: Konzett Manfred)

zu 7.)

In vertraulicher Beratung wird dem Gemeindebauhofbediensteten Ganahl Basilius ein zinsfreies Darlehen in Höhe von S 60.000,-- für den Erwerb eines Eigenheim-Altbaues gemäß den bestehenden Richtlinien, mit einer Laufzeit von 12 Jahren bewilligt.

zu 8.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a) über den Saisonverlauf bei der Kunsteisbahn Montafon;
- b) über den Rechnungsabschluß 1983 des Abwasserverbandes Montafon, welcher bei
Gesamteinnahmen von S 50.888.013.99 und
Gesamtausgaben von S 42.056.282.91 einen
Gebarungüberschuß von S 8.531.731.08 aufweist.
Dieser Rechnungsabschluß wird ohne Einwand zur Kenntnis genommen;
- c) über eine Werbefahrt des Landesfremdenverkehrsverbandes und des Verkehrsverbandes Montafon nach Köln - Bonn;
- d) über die Straßenplanung der B 188 im Bereich Lörüns und über die generelle Planung;

Unter "Allfälligem" bringt GV. Kessler Emil vor, daß die Abfahrt vom Parkplatz "Zamangbahn" hauptsächlich über die Silvrettastrasse erfolgt. Hier wäre für die kommende Wintersaison unbedingt eine Verbesserung notwendig.

GV. Neyer Hans kritisiert die Situation bezgl. der Verparkung des Feuerwehrplatzes in Spitzenzeiten und regt weiters an, daß das ehemalige Haus "Edelweiß" der Montafonerbahn AG. renoviert oder abgetragen wird.

GV. Konzett Manfred beklagt sich über die schlechten Wegverhältnisse am Hofweg durch die Schipistenüberfahrt, da die täglich notwendigen Räumungsarbeiten durch die Hochjochbahn kaum durchgeführt werden.


GR. DDr. Bertle bringt vor, daß die Vereisung auf dem Weg hinter der Kirche zum Kindergarten behoben werden soll (Unfallgefahr).

GV. Dobler Max erkundigt sich über die Handhabung der Kostenvorschreibung für die Kanalanschlüsse.

Nach der eingangs beschlossenen Berichtigung wird kein weiterer Einwand gegen die Verhandlungsschrift erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

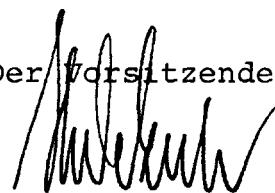
Ende der Sitzung 23.15 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Mittwoch, den 16.05.1984 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 35. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald Wekerle als Vorsitzender, Vizebürgermeister Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram und Kieber Ludwig, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing. Kieber Herbert, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Versell Ignaz, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann, Prautsch Kurt und Netzer Ludwig für die ÖVP.
Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar, Netzer Werner und Graß Siegfried für die FPÖ.
Keßler Emil und Ganahl Josef für die SPÖ.
Bitschnau Arnold und Schönborn Eleonore für die Ortspartei.

Referent: Gde.Kassier Fenkart Karl
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: Dr. Sander Hermann, Vonbank Peter, Ganahl Peter, Dünser Trude und DDr. Bertle Heiner.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung wurde gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht zugestellt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende den Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 7.) - "Straßenbenennung".
Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim - Rechnungsabschluß 1983
- 2.) Ansuchen des Egon Hohenfellner, Schruns, um Einräumung der Dienstbarkeit des Geh - und Fahrrechtes über die Gp. 1760/2 KG. Schruns
- 3.) Wertberichtigung des Projektkredites für die Verbauung der Kapell-Lawinen
- 4.) Übernahme eines 20 %igen Interessenanteiles an zwei landwirtschaftlichen Bringungswegen
- 5.) Verkauf einer Teilfläche aus Gp. 3175/1 KG. Schruns, an Frau Erna Kasbauer, Schruns 751
- 6.) Ansuchen der Eheleute Andreas und Yvonne Mangeng, Schruns, um Ausnahmegenehmigung der Baunutzungsordnung
- 7.) Neubenennung des Wegstückes Silvrettastrasse - Auweg im Bereich der Geschwister Netzer
- 8.) Allfälliges

zu 1.)

Der Rechnungsabschluß 1983 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim ist allen Anwesenden mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung zugegangen. Der Vorsitzende erläutert eingehend diesen Rechnungsabschluß und verweist insbesondere darauf, daß auf Grund des Krankenhaus-Um- und Zubaus gegenüber 1981 um ca. 2000 Pflage tage weniger erreicht werden konnten.

Der gegenüber dem Vorjahr um ca. 100 % höhere Abgang resultiert auch hauptsächlich aus der Finanzierung der Umbauarbeiten. Eine weitere wesentliche Belastung brachte die Einstellung einer Dipl. Krankenschwester aus der Krankenpflegeschule Feldkirch, für welche ein Schulkostenersatz in Höhe von ca. S 500.000 bezahlt werden mußte. Über die Problematik dieser Handhabung seitens des Landes Vorarlberg wird eingehend debattiert. Unter anderem wird eine Aussprache mit den Belegärzten des Krankenhauses bezüglich einer besseren Bettenauslastung vorgeschlagen.

Weitere, zum Rechnungsabschluß gestellte Fragen, werden vom Vorsitzenden bzw. vom Gde. Kassier ausführlich und zufriedenstellend beantwortet.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird der Rechnungsabschluß 1983 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim in Schruns mit

Gesamteinnahmen von S 8.186.597,25

Gesamtausgaben von S 12.942.158,42

und einem Gebarungsabgang von S 4.755.561,17

einstimmig genehmigt.

Der Gebarungsabgang wird mit 40 % vom Land Vorarlberg, mit 40 % von den spitalsbeschiedenden Gemeinden und mit 20 % von der Marktgemeinde Schruns als Rechtsträger des Krankenhauses getragen.

zu 2.)

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und zeigt anhand einer Planskizze den Bereich der Gp. 1760/2 KG. Schruns, für welchen die Dienstbarkeit des Geh- und Fahrrechtes für Egon Hohenfellner eingeräumt werden soll. In diesem Zusammenhang ergibt sich eine Debatte über ein in diesem Gebiet durchgeführtes Bauvorhaben von Karl Hohenfellner, bei welchem für das Bauwerk Gemeindegrund in Anspruch genommen wurde. Diese Angelegenheit steht mit dem gegenständlichen Antrag nicht in Zusammenhang und soll in einer kommenden Sitzung behandelt werden.

Der Vorsitzende verliest die vom Gemeindevorstand beantragten Bedingungen zur Einräumung des Geh- und Fahrrechtes, welche über Antrag von GV. Dr. Edgar Dügler mit dem Abschnitt f) ergänzt werden soll, wie folgt:

- a) Die Dienstbarkeit ist zeitlich beschränkt bis zur Ausparzellierung einer weiteren Baufläche mit eigener Zufahrt.
- b) Im Bereich zur Abzweigung zur B 188 hat der Dienstbarkeitsberechtigter auf seine Kosten den Weg in 10 m Länge und 3 m Breite mit einem staubfreien Belag (Gütertragschicht 6 cm) zu versehen.

- c) Die Oberflächenabwässer sind so abzuleiten, daß sie den Gehsteig nicht beeinträchtigen (Mulden).
- d) Der Weg darf für Park- und Lagerzwecke nicht benützt werden.
- e) Für die Einräumung dieser Dienstbarkeit ist eine einmalige Gebühr von S 5.000,-- zu leisten.
- f) Der Berechtigte ist verpflichtet, die Wegerhaltungskosten im Dienstbarkeitsbereich anteilig zu tragen, dabei ist eine Sonderbenützung (Baumaschinen, LKW) besonders zu beachten. Abschließend wird die Einräumung der Dienstbarkeit des Geh- und Fahrrechtes an Egon Hohenfellner unter den vorangeführten Bedingungen einstimmig beschlossen.

zu 3.)

Der Vorsitzende bringt ein Schreiben des forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sekt. Vorarlberg vom 3.4.1984 zur Kenntnis, mit welchem eine Wertberichtigung des genehmigten Kredites für das Projekt " Kapell-Lawinen " von den genehmigten 29 Mio. S auf 107.420.000,-- beantragt wird. In den Jahren 1981 bis 1983 wurden S 23.790.000 verbaut. Mit dem Rest können die restlichen Arbeiten auf Grund der seit der Projekterstellung erfolgten Lohn- und Preissteigerungen nicht mehr projektgemäß fertiggestellt werden. Dieser Kreditrest ist in der Wertberichtigung enthalten.

Die beantragte Wertberichtigung liegt in der Tatsache begründet, daß der Projektkredit aus dem Jahre 1970 datiert und die Bautätigkeit wegen rechtlicher Schwierigkeiten bei der Baustellenerschließung erst 1980 aufgenommen werden konnte. Die beantragte Wertberichtigung wurde unter Zugrundelegung des Baukostenindex für Baumeisterarbeiten nach Maculan errechnet. Anhand einer Plan-skizze, welche von der Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbau-leitung Bludenz zur Verfügung gestellt wurde, berichtet der Vor-sitzende, daß bis nun 1020 lfm. Schneebrücken errichtet wurden und im Projekt weitere 3900 lfm. vorgesehen sind.

In der folgenden Debatte kommt zum Ausdruck, daß die Stützver-bauungen auf das unbedingt notwendige Ausmaß eingeschränkt werden sollen, da diese einen gewaltigen Landschaftseingriff darstellen. Wo es irgendwie möglich ist, sollen Erdhöcker und Bermentritte angelegt werden.

GR. Ludwig Kieber verweist auf die Tatsache, daß diese Verbauungs-maßnahmen für die Alpe Vorderkapell einen Nutzungsentgang an Weide-flächen mit sich bringen. Einhellig wird die Ansicht vertreten, daß nach Verbauung einer gewissen Summe eine neuerliche Überprüfung des Projektes stattfinden soll.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes der Wertbe-richtigung des Projektkredites für die Verbauung der Kapell-Lawinen in Schruns von 29 Mio. S auf 107.420.000 S einstimmig zugestimmt.

zu 4.)

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß für zwei geplante und kommissionierte landwirtschaftliche Bringungswege, die Übernahme von 50 % des Interessentenanteiles beantragt sind.

- a) für das Anwesen Stüttler Richard - Brugger Franz, Schruns, Gamplaschg
- b) für den Maiensäß Bitschnau Werner (Keßler), Schruns Kropfen.

Zum Erstgenannten ergibt sich eine ausführliche Debatte, wobei von GV. Versell Ignaz und GV. Konzett Manfred die Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit des vorliegenden Wegprojektes bezweifelt wird. Sie sehen in dem jahrelangen Nachbarzwist die Ursache dieses Projektes und verweisen auf bedeutend kostengünstigere und landschaftsschonende Möglichkeiten hin. Diese wären allerdings nur bei Einigung der Parteien realisierbar.

GR. Ludwig Kieber berichtet über die stattgefundene kommissionelle Verhandlung, bei welcher der Landschaftsschutz, wie auch der Vertreter der Wildbach- und Lawinenverbauung keine wesentlichen Einwände gegen das vorliegende Projekt vorgebracht haben.

Seitens der Unterlieger wurden jedoch Bedenken wegen erhöhter Lawinengefährdung vorgebracht, wogegen der Vertreter der Wildbach- und Lawinenverbauung bestätigt hat, daß durch die Wegerichtung für die Unterlieger eine erhöhte Sicherheit erreicht wird.

Vizebürgermeister Georg Brugger stellt daher den Antrag, daß die Angelegenheit vertagt werden soll bis ein rechtskräftiger Bescheid vorliegt.

Diesem Antrag schließen sich auch GV. Dr. Düngler Edgar und GV. Netzer Werner an, mit dem Zusatz, daß seitens der Gemeindevertretung ein Lokalausweis durchgeführt wird. In der abschließenden Abstimmung werden die vorangeführten Anträge stimmentlich angenommen.

Gegenstimmen: Bgm. Harald Wekerle und die Gemeinderäte Hueber Guntram und Kieber Ludwig mit der Begründung, daß die notwendige Wegerichtung längerfristig verzögert wird.

Für die Errichtung des landwirtschaftlichen Bringungsweges zum Anwesen Maiensäß Bitschnau Werner (Keßler) ist ein Kostenaufwand von S 165.000,-- veranschlagt. Der Interessentenanteil beträgt 40% = S 64.000,--. Die Übernahme von 50 % des Interessentenanteiles (S 32.000,--) durch die Marktgemeinde Schruns wird einstimmig beschlossen.

zu 5.)

Anhand einer Planskizze erläutert der Vorsitzende, welche Grundstücksfläche aus Gp. 3175/1 KG. Schruns ohne Nachteil für die Marktgemeinde Schruns an Frau Erna Kasbauer, Schruns, veräußert werden kann.

Es handelt sich dabei um das Teilstück zwischen dem Mühlbach und dem Grundstück der Frau Kasbauer (ca. 20 m²), welches die Zufahrt zum Wohnhaus der Käuferin bildet.

Über Antrag des Gemeindevorstandes wird einstimmig beschlossen, dieses Teilstück um den Kaufpreis von S 200,-- per m² an Frau Erna Kasbauer zu verkaufen. Die Vermessungs- und Vertragskosten gehen zu Lasten der Käuferin.

zu 6.)

Die Eheleute Andreas und Yvonne Mangeng, Schruns, Bargusweg, haben für die Errichtung eines Wohnhauses auf Gp. 1720/1 KG. Schruns, um die Erteilung einer Ausnahmegewilligung zur Überschreitung der Baunutzungszahl angesucht. Wie der Vorsitzende hiezu erläutert, ist die angrenzende Grundparzelle auf Grund des Gefahrenzonenplanes

mit Bauverbot belastet, sodaß sich die Genehmigung des gegenständlichen Antrages nicht nachteilig auswirkt.

zu 7.)

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 11.5.1983 im Rahmen der Verordnung über die Neubenennung von Straßen und Wegen für das Wegstück von der Silvrettastrasse zum Auweg im Bereich der Geschwister Netzer die Bezeichnung "Gamprätzerweg" festgelegt. Auf Grund der Interventionen von Anrainern wurde diese Wegbezeichnung im Bauausschuß nochmals beraten und eine Neubezeichnung mit "Walserweg" oder "Verwallweg" in Vorschlag gebracht.

In der Abstimmung wird die Bezeichnung "Verwallweg" stimmenmehrheitlich verordnet.

Gegenstimmen: GV. Rebholz Gerhard und GV.Dr. Czinglar Hansjörg.

zu 8.)

Unter "Allfälligem" wird vorgebracht:

GV. Konzett Manfred stellt eine Anfrage bzgl. des Lifinarweges und berichtet über eine Differenz Vermieter - Verkehrsamt.

GV. Keßler Emil ersucht dringend, bei der Ausfahrt Gemeindekrankenhaus einen Verkehrsspiegel anzubringen.

GV. Dr. Düngler Edgar ersucht um verstärkte Kontrolle des Auweges durch die Gemeindesicherheitswache, speziell im Bezug auf Abtransport von Drachenfliegergeräten.

GR. Hueber Guntram verweist auf die Notwendigkeit der Aussenanierung des Hauses Kirchplatz 20 (Ganahl Reinhilde).

GV. Versell Ignaz ersucht um Sanierung des Kropfenweges und EM. Prautsch Kurt um die Sanierung des Unterdorf - und Feldweges.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 34. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

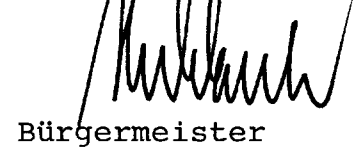
Ende der Sitzung 23.30 Uhr

Der Schriftführer:



GSekr.

Der Vorsitzende:



Bürgermeister

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die am Dienstag, den 10.7.1984 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns, stattgefundene 36. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald Wekerle als Vorsitzender, Vizebürgermeister Brugger Georg, die Gemeinderäte Hueber Guntram und DDr. Bertle Heiner, die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute Vonbank Peter, Rebholz Gerhard, Dobler Max, Ganahl Peter, Dipl.Vw. Tschann Othmar, Neyer Johann, Dünser Trude für die ÖVP. Konzett Manfred, Dr. Dügler Edgar und Netzer Werner für die FPÖ. Keßler Emil und Netzer Franz für die SPÖ. Bitschnau Arnold und Mayer Robert für die Ortspartei.

Referent: Herbert Starl, Geschäftsführer des Verkehrsverbandes Montafon

Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert

Entschuldigt abwesend: GR. Dr. Sander Hermann und GV. Ganahl Josef

Abwesend: GR. Kieber Ludwig, Haumer Rudolf, Dr. Czinglar Hansjörg, Dipl.Ing. Kieber Herbert und Versell Ignaz.

Die Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Geschäftsführer des VVM. Herrn Starl Herbert, und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zu einer Gedenkminute für Altbürgermeister Isele Eugen, verstorben am 23.05.1984 und das Mitglied verschiedener Ausschüsse, Wachter Herbert, verstorben am 21.05.1984.

Der Vorsitzende hält einen kurzen Nachruf.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Erhöhung des Beitrages an den Verkehrsverband Montafon; Referat des Geschäftsführers Starl Herbert;
- 2.) Bestellung der Delegierten in die Verbandsleitung des Verkehrsverbandes Montafon;
- 3.) Neubesetzung von Unterausschüssen;
- 4.) Bestellung eines Legalisators in Grundbuchsachen für das Gemeindegebiet Schruns;
- 5.) Jakob Oberer Erben, Schruns 565, Berufung gegen Versagung der Grundtrennung;

- 6.) Fedele Helmut und Josefina, Schruns 1143 - Berufung gegen den Baubewilligungsbescheid Mangeng Andreas und Yvonne, Schruns
- 7.) Pernull Karl, Schruns 601, Ausnahmegenehmigung für erhöhte Baunutzung
- 8.) Personalangelegenheit
- 9.) Berichte und Allfälliges

zu 1.)

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des VVM vom 30.08.1983, in welchem um die Erhöhung des Beitrages um 10 g auf S 1.60,- pro gästetaxepflichtige Nächtigung ersucht wird.

Der Fremdenverkehrsausschuß hat sich in einer Sitzung vom 5.9.1983 mit dieser Angelegenheit befaßt und war grundsätzlich der Meinung, daß der VVM zur Erfüllung seiner Aufgaben mit entsprechenden finanziellen Mitteln versehen werden muß. Allerdings soll vorher geprüft werden, ob nicht in Zukunft mehr Werbung im Tale selbst durch die Organisation von Kinderfesten, Zusammenfassung von Veranstaltungen usw. forciert werden soll, um den nützlichen Effekt der Mundreklame für die ganze Talschaft Montafon entsprechend dem guten Gesamtangebot besser zu aktivieren.

Eine Empfehlung an die Gemeindevertreter wurde ausgesetzt, um zuerst nach einer weiteren Diskussion im Verkehrsverband Montafon über Werbeleitthemen und Struktur Informationen zu erhalten.

Der Vorsitzende verweist auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Dotierung dieses Verbandes, damit dieser auch eine zielführende Arbeit leisten kann. Er ersucht den Geschäftsführer Herrn Herbert Starl um ein Referat über die Tätigkeit des VVM im vergangenen Halbjahr und die Zielsetzungen für die nähere Zukunft.

Herr Starl dankt für die an ihn gegangene Einladung und berichtet kurz über seine schulische und berufliche Ausbildung, sowie über seine beruflichen Tätigkeiten in der Fremdenverkehrswirtschaft.

In seinem Halbjahresbericht 1984 bringt er die vielfältigen Werbemaßnahmen durch Besuch von Fremdenverkehrsmessen, Workshops und insbesondere die Anknüpfung von Beziehungen zu internationalen Reisebüros, sowie die Betreuung von internationalen Reisejournalisten zur Kenntnis.

In seiner Vorschau auf das 2. Halbjahr 1984 verweist er auf fixierte Messebesuche, vorgesehene Inserationen, welche teilweise in Verbindung mit dem Landesfremdenverkehrsverband erfolgen und die Erstellung neuer Montafon-Plakatomotive für Winter und Sommer.

Weiters informiert er über die Zielgebiete, in welche daß Montafoner Ferienjournal (100.000) Stück versandt wird.

Der Vorsitzende dankt Herrn Starl für seine Ausführungen und berichtet über den Rechnungsabschluß 1983 des VVM, welcher bei Einnahmen von ca. S 3.488.000,-- und

Ausgaben von S 3.602.000,-- einen

Abgang von S 114.000,--

zu verzeichnen hat. Der Gesamtverlustvortrag beträgt S 870.000,--.

Anschließend stellt sich Herr Starl für die Beantwortung von Fragen aus den Reihen der Gemeindevertretung zur Verfügung.

Er berichtet einleitend über die Organisation und Zusammenarbeit mit dem Landesfremdenverkehrsverband sowie mit den Verkehrsämtern des Tales.

Anfrage GR. DDr. Bertle:

- a) inwieweit wird Werbung um den österreichischen Gast betrieben,
- b) wie stellt sich der VVM zu den Problemen "Inner-und Außer-montafon",
- c) bedeutet der Gesamtabgang von S 870.000,-- ein neuerliches Finanzdebakel, da bereits einmal mit einem außerordentlichen Zuschuß der Gemeinden eine Budgetsa-nierung des VVM be-werkstelligt werden mußte.

Diese Anfragen werden von Herrn Starl wie folgt beantwortet:

- a) Die Werbung des VVM war für das erste Halbjahr 1984 vorbe-stimmt. Im Zuge der Aufgabenteilung ist die Werbung um den österr. Gast vornehmlich Angelegenheit der örtlichen Verkehrs-ämter.
- b) Seitens des VVM ist man bemüht, die Bezeichnung "Hochmontafon" zu ignorieren und eine gute Gesprächsbasis zu den Gemeinden des Innermontafons zu bewahren.
- c) Diese Anfrage wird vom Vorsitzenden beantwortet, welcher da-rauf verweist, daß in diesem Gesamtabgang auch die seiner-zeitige Finanzspritze in Höhe von S 850,000,-- der Gemeinden als Darlehen beinhaltet ist und eine planmäßige Reduzierung innerhalb der nächsten Jahre durch entsprechende Einsparungen zu erfolgen hat.

Die beantragte Erhöhung des Gemeindebeitrages ist ein Bestand-teil des Finanzierungskonzeptes.

Anfrage des GV. Netzer Werner:

Sind weitere Steigerungen der Nächtigungs-zahlen möglich, bzw. auch sinnvoll. Welche infrastrukturelle Einrichtungen wären hie-zu noch nötig.

Antwort Herr Starl:

Die Hochsaisonzeiten zeigen eine volle Auslastung. Wichtig wäre eine weitere Verlängerung der Saisonen, wobei in den letzten Jahren ständig nur die Nachsaison propagiert und beworben wurde. Es müssten auch die Monate Mai, Juni verstärkt in die Werbung einbezogen werden.

Die Infrastruktur ist seiner Meinung nach grundsätzlich abgeschlos-sen. Es müssten jedoch neue Ideen und Aktivitäten gesetzt werden.

Anfrage GV. Kessler Emil:

Ist eine Schwerpunktwerbung im Elsässischen Raum zielführend?

Antwort Herr Starl:

In diesem Raum steht ein zahlungskräftiges Gästepotential zur Verfügung. Der Beginn der Kontakte ist gegeben, ein weiterer Ausbau ist unbedingt notwendig.

GR. Hueber Guntram erachtet es als sinnvoll, verbindende Aktivi-täten innerhalb der Talschaft durch gemeinsame Veranstaltungen, gemeindeverbindende Wanderwege usw. zu setzen.

Hiezu erklärt Herr Starl, daß die Verbesserung des Talschafts-gedankens seine persönliche Zielsetzung ist.

EM. Mayer Robert verweist auf die Problemmonate Mai bis Mitte Juni, wozu von Herrl Starl darauf aufmerksam gemacht wird, daß der Fremdenverkehr ganz eng mit den Ferienordnungen der jeweiligen Bundesländer in Zusammenhang steht. Diese Ferienordnungen be-stimmen die Reisezeit von Lehrpersonen und allen Familien mit schulpflichtigen Kindern.

Abschließend dankt der Vorsitzende Herrn Starl für seine Anfragenbeantwortung und Herr Starl verabschiedet sich mit dem Dank, daß ihm die Möglichkeit gegeben wurde, vor der Gemeindevertretung zu referieren.

Anschließend verweist der Vorsitzende darauf, daß von den Montafoner Mitgliedsgemeinden nur noch die Gemeinden Schruns und Gaschurn kein Beschluß über die Erhöhung des Beitrages an den VVM gefaßt haben.

Es gehe nicht an, die Sache weiter hinaus zu spielen und dadurch den VVM in seiner Handlungsfähigkeit einzuschränken.

Die Bedeckung der Mehrausgaben in Höhe von S 45.000,-- muß durch eine Budgetumschichtung erfolgen, wobei sich erst im Spätherbst herausstellen wird, aus welchem Sachgebiet dieses möglich sein wird (rückgestellte Investitionen).

GV. Emil Kessler ist der Meinung, daß der Besuch jeder Fremdenverkehrsmesse sicherlich nicht zweckmäßig ist. Auch kritisiert er die Einladungen an Journalisten, wobei jedoch vom Vorsitzenden auf die Auswirkungen eines positiven oder negativen Artikels über Schruns hingewiesen wird.

Abschließend wird über Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, daß der Beitrag an den VVM rückwirkend ab 1.1.1984 um S 0,10,-- auf S 1.60 pro gästetaxepflichtige Nächtigung erhöht wird.

Dieser Beschluß tritt unter der Voraussetzung in Kraft, daß alle Mitgliedsgemeinden des VVM gleichlautende Beschlüsse fassen.

GR. DDR. Bertle erklärt, daß seine Zustimmung voraussetzt, daß im Zuge der Budgetumschichtung keine Mittel aus dem Schulbudget, dem Güterwegbau und dem Rückbehalt aus Vereinsförderungen herangezogen werden.

zu 2.)

In die Vereinsleitung des VVM werden einstimmig nachfolgende Personen delegiert:

BGM. Harald Wekerle, Dr. Czinglar Hansjörg und Feurstein Hubert.

Diese Delegierung endet mit Ablauf der Legislaturperiode der Gemeindevertretung.

Durch die Verbandsleitung wird Dkfm. Jürgen Piske, Geschäftsführer der Montafoner Hochjochbahnen GmbH. und Hotelier Oswald Keßler, Gaschurn kooptiert.

zu 3.)

Anstelle des verstorbenen Mitgliedes Herbert Wachter, wird über Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger einstimmig neu gewählt:

Raumordnungsausschuß: Konzett Manfred

Fremdenverkehrsausschuß: Konzett Manfred

Finanzausschuß: Witzani Hans

Beirat für die Verumlagerung der Fremdenverkehrsbeiträge: Feurstein Hubert.

Grundverkehrsortskommission: Feurstein Hubert.

Die freigewordenen Stellen eines Ersatzmannes in den verschiedenen Ausschüssen werden nicht mehr neu besetzt.

zu 4.)

Über Antrag des Gemeindevorstandes wird die Bestellung eines Legalisators in Grundbuchsachen für das Gemeindegebiet Schruns beim Oberlandesgericht Innsbruck beantragt.

Als Legalisator wird GSekr. Marchetti Herbert vorgeschlagen. Der Vorsitzende verweist auf den diesbezüglichen Beschluß des Gemeindevorstandes, mit welchem dem Gemeindevorstand die Ausübung einer Nebenbeschäftigung im Sinne des Gemeindegesetzes bewilligt wurde und die Vereinbarung über die fallweise Ausübung dieser Tätigkeit während der Dienstzeit. Die Tätigkeit des Legalisators wird als Bürgerservice mit Gebührenvorteilen betrachtet. Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 5.)

BGM. Wekerle übergibt den Vorsitz an GV. Peter Vonbank. Als Berichterstatter liest Bgm. Harald Wekerle die Berufungsschrift die von RA. Dr. Czinglar Hansjörg, Schruns, namens der Verlassenschaft nach Franz Jakob Oberer gegen die Versagung einer Grundtrennung für einen rund 600 m² Baugrund für ein Maiensäßhaus der Hedwig Mangeng, geb. Oberer auf den Gpn. 2743/1 und 2742/2 eingebracht wurde. Die Berufung erfolgt

- 1) wegen Rechtswidrigkeit infolge von Verletzung von Verfahrensvorschriften ,
- 2) wegen Rechtswidrigkeit des Inhaltes.

Am 13.06. 1984 wurde ein Lokalausweis durch den Gemeindevorstand und den Raumordnungsausschuß durchgeführt, wobei festgestellt werden konnte, daß die Grundtrennung vom Standpunkt der Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung her gesehen, vertretbar wäre.

Eindeutig spricht jedoch dagegen, daß diese Grundtrennung zum Zwecke der Errichtung eines Maiensäßhauses (Ferienhaus) beantragt wurde. Diese Tatsache wurde auch beim Lokalausweis von den Berufungswerbern bestätigt. Gem. § 34, abs. 2 lit.a, Raumplanungsgesetz ist eine Grundtrennungsbewilligung zu versagen, wenn die Teilung dem Flächenwidmungsplan, einem Bebauungsplan oder den in § 2) genannten Zielen nicht entspricht.

Im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Schruns ist die zur Teilung beantragte Fläche als "Freifläche Landwirtschaftsgebiet" ausgewiesen. Die Erben nach Franz Jakob Oberer haben als Landwirte bereits einen Roten Punkt zur Errichtung eines Wohnhauses auf Gamplach erhalten. Die Errichtung eines Maiensäßhauses ist auf Grund der räumlichen Nähe zwischen Wohnhaus und der auf dem Kropfen zu bewirtschaftenden landwirtschaftlichen Fläche (Asphaltierte Strassenverbindung) sicherlich nicht notwendig.

Für die Errichtung von Ferienhäusern sind im Flächenwidmungsplan überhaupt keine Flächen ausgewiesen.

Der Vorsitzende stellt daher den Antrag, es möge der Berufung nicht stattgegeben und gem. § 66 Abs.4) AVG. 1950 ein abgeänderter, ablehnender Bescheid erlassen werden.

Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

zu 6.)

Unter Vorsitz von GR. Hueber Guntram verliert Bgm. Wekerle Harald die Berufung der Eheleute Helmut und Josefina Fedele, Schruns,

gegen den Baubewilligungsbescheid für die Errichtung eines Wohnhauses durch Andreas und Yvonne Mangeng, Schruns, weiters die maßgebliche Erklärung der Berufungswerber in der kommissionellen Verhandlung vom 20.03.1984 über das gegenständliche Bauvorhaben wie folgt:

- 1.) Das Baugesetz sowie alle einschlägigen diesbezüglichen Vorschriften sind einzuhalten.
- 2.) Alle Geländeänderungen sind so vorzunehmen, daß unser Grundbesitz bzw. unsere Gartenmauer nicht beschädigt wird.
- 3.) Überschüttete Grenzsteine haben die Bauwerber auf eigene Lasten entsprechend neu versetzen zu lassen.

Allfällige uns erwachsene Schäden sind zu ersetzen.

In der Berufungsschrift haben die Berufungswerber die Verlegung eines Bachgerinnes, die Aufschüttung von Material auf dem Bauplatz, sowie den Standort des zu errichtenden Wohnhauses beanstandet. Der Vorsitzende verweist darauf, daß die gesetzlichen Bauabstände gegenüber der Familie Fedele eingehalten sind. Da gem. § 42 Abs.1) AVG. 1950 Einwendungen, die nicht spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung vorgebracht werden, keine Berücksichtigung finden können, beantragt der Vorsitzende, daß diese Berufung als unzulässig zurückgewiesen wird.

Die Unzulässigkeit der Berufung ergibt sich aus der Tatsache, daß sich die Berufung nur auf andere, nicht am Verhandlungstag vorgebrachte Fakten bezieht.

In der abschließenden Abstimmung wird die Berufung einstimmig als unzulässig zurückgewiesen. Vizebürgermeister Brugger hat sich wegen Befangenheit der Debatte und Abstimmung enthalten.

zu 7.)

BGM. Harald Wekerle übernimmt den Vorsitz.

Er verliest einen Antrag des Karl Pernull, Schruns, Silvrettast.601, in welchem dieser um die Erteilung der Ausnahmegenehmigung vom Maß der baulichen Nutzung, zu Errichtung einer Doppelgarage angesucht hat.

Laut Plan zur Verordnung der Gemeindevertretung vom 1.8.1979 über das Maß der baulichen Nutzung, beträgt diese für diesen betroffenen Bereich "40". Die Berechnung der bestehenden Bausubstanz hat bereits eine Baunutzung von "84,29" ergeben, welche sich bei Errichtung der geplanten Doppelgarage auf 89,49 erhöhen würde.

In der Debatte wird darauf verwiesen, daß die bereits mehr als 100 % erhöhte Baunutzung unter keinen Umständen eine weitere Steigerung zuläßt. Dies würde einen Präjudizfall schaffen, der in Zukunft dazu führen würde, daß jedem Antrag auf Erhöhung der Baunutzung stattgegeben werden müßte.

Über Antrag des Vorsitzenden wird daher die beantragte Ausnahmegenehmigung einstimmig abgelehnt.

zu 8.)

Die Eheleute Georg und Angela Morre, geb. Waldberg haben als Bedienstete der Marktgemeinde Schruns um die Gewährung eines Dienstgeberdarlehens in Höhe von je S 60.000,- angesucht.

Gemäß einem Grundsatzbeschuß der Gemeindevertretung werden die Dienstgeberdarlehen der Marktgemeinde Schruns in dem Ausmaß und den Richtlinien bewilligt, wie sie vom Land Vorarlberg den Dienst-

nehmern gewährt werden. Die derzeit gültigen Landesrichtlinien sind dem Gemeindeamt Schruns am 20.06.1984 zugegangen. Gemäß § 3 lit. d) können für den Um- oder Ausbau bestehender Räumlichkeiten oder den Zubau bis zu S 45.000,- gewährt werden, wenn dadurch eine neue Wohnung oder zusätzlicher Wohnraum im Ausmaß von mindestens 2 Wohnräumen mit einer zusätzlichen Mindestnutzfläche von 30 m² geschaffen werden. Gemäß dem bereits kommissionierten Bauvorhaben der Eheleute Morre im Hause Schruns, Silvrettastr. 205, Haus Waldberg, entspricht das Vorhaben diesen Richtlinien. Das Darlehen kann jedoch immer nur für das Objekt und nicht für die Person gegeben werden.

Über Antrag des Gemeindevorstandes wird daher an Herrn Georg Morre ein Dienstgeberdarlehen in Höhe von S 45.000,- gewährt. Das Darlehen ist unverzinslich und in 12 Jahren, beginnend mit dem 1. Jänner des auf die Zuzählung des Darlehens folgenden Jahres, in gleichen aufeinander folgenden Monatsraten zu tilgen.

Die Beschlußfassung erfolgt einstimmig.

zu 9.)

-unter"Allfälligem"stellt GV. Konzett Manfred eine Anfrage bezüglich des Ausmasses der Asphaltierung des Gamplaschgerweges und GR. DDr. Bertle wegen dem Termin einer Hauptschulverbandsitzung. GV. Kessler Emil erkundigt sich nach dem Sachverhalt in Sache des Erschließungsweges Stüttler Richard und Brugger Franz. GV. Netzer Werner macht auf einen sanitären Mißstand im Alpenbad Montafon aufmerksam. GR. Hueber Guntram ersucht um verschärfte Überprüfung des Nachtfahrverbotes für Motorräder und Mopeds.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 35. öffentlichen Sitzung der GV. wurde kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung 23.30 Uhr

Der Schriftführer:


(Gemeindegesekretär)

Der Vorsitzende:


(Bürgermeister)